



14. Sitzung

Mittwoch, 28. September 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	971	Nikolaus Haufler CDU Robert Bläsing FDP Christiane Schneider DIE LINKE	985 986 987
Aktuelle Stunde	971	Fraktion der FDP: Jugendliche Alkohol-Testkäufer – Minderjährige für Spitzeldienst missbraucht! (Fortführung am 29.09.2011)	
GAL-Fraktion: Zaun statt Sozialpolitik – Ist das Ihr Kurs Herr Scheele? mit		Fraktion der SPD: Beseitigung des Investitionsstaus an der Universität – wieder eine gute Nachricht für den Hochschulstandort! (Fortführung am 29.09.2011)	
Fraktion DIE LINKE: Keine Ausgrenzung, keine Vertreibung, kein Zaun – die Stadt gehört allen! Schreiber stoppen!		Fraktion der CDU: Zukunftsperspektive für Blohm & Voss: Senatorin Blankau mit dubioser Indiskretion auf eigene Faust unterwegs? – Bürgermeister Scholz muss für Aufklärung sorgen! (Fortführung am 29.09.2011)	
Katharina Fegebank GAL	971		
Uwe Lohmann SPD	972		
Farid Müller GAL	973		
Katharina Wolff CDU	973		
Martina Kaesbach FDP	975		
Cansu Özdemir DIE LINKE	976		
Detlef Scheele, Senator	977		
Antje Möller GAL	980		
Ksenija Bekeris SPD	981		
Dietrich Wersich CDU	981		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	982, 986		
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	983		
Anja Hajduk GAL	984		
Dr. Andreas Dressel SPD	984	Antrag der GAL-Fraktion:	

Evaluation von Schulversuchen		Ksenija Bekeris SPD	1003
– Drs 20/1557 –	987	Katharina Wolff CDU	1004
Dr. Stefanie von Berg GAL	987, 991	Katharina Fegebank GAL	1004
Ulrike Hanneken-Deckert SPD	988, 989	Martina Kaesbach FDP	1005
Dr. Walter Scheuerl CDU	989	Beschluss	1005
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	990	Antrag der SPD-Fraktion:	
Dora Heyenn DIE LINKE	990	Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand	
Beschluss	991	– Drs 20/1588 –	1005
Antrag der FDP-Fraktion:		dazu	
Hilfen zur Erziehung – Schwer- punktsetzung und Evaluation		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 20/1583 –	991	Bessere Förderung für Ham- burgs Mittelstand! Braucht Hamburg eine Investitions- bank?	
mit		– Drs 20/1687 –	1006
Große Anfrage der GAL-Fraktion:		und	
Sozialpolitischer Rückschritt bei der SPD: Will der Senat den Rechtsanspruch auf individuel- le Hilfen zur Erziehung ab- schaffen und das Kinder- und Jugendhilferecht aushöhlen?		Antrag der FDP-Fraktion:	
– Drs 20/1280 –	991	Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand	
und		– Drs 20/1693 –	1006
Antrag der CDU-Fraktion:		sowie	
Begrenzung des Ausgabenan- stiegs bei den Hilfen zur Erzie- hung entschlossen voranbrin- gen		Antrag der GAL-Fraktion:	
– Drs 20/1577 –	991	Investitionsbank solide vorbe- reiten und Risiken genau prü- fen	
Finn-Ole Ritter FDP	992	– Drs 20/1698 –	1006
Dr. Melanie Leonhard SPD	993	Thomas Völsch SPD	1006
Christoph de Vries CDU	994	Karin Prien CDU	1007
Christiane Blömeke GAL	996, 1001	Dr. Anjes Tjarks GAL	1008
Mehmet Yildiz DIE LINKE	997, 1001	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	1008
Detlef Scheele, Senator	998	Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1010
Gunnar Eisold SPD	1000	Andrea Rugbarth SPD	1011
Beschluss	1002	Beschlüsse	1011
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Ganzjährige Grundversorgung in der Wohnungsnotfallhilfe statt ständig wiederholter Win- ternotprogramme für Hamburg!		Sicherungsverwahrung in Hamburg verfassungsgemäß?	
– Drs 20/1581 (Neufassung) –	1002	– Drs 20/1579 –	1012
Cansu Özdemir DIE LINKE	1002	Viviane Spethmann CDU	1012
		Urs Tabbert SPD	1013
		Farid Müller GAL	1014
		Martina Kaesbach FDP	1014
		Christiane Schneider DIE LINKE	1015

Jana Schiedek, Senatorin	1016	Dr. Till Steffen GAL	1025
		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1026
		Frank Horch, Senator	1027
Beschlüsse	1017		
		Beschlüsse	1028
Antrag der SPD-Fraktion:			
Faire Arbeitsbedingungen am Flughafen – keine weitere Liberalisierung der EU-Bodenverkehrsrichtlinie		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/624:	
– Drs 20/1590 –	1017	Förderung des Wohnungsneubaus	
Jan Balcke SPD	1018	Bundesratsinitiative zur Erhöhung der linearen Abschreibung/Einführung einer zeitlich befristeten erhöhten Abschreibung (Antrag der CDU-Fraktion)	
Heiko Hecht CDU	1018	– Drs 20/1541 –	1029
Phyliss Demirel GAL	1019	Hans-Detlef Roock CDU	1029
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	1020	Jan Quast SPD	1030
Norbert Hackbusch DIE LINKE	1021	Olaf Duge GAL	1031
Frank Horch, Senator	1022	Dr. Kurt Duwe FDP	1031
		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1031
Beschlüsse	1023		
Antrag der SPD-Fraktion:		Beschluss	1032
Stellt der Bund Hamburg aufs Abstellgleis? – Verkehrsprojekte im Investitionsprogramm halten!			
– Drs 20/1591 –	1023		
dazu			
Antrag der CDU-Fraktion:			
Gutes Regieren? – Senat muss seine Hausaufgaben machen			
– Drs 20/1688 –	1023		
und			
Antrag der Fraktion DIE LINKE:			
Stellt der Bund Hamburg aufs Abstellgleis? – Verkehrsprojekte im Investitionsprogramm halten!			
– Drs 20/1697 –	1023		
sowie			
Antrag der GAL-Fraktion:			
Stellt der Bund Hamburg aufs Abstellgleis? – Verkehrsprojekte im Investitionsprogramm halten!			
– Drs 20/1699 –	1023		
Martina Koeppen SPD	1023, 1024		
Klaus-Peter Hesse CDU	1024		
Heike Sudmann DIE LINKE	1025, 1027		

Beginn: 15.00 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Bevor ich gleich die Sitzung eröffne, würde ich Ihnen gern kurz von einer interessanten Begebenheit berichten: Unser Plenarsaal ist voll besetzt. Schon vor Beginn der Sitzung sind alle Abgeordneten auf den für sie vorgesehenen Plätzen und haben ihre sieben Sachen sortiert, und es sind alle leise und hören zu. Meine Damen und Herren, das war kein Traum, so war es letzte Woche bei der Eröffnung von "Jugend im Parlament". Ich fand das sehr angenehm.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Zu Beginn kann ich Ihnen gleich zwei freudige Mitteilungen machen. Eine betrifft unseren Kollegen Klaus-Peter Hesse. Er ist am 19. September Vater eines Sohnes mit Namen Paul Anton geworden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die andere Mitteilung betrifft unseren Kollegen Christoph Ahlhaus, der am 20. September Vater einer Tochter mit Namen Charlotte geworden ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nachzureichen ist die Nachricht, dass unser Kollege Lars Pochnicht bereits im Juni Vater eines Sohnes namens Thees geworden ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Herren, im Namen des ganzen Hauses spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Tagesordnung. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, die Tagesordnung um zwei Punkte zu ergänzen. Es handelt sich um den Bericht des Haushaltsausschusses Drucksache 20/1665 und den interfraktionellen Antrag aus Drucksache 20/1696. Diese Drucksachen wurden als Tagesordnungspunkte 14 a und 37 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Zaun statt Sozialpolitik – Ist das Ihr Kurs, Herr Scheele?

von der FDP-Fraktion

Jugendliche Alkohol-Testkäufer – Minderjährige für Spitzeldienst missbraucht!

von der Fraktion DIE LINKE

Keine Ausgrenzung, keine Vertreibung, kein Zaun – die Stadt gehört allen! Schreiber stoppen!

von der SPD-Fraktion

Beseitigung des Investitionsstaus an der Universität – wieder eine gute Nachricht für den Hochschulstandort!

und von der CDU-Fraktion

Zukunftsperspektive für Blohm & Voss: Senatorin Blankau mit dubioser Indiskretion auf eigene Faust unterwegs? – Bürgermeister Scholz muss für Aufklärung sorgen!

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und dritte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Wer wünscht das Wort? – Frau Fegebank, Sie haben es.

Katharina Fegebank GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Werte Genossinnen und Genossen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Bist du schon übergewechselt?*)

der Zaun muss weg.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

So einfach, so klar und so unmissverständlich ist die Botschaft der GAL-Fraktion. Theoretisch könnte ich das Rednerpult jetzt wieder verlassen, aber den Gefallen tue ich Ihnen nicht. Ich merke, wie unruhig es in den Reihen der SPD wird und glaube, dass sich an der Diskussion um den Zaun einiges ableiten lässt, was gerade für Missstimmung in der SPD sorgt. Daher wollen wir es uns natürlich nicht entgehen lassen, hier und heute zu diskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

20 Meter lang, 2,80 Meter hoch und 18 000 Euro teuer ist der Stahlzaun, der seit gut einer Woche die Kersten-Miles-Brücke zu einem Symbol der Ausgrenzung und Vertreibung gemacht hat; für mich ein Symbol menschenunwürdiger, menschenverachtender und rechtlich höchst fragwürdiger Politik.

(Beifall bei der GAL und bei *Norbert Hackbusch* und *Christiane Schneider*, beide DIE LINKE)

Warum wir heute darüber sprechen,

(*Andy Grote SPD: Weil Sie daraus Kapital schlagen wollen!*)

ist die Tatsache, dass dies keine Kleinigkeit mehr ist, die schnell bei einem Ausschuss im Bezirk unter den Teppich gekehrt werden kann. Dieser Zaun droht ein deutschlandweites Symbol für den re-

(Katharina Fegebank)

pressiven Umgang einer SPD-Alleinregierung mit Obdachlosigkeit in dieser Stadt zu werden.

(Beifall bei der GAL)

Deshalb ist es wichtig, sich der Auseinandersetzung zu stellen. Deshalb frage ich Sie – leider ist der Bürgermeister heute nicht da,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Der kommt noch!*)

aber Senator Scheele ist hier –, ob Sie das tatsächlich zulassen wollen, ob Sie diesen Umgang mit Menschen, die in Armut leben, vielleicht in Verelendung leben, die in besonders schweren Krisensituationen sind zulassen wollen. Ist das die Art des Umgangs, die wir von Hamburg aus nach Deutschland oder auch nach Europa tragen wollen? Ich glaube nicht. Deshalb erwarte ich von Ihnen eine klare Positionierung gegen diesen Zaun. Ich wiederhole noch einmal: Als Symbol der Repression, der Unterdrückung und der Vertreibung muss dieser Zaun weg.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Es ist schon bezeichnend, wie sich der Konflikt offenbart, nämlich indem City-Sheriff Schreiber droht, seinen Kolleginnen und Kollegen in der Bürgerschaftsfraktion auf der Nase herumzutanzten, indem er hier und da nicht nur Duftmarken setzt,

(*Dirk Kienscherf SPD: Geht es Ihnen um die Menschen oder um Parteipolitik?*)

sondern Symbole, die für einen Hardliner-Kurs in der Innenpolitik stehen. Und das in einem Stadtteil, der wie kaum ein zweiter von Vielfalt und von der Unterschiedlichkeit der Menschen lebt. Ich hoffe, dass diese Debatte um den Zaun eine Auseinandersetzung um den richtigen sozialpolitischen Kurs in der SPD entfacht und befeuert. Das wünsche ich mir sehr.

(Beifall bei der GAL – *Andy Grote SPD: Dazu haben Sie noch kein Wort gesagt!*)

Es gibt eine breite Front gegen den Zaun und zwar parteiübergreifend. Es wäre doch so einfach zu sagen, wie bauen ihn ab, wir nehmen ihn weg.

(*Andy Grote SPD: Und dann?*)

Nein, jetzt kommt der Vorschlag, einen Runden Tisch einzurichten. Wir sind grundsätzlich immer bereit, uns an Runden Tischen zu beteiligen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Warten Sie ab, was Herr Streng mit denen bespricht!*)

nur würde ich mir wünschen, dass man auch die Stimmen der Fürsprecher von Obdachlosen, beispielsweise Vertreter und Vertreterinnen von Hinz&Kunzt, ernst nimmt. Die haben klar gesagt, erst den Zaun weg und dann den Runden Tisch, denn wir brauchen ein Gesamtkonzept gegen Obdachlosigkeit, für mehr Wohnraum, Dezentralisie-

rung, Anpassung der Standards, für einen menschenwürdigen Umgang auch mit denjenigen, die einen anderen Lebensweg wählen, als den, den Sie sich vorstellen.

(Beifall bei der GAL – *Andy Grote SPD: Das wird alles besser bei Schwarz-Grün!*)

Ein Runder Tisch macht nur Sinn, wenn wir uns parteiübergreifend mit Vertreterinnen und Vertretern von Obdachloseneinrichtungen, mit Initiativen und Verbänden in dieser schwierigen Frage auseinandersetzen, um Lösungen für die ganze Stadt, nicht nur den Bezirk Hamburg-Mitte zu finden.

Wenn die Debatte ein Gutes hat, dann, dass jetzt darüber geredet wird und nicht kurz vor Weihnachten, wenn Obdachlose bei minus 3 Grad auf der Straße stehen, weil die Plätze in den Unterkünften nicht ausreichen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Dann ist das Problem schon gelöst! – Andy Grote SPD: Es wird schon gehandelt, das wissen Sie doch!*)

Runder Tisch – ja. Wir machen mit, aber nur, wenn der Zaun weg ist. Genau das ist auch die Ansage von Hinz&Kunzt. Es geht darum, langfristige, flächendeckende Lösungen gegen Obdachlosigkeit zu finden.

Ich würde mir wünschen, dass City-Sheriff Schreiber sich mit Vertretern dieser Fraktion – vielleicht auch mit dem Bürgermeister oder mit Senator Scheele – vor dem Zaun trifft, dass er entweder das Kriegsbeil begräbt und den Zaun abbauen lässt, oder dass es zum Showdown kommt. Der Runde Tisch darf nicht als Rettungsanker für einen Bezirksamtsleiter dienen, sondern soll zu einem Gesamtkonzept gegen Obdachlosigkeit führen.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Lohmann.

Uwe Lohmann SPD:* Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Fegebank, geht es Ihnen um die Menschen oder geht es Ihnen um die Profilierung Ihrer Partei?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe von Ihnen keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört,

(*Jens Kerstan GAL: Doch! Der Zaun muss weg!*)

außer, der Zaun muss weg. Obdachlose – oder besser gesagt wohnungslose – Menschen gehören zum Stadtbild jeder europäischen Metropole. Sie leben zeitweise oder für immer auf der Straße. Auch in Hamburg gehören wohnungslose Men-

(Uwe Lohmann)

schen zum Stadtbild. Trotz aller Bemühungen unter wechselnden Regierungen der vergangenen Jahre gelingt es leider nicht, dass die Hilfesysteme alle wohnungslosen Menschen ganz oder auch nur teilweise erreichen. Wohnungslose Menschen werden trotz aller Maßnahmen auch in Zukunft zum Stadtbild gehören.

Bei allen emotionalen Diskussionen und der aufgeheizten Stimmung der vergangenen Tage darf das Engagement der Sozialbehörde, der Konsens, der mit den Verbänden und Institutionen erzielt wurde, nicht vergessen werden. Vor allem im Winternotprogramm werden die Plätze für Obdachlose deutlich erhöht. Diese emotionale Diskussion darf auf gar keinen Fall dazu führen, dass die Gespräche mit den Verbänden und Trägern zur Weiterentwicklung der Hilfesysteme unterbrochen oder gar abgebrochen werden.

(Beifall bei der SPD – *Antje Möller GAL*: Das ist doch gar nicht das Thema!)

Das würde keinem der betroffenen Menschen weiterhelfen. Nun zum Bezirk Hamburg-Mitte. Aufgrund der Lage des Bezirks ballen sich die Probleme dort deutlich stärker als in den sechs anderen Bezirken. Mehr als die Hälfte aller Schlafplätze für obdachlose Menschen befinden sich im Bezirk Hamburg-Mitte. Es gibt eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten in diesem Bezirk, die tagtäglich mit drogenabhängigen Menschen, mit alkoholabhängigen Menschen und mit wohnungslosen Menschen schwierige Arbeit leisten.

(*Katharina Fegebank GAL*: Das ist doch gar nicht zum Thema!)

Wir sollten in dieser aufgeheizten Stimmung aufpassen, dass nicht der gesamte Bezirk schlechtgeredet wird.

(Beifall bei der SPD)

Das haben vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Projekten und in den Einrichtungen, die tagtäglich eine verdammt schwere Arbeit leisten, nicht verdient.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GAL*: Aber die haben keinen Zaun gebaut! – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihung, bevor Sie weitersprechen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Müller?

Uwe Lohmann SPD: Geht das von meiner Zeit ab? – Na gut, ganz kurz.

Zwischenfrage von Farid Müller GAL:* Sie sorgen sich um das Image des Bezirks Hamburg-Mitte. Sorgen Sie sich auch um die Obdachlosen?

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Uwe Lohmann SPD (fortfahrend): Aber natürlich.

Nun zur Kersten-Miles-Brücke. Fast alle Fraktionen im Bezirk sehen dort Handlungsbedarf. Ich nenne den interfraktionellen Antrag vom 29. November 2010, unterstützt übrigens auch von der GAL.

(Beifall bei der SPD)

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat in ihrer Oktobersitzung Maßnahmen beschlossen, die eine Verfestigung der Situation verhindern sollten. Für den Umbau der Brücke wurden aus Bezirksmitteln 100 000 Euro zur Verfügung gestellt. Wir reden hier über Entscheidungen, die einzig im Bezirk Hamburg-Mitte getroffen wurden, und zwar parteiübergreifend.

(Beifall bei der SPD – *Antje Möller GAL* und *Dora Heyenn DIE LINKE*: Nicht parteiübergreifend!)

Die Fraktion DIE LINKE hat nicht zugestimmt, das gehört der Ehrlichkeit halber gesagt. Vor dem Hintergrund dieser Entscheidungen muss es eine Lösung geben, eine Lösung hoffentlich ohne Zaun.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Um die Problematik sachlich und vertrauensvoll anzugehen, sollte der bezirkliche Konflikt um den Zaun unter der Kersten-Miles-Brücke mit einem ergebnisoffenen Moderationsverfahren gelöst werden. Das ist der Vorschlag der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Ein solches Verfahren ist in dieser aufgeheizten Lage das Richtige, um innezuhalten und eine gute Lösung im Sinne der Menschen vor Ort zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Als Mediator steht Hans-Peter Strenge, Präsident der Synode der Nordelbischen Kirche und Staatsrat a.D., bereit. An dem Verfahren sollen insbesondere das Bezirksamt und die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Akteure aus der Stadt sowie wichtige soziale Akteure aus dem Stadtteil beteiligt werden. Wir gehen fest davon aus, dass es noch im Oktober eine für alle tragfähige Lösung geben wird. Wie wir gestern bei "Schalthoff Live" erfahren konnten, sind sowohl die GAL als auch die CDU bereit, an diesem Moderationsverfahren teilzunehmen. Ich bin zuversichtlich, dass dieses Verfahren schnell zu einem für alle Beteiligten positiven Ergebnis führt, mit hoffentlich überzeugenden Argumenten und ohne Zaun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Wolff.

Katharina Wolff CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir reden über

(Katharina Wolff)

ein sehr emotionales Thema, das aber nicht ganz ohne Differenzierung auskommt. Fakt ist, wenn es zu Gewalttaten und zu Belästigungen kommt, muss die Polizei einschreiten. Dies gilt ausnahmslos auch für Obdachlose, die sich an der Kersten-Miles-Brücke niedergelassen haben. Fakt ist aber auch, dass es dort gar keine aktuelle Beschwerdelage gibt, wie Polizeisprecher Streiber bestätigt. Zudem haben die unsinnigen Steine und der Zaun absolut nichts erreicht, außer Proteste auszulösen, die Fronten zu verhärten und viel Geld für Maßnahmen zu kosten, die nichts bewirkt haben.

(Beifall bei der CDU)

Die knapp 120 000 Euro entsprechen etwa einem Drittel der Mittel des Winternotprogramms von 2010. Zudem blieben viele der dort ansässigen Obdachlosen absolut friedfertig und haben so ein menschenunwürdiges Verhalten und eine solche Vertreibungspolitik, wie sie von Bezirksamtsleiter Schreiber praktiziert wird, nicht verdient.

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote SPD*: Waren Sie da mal?)

Man bedenke auch, was für ein Symbol wir damit aus Hamburg senden. Wollen wir nicht eine weltoffene Stadt sein? Wenn wir anfangen, öffentliche Räume abzusperren, was kommt dann noch? Sollen wir irgendwann den Gerhard-Hauptmann-Platz absperren, weil sich dort Obdachlose aufhalten? Herr Schreiber hat bewiesen, dass ihm ein Schnellschuss, der ihn als großen Macher erscheinen lässt, lieber war, als eine langfristige und humane Lösung zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht sollte man Herrn Schreiber erklären, dass die SPD sowohl im Bezirk als auch auf Landesebene bereits regiert, und er diese populistischen Mittel gern unterlassen kann. Wir brauchen keine Schnellschüsse, sondern ein nachhaltiges Konzept für die Unterbringung und für den Umgang mit Obdachlosen. Die Situation, wie sie sich aktuell darstellt, ist ein absolutes Eingeständnis des Versagens und der Konzeptionslosigkeit der SPD-Mitte-Politik. Es gibt bessere Lösungen als den Zaun. Das ist nicht die Forderung nach mehr Sozialarbeitern. Es ist die Aufforderung, diese mit den Betroffenen sprechen zu lassen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, bevor durchgegriffen wird. Es ist die Aufforderung zu mehr Polizeipräsenz, wenn Belästigung und Gewalt drohen. Ein Zaun ist die falsche Lösung.

(Beifall bei der CDU)

Er steht als fatales Symbol für eine Vertreibungspolitik der Hansestadt Hamburg, die mittlerweile bundesweit Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Nun wird ein Runder Tisch eingerichtet. Gestern hat Herr Droßmann noch gesagt, eine denkbare Möglichkeit sei, den Zaun wieder zu entfernen. Hierzu möchten wir Ihnen, verehrte Kollegen von der SPD, vor allem der Bezirksfraktion und dem Runden Tisch, mit auf den Weg geben, dass dies nicht das einzige Ergebnis sein darf. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für obdachlose Menschen in Hamburg-Mitte.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Deshalb ist der Runde Tisch auch wichtig!)

Zudem – wir haben es von Katharina Fegebank gehört – hat Hinz&Kunzt angekündigt, dass sie am Runden Tisch nicht teilnehmen, wenn der Zaun nicht vorher entfernt wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Ein Runder Tisch ohne die Teilnahme von Hinz&Kunzt entbehrt jeder Logik. Liebe SPD, jeder Bürger versteht es, wenn Politiker auch einmal Fehlentscheidungen treffen, die müssen dann nur korrigiert und ausgeräumt werden. Was Herr Schreiber aktuell macht, ist alles andere. Insgeheim gestehen Sie sich längst ein, dass der Zaun das falsche Mittel war und ein falsches Symbol darstellt; das haben wir auch heute von Herrn Lohmann wieder gehört. Nach außen versuchen Sie sich aber durch den Runden Tisch etwas leiser aus der Affäre zu ziehen, damit das Gesicht von Herrn Schreiber gewahrt werden kann. Er müsste endlich eingestehen, dass er sich mit dieser Maßnahme absolut verrannt hat.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie haben doch gerade für die Gesamtlösung plädiert!)

Doch da der Zaun jetzt zum Landesthema geworden ist, eine kurze Bemerkung an Bürgermeister Scholz. Sie sind jetzt für diese Stadt verantwortlich. Wir können Sie nur bitten: Schreiten Sie ein. Wenn Sie sich an dieser Sache nicht die Finger verbrennen wollen – was man durchaus verstehen kann –, dann muss zumindest der zuständige Senator, Herr Scheele, einschreiten. Ich kann mir zwar vorstellen, dass auch er sich nicht für den Paukenschlag von Herrn Schreiber verhaften lassen möchte, aber wegducken darf es an dieser Stelle nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Andy Grote SPD*: Was ist Ihre Alternative?)

Mein letzter Satz: Das ist kein gutes Regieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Kaesbach, Sie haben das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Eines muss man als erstes anmerken: Bezirksamtsleiter Schreiber hat den Obdachlosen mit seiner Aktion einen Riesengefallen getan. Er hat ihnen und ihren Unterstützern tagelang ein lautes Medienecho verschafft. Gratulation. Dabei ist der Gegenstand des Anstoßes nur 2,80 Meter hoch und 20 Meter lang. Keine Frage, rein symbolisch ist der Zaun im Herzen der freien Metropole eine Provokation. Ihn aber als Symbol der Repression und der Unterdrückung zu beschreiben, wie Sie Frau Fegebank es taten, ist vollkommen übertrieben.

(Beifall bei der FDP)

Aber der Bau des Zauns ist als Ausdruck der Ohnmacht eines Bezirksamts grundsätzlich nachvollziehbar. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat vor längerem beschlossen, den Platz unter der Brücke umzubauen, mit dem Ziel, die Gegend für Anwohner und Touristen sicherer zu machen. Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Dass das Ganze 118 000 Euro kostet und der Bodenbelag nicht zu einer Änderung geführt hat, ist natürlich zu kritisieren. Was jetzt aber geschieht, ist nicht nachvollziehbar. Mahnwachen und Demonstrationen dürfen gern sein, aber so zu tun, als ob Herr Schreiber eine Stadtmauer um die City bauen wolle und Obdachlose aus der Stadt vertreibt, geht vollkommen an der Sache vorbei und schraubt den Konflikt nur hoch.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und der SPD)

Worte wie "Hier verstarb die Hamburger Nächstenliebe" oder "Schreiber abschreiben", um nur einige zu nennen, sind vollkommen übertrieben und dienen nur dazu, den Verantwortlichen zu denunzieren. Bei der ganzen Hysterie werden einige unangenehme Wahrheiten vergessen, doch die muss man auch erwähnen.

(*Jens Kerstan* GAL: Was er am Hauptbahnhof macht, wissen Sie auch!)

Es geht nicht darum, dass Touristen nicht in ihrem positiven Hamburg-Bild gestört werden sollen, es handelt sich auch nicht um die eingebildeten Ängste überempfindlicher Bürger. Die Situation an der Kersten-Miles-Brücke vermittelt tatsächlich vielen Passanten ein Gefühl der Unsicherheit. Es hat wiederholt Pöbeleien, konkrete Bedrohungssituationen und weitere Vorfälle gegeben. Diese Hintergründe dürfen nicht vergessen werden, wenn wir heute über diesen Zaun sprechen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Yildiz?

Martina Kaesbach FDP (fortfahrend): Nein.

Von den Gegnern des Zauns wird angemahnt, dass Obdachlose ein Recht haben, sich im öffentlichen Raum frei zu bewegen. Das gilt aber auch umgekehrt. Auch Hamburgs Bürger und Touristen haben ein Recht, sich frei und sicher im öffentlichen Raum zu bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt hat den Auftrag, für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu sorgen und muss notfalls auch durchgreifen. Ich wundere mich, dass allen Ernstes für das Recht protestiert wird, unter der Brücke schlafen zu können.

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Auch Obdachlose haben Bürgerrechte!)

Ein Wohnrecht unter der Brücke kann keine ernsthafte Forderung der Politik sein.

(Beifall bei der FDP und der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Offensichtlich sehen das die SPD und die GAL in Hamburg-Mitte ebenso. Der Umbau der Brücke, wir hörten es bereits von Herrn Lohmann, wurde mit Stimmen der SPD und der GAL in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschlossen.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: So ist es!)

Sich jetzt zu empören ist scheinheilig.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte SPD! Nun soll ein Vermittlungsverfahren die Lösung sein? Das ist allerdings ein fauler Kompromiss und ein Eiertanz ohnegleichen.

(Beifall bei der FDP)

Erst setzt sich Senator Scheele in der "Welt" vom 22. September vom Bezirksamtsleiter Schreiber ab und erklärt, das Ganze sei nicht abgesprochen, der Bezirk hätte das Vorgehen selbst zu verantworten. Dann erklärt sich Frau Bekeris am Sonntag eindeutig gegen den Zaun.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Hajduk?

Martina Kaesbach FDP (fortfahrend): Nein.

Das Vermittlungsverfahren dient doch nur dazu, die Unstimmigkeiten innerhalb der SPD zu diesem Thema zu überlagern.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien* CDU)

Gestehen Sie das doch ein. Es ist doch offensichtlich, dass Sie ein Problem mit Ihrem Bezirksamtsleiter Schreiber haben. Ihr Vorgehen ist durchsichtig und hilflos zugleich.

(Martina Kaesbach)

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie stellen mit dem Vermittlungsverfahren Ihren Bezirksamtsleiter bloß, und Sie stellen die Legitimität gewählter Institutionen auf Bezirksebene infrage. Das Thema des Zuwachses von Obdachlosigkeit muss dringend versachlicht werden. Die Stadt steht derzeit vor großen Problemen. Die Unterkünfte reichen nicht mehr aus, Stadt und Bezirke müssen dringend neue Einrichtungen schaffen, damit jeder Obdachlose einen Schlafplatz erhält. Die Angelegenheit mit dem Zaun aber ist eine Bezirksangelegenheit und sollte es bleiben, Frau Fegebank.

(*Jens Kerstan GAL*: Damit kriegen Sie nicht mal 1,8 Prozent!)

Es heißt doch immer, die Bezirke sollten gestärkt werden. Aber wenn es brenzlich wird besteht offenbar Konsens, sie zu entmündigen. Da gehen wir Liberale nicht mit. Wir Liberale sind der Meinung, dass der Bezirk alleinverantwortlich eine Lösung finden muss. – Danke.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Frau Özdemir das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ganz klar, Herr Schreiber muss zurücktreten.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan GAL*)

Herr Schreiber muss zurücktreten, weil er nicht mehr tragbar ist. Er ist nicht tragbar, weil er meint, mit Vertreibung und Ausgrenzung Probleme lösen zu können. Der Zaun unter der Kersten-Miles-Brücke muss unverzüglich weg. Er muss weg, weil das nicht Hamburg ist.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Zur Erinnerung: Der Zaun unter der Kersten-Miles-Brücke ist nicht das erste Glanzstück des Herrn Schreiber. Er betreibt eine bestimmte Stadtentwicklung und die basiert auf Ausgrenzung und Vertreibung.

(*Andy Grote SPD*: Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Alles, was nicht in sein Bild von Hamburg passt, soll weg. Bauwagen, Minarette, Obdachlose, Prostituierte, Menschen, die trinken und Menschen, die rauchen. Alles soll sauber werden. Zur Begründung sagt er in einem Interview mit der "Welt" – ich zitiere –:

"Es gilt, die Interessen schwächerer Gruppen zu wahren."

– Zitatende.

Er macht sich auch noch Sorgen um die Demokratie in Hamburg – Zitat –:

"Undemokratische Politiker könnten profitieren."

– Zitatende.

Das befürchtet er, falls nicht alles sauber gemacht wird. Herrn Schreibers Verständnis von Demokratie wurde erneut letzten Montag deutlich, da mussten nämlich alle Zeichen des Protestes gegen den Zaun wieder entfernt werden.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Pfui!)

Das ist alles, was ihm dazu eingefallen ist. Herr Schreiber ist resistent gegen alle Kritik aus sozialen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, von Kirchen und der Bevölkerung.

(Beifall bei der LINKEN)

Tausende Menschen in Hamburg haben sofort ihren Protest auf die Straße getragen, und, Frau Kaesbach, das ist auch berechtigt. Es haben sich Internetforen gebildet und es sind Musikstücke gegen den Zaun entstanden und das innerhalb kürzester Zeit. Auch von außerhalb werden ungläubig die Vorgänge in Hamburg beobachtet. Ich glaube auch, dass bundesweit noch niemand auf eine solche Idee zur Problemlösung gekommen ist. Es ist die Arroganz der Macht, wenn Herr Schreiber weiterhin auf seinem Ausgrenzungskurs beharrt.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei ist der Zaun nur die Spitze des Eisbergs. Er ist als Symbol der Ausgrenzung einfach unerträglich in Hamburg. Der eigentliche Skandal aber war bereits die Verschwendung von 100 000 Euro.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit 100 000 Euro wurde die Brücke wiederhergestellt. Dahinter stand die Idee, dass ihr Erscheinungsbild attraktiver gemacht werden sollte.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Da müssen Sie mal die GALier ansprechen!)

Dafür müssen die Obdachlosen weg. So wurde mit 100 000 Euro dafür gesorgt, dass aus trockenen Schlafplätzen nasse Schlafplätze wurden. Es handelte sich um eine unterschwellige Maßnahme der Verdrängung und hierfür tragen SPD und GAL, das muss man ganz offen sagen, im Bezirk Hamburg-Mitte die Verantwortung.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Jetzt die GAL auch, oh!)

In ganz Hamburg wird eine knappe halbe Million Euro für das Winternotprogramm ausgegeben, aber allein der Bezirk Hamburg-Mitte kann es sich leisten, 118 000 Euro für Ausgrenzung und Vertreibung auszugeben. Hinter diesen Maßnahmen

(Cansu Özdemir)

steht eine Unfähigkeit zu längerfristigen, tragfähigen Lösungen. Um tragfähige Lösungen überhaupt zu finden, müssen auch die betroffenen und beteiligten Menschen mit einbezogen werden. Aber nun will die SPD das Problem durch ein Moderationsverfahren lösen. Plötzlich soll doch miteinander geredet werden und der Bezirk und wichtige soziale Akteure sollen mit einbezogen werden. Da fragen wir uns doch, warum das erst nach der Eskalation passiert und nicht, bevor der Zaun dort hingepflanzt wurde?

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Anjes Tjarks GAL*)

Da fragen wir uns auch, warum keine Vermittlung eingeschaltet wurde, wenn ein Herr Schreiber auf die Idee kommt, 118 000 Euro Steuergelder für die Vertreibung von Obdachlosen auszugeben?

Meine Damen und Herren! Dieser Zaun ist unerträglich, er ist unsozial und unmenschlich und deshalb fordern wir als Fraktion DIE LINKE, dass der Zaun unverzüglich weg und Bezirksamtsleiter Markus Schreiber zurücktreten muss. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Senator Scheele.

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der vom Bezirksamt Hamburg-Mitte errichtete Zaun unter der Kersten-Miles-Brücke hat in der ganzen Stadt zu einer intensiven Diskussion über Obdachlosigkeit und über den Umgang mit ihr geführt. Diese Debatte ist ganz überwiegend mit einer großen Ernsthaftigkeit und einer erstaunlichen Differenziertheit geführt worden.

(*Roland Heintze CDU: Bitte?*)

Das wundert mich nicht, denn es entspricht meinen Erfahrungen. Ich bin nun seit sechs Monaten im Amt und habe viele Gespräche mit verschiedenen Akteuren geführt. Ich rede ausführlich und regelmäßig mit Hinz&Kunzt, ich war beim Runden Tisch St. Jacobi, ich habe das CaFée mit Herz sowie die Krankenstube der Caritas im Gesundheitszentrum St. Pauli mehrfach besucht. Mein Eindruck war stets, dass wir eine sehr sachliche und lösungsorientierte Diskussion in der Frage des Umgangs mit Menschen, die ohne Obdach sind, in dieser Stadt pflegen und führen.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE: Und dann kam Schreiber!*)

Lassen Sie mich etwas zur Vorgeschichte des Zauns sagen. Ich habe – denn man soll sich selbst informieren – die Polizei gebeten, mir aufzuschreiben, was an dieser Brücke vorgefallen ist. Wir haben festzustellen, dass es im letzten Jahr eine ge-

fährliche Körperverletzung mit Todesfolge gegeben hat, eine Vergewaltigung und eine versuchte Vergewaltigung. Und die Opfer waren jeweils Obdachlose.

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Aber das lösen Sie doch nicht durch Vertreibung!*)

Wer davor die Augen verschließt und sagt, hier müsse nichts geschehen, der leugnet ein Problem, dem sich diese Stadt und ihre Politikerinnen und Politiker zuwenden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Allen Obdachlosen wurden Angebote gemacht, die von der Stadt vorgehaltenen Unterkünfte zu nutzen und nicht mehr unter der Brücke zu kampieren. Es ist nämlich nicht gerade würdig, unter einer Brücke schlafen zu müssen. Der von meiner Behörde angestellte Sozialarbeiter hat das Verfahren intensiv betreut, er war mindestens zweimal pro Woche an der Brücke. Die Bestrebungen, auf diese Weise das Obdachlosenlager unter der Kersten-Miles-Brücke aufzulösen, waren, wie wir feststellen müssen, leider erfolglos. Inzwischen soll ein Zaun dem unbestreitbaren Problem abhelfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Zaun wirft ein Licht auf diese Stadt, das sie nicht verdient.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN und vereinzelt bei der GAL und der CDU)

Diskussionen um solche Symbole bringen selten Lösungen hervor, die den Betroffenen wirklich helfen. Die SPD-Fraktion hat nun den Präsidenten der Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Hans-Peter Strenge, als Moderator für diesen Konflikt vorgeschlagen. Ich halte das für einen guten und zielführenden Vorschlag. Herr Strenge kennt als ehemaliger Staatsrat und Altonaer Bezirksamtsleiter das Anliegen der Stadt, gleichzeitig sind ihm als Präsidenten der Synode die Sorgen und Nöte betroffener Obdachloser ein Anliegen. Ich bin mir sicher, dass es ihm gelingen wird, in einem ergebnisoffenen Moderationsverfahren eine wirkliche Lösung der Probleme unter der Kersten-Miles-Brücke herbeizuführen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns die Probleme unter der Brücke und die Bedürfnisse der Obdachlosen wieder in den Mittelpunkt stellen. Lassen Sie uns ohne Vorbehalte in das vorgeschlagene Verfahren eintreten und die verschiedensten Blickwinkel, die die verschiedenen Akteure mitbringen, auf die Zustände unter der Kersten-Miles-Brücke zusammenführen. Lassen Sie uns gemeinsam Lösungen entwickeln, Lösungen für die Obdachlosen, die Anwohnerinnen und Anwohner und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die dort ihren Dienst tun. Ich bin überzeugt, wenn alle mitwirken – ich wün-

(Senator Detlef Scheele)

sche es mir auch –, wird am Ende dieses Prozesses ein Abbau des Zauns stehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Senat tut alles, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und obdachlos gewordene Menschen zurück in die Hilfesysteme zu holen. Deshalb möchte ich die Integration von obdachlosen Menschen in Hamburg auf eine breite Basis stellen. Das sind Prävention, Kooperation und Integration durch Wohnungsversorgung beziehungsweise durch eine vorübergehende öffentliche Unterbringung. Aber auch niedrigschwellige Hilfen für obdachlose Menschen sind die tragenden Eckpfeiler der Senatspolitik für obdachlose Menschen.

Zunächst zur Prävention. Durch die Arbeit der Fachstellen ist es gelungen, dass die Zahl der Räumungsklagen rückläufig ist und es zu einem sinkenden Bedarf an öffentlicher Unterbringung gekommen ist. Maßgeblich für die Vermeidung öffentlicher Unterbringung ist auch die Steuerung der Hilfen über eine Hilfeplanung sowie die Vermittlung der Klienten in weitergehende Hilfen wie Schuldner- und Suchtberatung und die Integration in Arbeit. Prävention ist für mich ein ganz wesentlicher Eckpfeiler meiner Politik für Wohnungslose und Obdachlose.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe einige unserer Fachstellen für Wohnungslose besucht. In den vergangenen acht Monaten erhielten die Fachstellen von 6745 Haushalten mit drohendem Wohnungsverlust Kenntnis. Für 82 Prozent der in diesem Zeitraum abgeschlossenen Fälle, das heißt, für 4863 Haushalte, konnte die Wohnung gesichert werden. Das ist gute Politik für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind.

(Beifall bei der SPD)

Prävention lässt sich nur durch eine verbesserte Kooperation mit allen Beteiligten, insbesondere den Wohnungsunternehmen, den Bezirken und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege erreichen.

In diesem Zusammenhang will ich auf das Projekt "Wege aus der Obdachlosigkeit" aufmerksam machen. In diesem Projekt werden mit Fachleuten und Multiplikatoren aus der Wohnungslosenhilfe Vorschläge zur Optimierung der Hilfesysteme erarbeitet. Insbesondere werden die Schwerpunkte auf die folgenden Zielgruppen gelegt: jungerwachsene Obdachlose, Langzeitobdachlose, nicht-deutsche Obdachlose und obdachlose Frauen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Thema Krankenversorgung obdachloser Menschen. Ich weiß, dass die Arbeitsgruppen intensiv an Vorschlägen arbeiten und in den Gremien die Vertreter von Behörden, Verbänden und Einrichtungen gut miteinander zusammenarbeiten.

Der zweite wichtige Eckpfeiler unserer Politik für Obdachlose ist eine verbesserte Wohnungsversorgung von Menschen ohne Wohnraum. Hierzu ist vor Kurzem ein Bündnis für das Wohnen in Hamburg mit den wohnungswirtschaftlichen Verbänden vereinbart worden mit dem Ziel, mehr Wohnungen für wohnungs- und obdachlose Haushalte zu bekommen. Das wird gelingen, und auch das ist ein Aspekt guter und präventiver Politik im Regelsystem.

(Beifall bei der SPD)

Obdachlosigkeit hat viele Gesichter. Sie reicht von der verdeckt obdachlos lebenden Frau, die Zwangsgemeinschaft akzeptiert, um die drohende Obdachlosigkeit zu vermeiden, über wohnungslose Menschen, die in Wohnunterkünften öffentlich untergebracht sind, bis hin zu Menschen, die im Freien, in Hauseingängen oder unter Brücken schlafen, also buchstäblich ohne Obdach sind.

In der öffentlichen Unterbringung setze ich mich dafür ein, dass im Rahmen einer gemeinsam zu erarbeitenden Gesamtkonzeption Vorschläge für weitere Kapazitäten mit allen Bezirken erarbeitet und in den Bezirksversammlungen abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang streben wir 500 zusätzliche Plätze an, die je nach Bedarf und Lage kurz-, mittel- oder langfristig erschlossen werden können. Derzeit werden in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung rund 7800 Zuwanderer und Wohnungslose in 52 Einrichtungen von fördern und wohnen untergebracht. Hinzu kommen noch 210 Personen in Übernachtungsstätten.

Der Bezirk Hamburg-Mitte ist im Hinblick auf die öffentliche Unterbringung von Wohnungslosen und Zuwanderern einer der drei besonders hoch beanspruchten Bezirke. Auf ihn entfallen allein 1891 Unterkunftsplätze und mit der Einrichtung Billstiege die größte Unterkunft in Hamburg. Darüber hinaus beherbergt der Bezirk die Übernachtungsstätte Pik As an der Neustädter Straße mit einer Kapazität von 190 Plätzen. Der Bezirk Hamburg-Mitte trägt insgesamt ein Viertel aller Plätze in der öffentlichen Unterbringung. Und ohne die aktive Unterstützung des Bezirks – ich will an dieser Stelle auch sagen, ohne die Mithilfe von Herrn Schreiber – wäre es der Sozialbehörde nicht möglich gewesen, das Haus in der Spaldingstraße für das Winternotprogramm rechtzeitig zu Beginn der Wintersaison zu erschließen.

(Beifall bei der SPD)

Der wichtigste Punkt in der öffentlichen Unterbringung ist nicht immer die Kapazitätserweiterung, sondern vielmehr ist der Zu- und Abgang aus den Wohnunterkünften zielgruppenspezifisch zu organisieren. Es muss verhindert werden, dass Jungerwachsene und Familien mit Kindern zu lange in der öffentlichen Unterbringung verweilen. Diesen Menschen muss privatrechtlich organisierter Wohn-

(Senator Detlef Scheele)

raum zugänglich gemacht werden. Deshalb hat der Senat ein Wohnungsbauprogramm beschlossen, damit der Druck aus dem Vermietungsmarkt genommen wird und wir Zug um Zug Menschen in ordentlichen und geregelten Wohnraum überführen können.

(Beifall bei der SPD)

Der flankierende Teil der Obdach- und Wohnungslosenhilfe sind niedrigschwellige Hilfen. Wir halten ein umfassendes, bedarfsgerechtes und niedrigschwelliges Hilfeangebot in Hamburg vor. In sechs Tagesaufenthaltsstätten können obdachlose Menschen essen, duschen, Wäsche waschen, eine Postadresse einrichten, am PC arbeiten, sich beraten lassen und zum Teil auch ärztlich untersuchen lassen. Außerdem stehen ihnen zur Verfügung zahlreiche Essensausgabestellen, zehn Kleiderkammern, eine Krankenstube für Obdachlose mit 14 Betten, das Krankenmobil, das obdachlose Menschen auf der Straße medizinisch und pflegerisch versorgt und medizinische Sprechstunden in der Einrichtung der Wohnungslosenhilfe und der öffentlichen Unterbringung anbietet.

Seit 2005 sind zudem zehn Straßensozialarbeiter in der Innenstadt und sieben in den Bezirken eingesetzt, die obdachlose Menschen vor Ort auf der Straße beraten und betreuen. Neu hinzugekommen ist ein polnischer Sozialarbeiter, der osteuropäische Menschen auf der Straße betreut und so weit wie möglich die Rückkehr in die jeweiligen Heimatländer vorbereitet, sowie eine Psychiaterin, die im Rahmen des Projekts "Straßensite" psychisch kranke Obdachlose auf der Straße aufsucht.

(*Dietrich Wersich CDU: Was meinen Sie mit "neu"? Seit Jahren gibt es das!*)

Zum niedrigschwelligen Angebot gehört natürlich auch das Winternotprogramm.

(*Anja Hajduk GAL: Thema!*)

Kein Mensch sollte im Winter in Hamburg auf der Straße übernachten müssen.

(Zurufe von der GAL)

– Sie haben angemeldet, ob die Politik des Sozialsenators etwas mit dem Zaun zu tun hat. Ich rede über meine Sozialpolitik für Menschen ohne Obdach. Das werden Sie sich anhören müssen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Senator, Verzeihung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heinemann?

Senator Detlef Scheele (fortfahrend): Nein.

(Unmutsäußerungen bei der CDU – *Jörg Hamann CDU: Nicht mal das!*)

– Ich bin doch gleich fertig, den Rest werden Sie auch noch ertragen.

(Zurufe von der GAL)

Deswegen haben wir rechtzeitig mit der Vorbereitung des diesjährigen Winternotprogramms begonnen. Das Winternotprogramm ist in der zentral gelegenen Spaldingstraße geplant. Neben diesem zentralen Ort wird es auch weiterhin die Containerplätze bei den Kirchen geben.

(Zurufe von der CDU)

– Wir reden hier über Menschen, die auf der Straße leben.

(*Robert Heinemann CDU: Aber Sie reden nicht über das Problem! – Christiane Schneider DIE LINKE: Die Sie mit dem Zaun vertreiben! – Glocke*)

Ich habe direkt nach meinem Amtsantritt den Bunker unter dem Hachmannplatz besucht. Der Bunker ist selbst als Erfrierungsschutz nicht tragbar. Wir werden ihn nicht wieder öffnen und er wird in der Politik für obdachlose Menschen in Hamburg keine Rolle mehr spielen. Ohne Tageslicht geht das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden – damit komme ich auch zum Ende – bei dem diesjährigen Winternotprogramm eine zentrale Anlaufstelle für osteuropäische Obdachlose einrichten. Erstmals wird dies in diesem Winter geschehen. Wir haben eine Zusammenarbeit vereinbart mit den Konsulaten von Polen, Rumänien, Bulgarien und der Slowakei. Sie haben ihre Unterstützung zugesagt. Sie werden Sprechstunden in der Anlaufstelle anbieten oder die Zusammenarbeit mit den Hilfeeinrichtungen in den jeweiligen Herkunftsländern fördern. Teamarbeit.hamburg wird prüfen, ob rechtliche Ansprüche in Deutschland bestehen, die zu weitergehenden Möglichkeiten führen, als wir sie zurzeit haben.

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Und für was brauchen wir jetzt den Zaun?*)

Zusammengefasst: Der Senat steht für eine Politik, die den Menschen auf der Straße hilft und ihnen so weit wie möglich eine Rückkehr in regulären Wohnraum ermöglichen will. Lassen Sie uns für dieses gemeinsame Ziel arbeiten. Lassen Sie uns gemeinsam mit den Bezirken und den Bezirksversammlungen dafür werben, wenn es um die Suche nach geeigneten Standorten für öffentliche Unterbringung geht. Da können Sie alle einzeln für sich, in Ihren Parteien und Fraktionen, einen Beitrag dafür leisten, dass das große Werk gelingt. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Bevor ich jetzt den Ältestenrat einberufe, Herr Senator, muss ich Sie darauf hinweisen, dass Sie das Dreifache der Redezeit in Anspruch genommen haben, die den Abgeordneten zusteht.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vorbereitete Rede! Das gehört sich nicht!)

Ich unterbreche und berufe den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 15.46 Uhr

Wiederbeginn: 16.31 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

(Glocke)

Wir setzen die Aktuelle Stunde fort mit der Debatte des ersten und dritten Themas und beginnen die zweite Runde. – Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem reinigenden Bad des Ältestenrats habe ich jetzt das Vergnügen, Sie wieder aufs Thema zu bringen. Dann erinnere ich einmal daran, dass wir vor der Ältestenratssitzung erkennen konnten, dass der Senator hier einen langen Grundsatzvortrag abgelesen hat.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir als GAL-Fraktion hätten es sehr begrüßt, wenn er auf die Debattenbeiträge der ersten Runde eingegangen wäre.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der LINKEN)

Andererseits hat es – vielleicht überraschend für Sie, Herr Senator – bei einem Satz, den Sie gesagt haben, Beifall aus dem ganzen Haus gegeben, und das war der Satz, der sich auf den Zaun bezogen hat. Vielleicht ist Ihnen auch deutlich geworden, dass Sie, unabhängig von dem umfangreichen Konzept, das Sie noch aus den Anfängen der 2000er Jahre bis heute hergeleitet hatten, mit einem klaren, einfachen Satz und einer klaren, einfachen Entscheidung, nämlich der, dass als Erstes der Zaun weg kommt,

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der LINKEN)

viel an Emotionen, Diffamierungspotenzial und Aufgeregtheit aus dieser Debatte hätten herausnehmen können, die wir nicht nur heute hier im Haus führen, sondern die stadtweit und – die Kolleginnen und Kollegen haben es gesagt – inzwischen bundesweit geführt wird. Herr Senator, das haben Sie schlicht und einfach versäumt.

Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass von dem Kollegen der SPD über den Zaun geredet wurde, als wenn wir es mit einer Naturkatastrophe zu tun ge-

habt hätten, die über Nacht plötzlich diese Stadt getroffen hat. Man wacht morgens auf und der Zaun steht da und nun müssen wir damit etwas tun. Das ist ein lächerlicher Umgang mit diesem Thema.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Sie machen sich lustig über ein politisches Problem, das Sie nicht gelöst bekommen und das zu Lasten einer Gruppe von Personen in dieser Stadt geht, die, um es einmal ein bisschen dramatisch zu sagen, über eine geringe Beschwerdemacht verfügt. Das steht uns als Parlament wahrlich nicht an.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Frau Kaesbach, Sie haben sich hier sehr ausgelassen über das Verhältnis zwischen Touristen und Obdachlosen, wie das denn aussehe und was man denn da wolle, und vielleicht nähmen die Obdachlosen, wenn sie unter der Brücke nächtigen, ein Stück Raum weg, wo sich sonst möglicherweise Touristen würden bewegen wollen.

(*Robert Bläsing FDP:* Das haben Sie falsch verstanden!)

– Vielleicht habe ich das falsch verstanden, aber dann können Sie es noch einmal aufklären.

Es gibt Menschen – das glaube ich sofort –, die freiwillig hinter einen Zaun gehen und die hinter einem Zaun leben, weil sie das wollen und weil sie eine Abgrenzung zu den anderen Menschen wollen. Aber dieser Zaun ist das Symbol für Wegsperrern, aussperren, nicht im Auge haben wollen und sich nicht kümmern wollen. Nur deswegen ist es ein Symbol und deswegen muss dieser Zaun als Erstes weg.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

In der Aufzählung, die wir auch aus dem Referat von Herrn Senator Scheele entnehmen konnten, hat im Übrigen das Gespräch mit Herrn Schreiber gefehlt. Ich glaube, das ist allen aufgefallen. Sie haben gesagt, Sie hätten alle Institutionen benannt, die sich in der Stadt um Obdachlosigkeit kümmern, aber Sie haben nicht benannt, was politisch innerhalb der SPD scheinbar völlig ungeklärt ist, nämlich der Weg, wie man mit den Menschen in der Stadt umgeht, die aus vielerlei Gründen nicht so leben, wie die Mehrheit lebt, und die deswegen trotzdem ein Recht haben, im öffentlichen Raum in dieser Stadt sichtbar zu sein.

(*Andy Grote SPD:* Was ist denn Ihr Vorschlag?)

– Machen Sie Zwischenrufe besser vorm Mikro, dann kann ich Sie verstehen.

(Antje Möller)

Das ist nämlich der Ansatz von Sozialpolitik und nicht, dass wir verdrängen und die Leute weg-schicken, sodass wir sie nicht mehr sehen,

(Andy Grote SPD: Das ist doch gerade alles dargestellt worden!)

sondern wir kümmern uns um die Menschen und wir akzeptieren auch die Art und Weise, wie sie leben wollen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Bekeris.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe GAL, ich möchte Ihnen noch einmal zurückgeben, dass Sie mit Ihrer Debattenanmeldung den Senator herausgefordert haben und er Ihnen hier eine Antwort gegeben hat, welche Sozialpolitik er für die Stadt in Bezug auf Obdachlosigkeit verfolgt, und das war auch gut so.

(Beifall bei der SPD – Jens Kerstan GAL: Deswegen hat er auch etwas von 2005 erzählt, als er noch nicht Senator war!)

Mir liegt das Thema Wohnungslosigkeit sehr am Herzen und ich bin froh, dass dieses sonst nicht so öffentlichkeitswirksame Thema jetzt aufgegriffen wird. Allerdings muss diese aufgeheizte Debatte, so sehr ich das in diesem Punkt verstehen kann, auch zu einem konstruktiven Ergebnis kommen,

(Zurufe von der CDU – Dora Heyenn DIE LINKE und Christiane Schneider DIE LINKE: Der Zaun muss weg!)

und deshalb bin ich froh, dass sich so viele hier zu Wort melden. Es gab viele Probleme im Bezirk Hamburg-Mitte, die auch gelöst werden mussten. Die Bezirksversammlung hat einen Beschluss gefasst zur Kersten-Miles-Brücke und da hat die GAL auch zugestimmt. Die CDU hat bei dieser Debatte gar nicht mitgestimmt; dann sollte man sich hier heute auch nicht so aufspielen.

(Beifall bei der SPD)

Der Bezirk Hamburg-Mitte übernimmt eine große Verantwortung für Obdachlose, viel mehr als andere Bezirke, was wir hier auch schon gehört haben, so zum Beispiel auch beim Winternotprogramm, das jetzt in der Spaldingstraße stattfinden soll. Das hat die CDU übrigens abgelehnt, das muss man hier auch noch einmal sagen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Möller?

Ksenija Bekeris SPD (fortfahrend): Nein, jetzt nicht.

Wir als Bürgerschaft und alle dort vertretenen Parteien sollten sachliche Debatten führen und für uns als SPD-Bürgerschaftsfraktion steht bekanntermaßen die Verbesserung der Situation der Obdachlosen im Mittelpunkt und Sie haben das auch vom Senator gehört. Wir richten eine Anlaufstelle für Obdachlose aus Osteuropa ein und es wird ein Winternotprogramm in der Spaldingstraße geben und nicht wieder einen Bunker.

(Beifall bei der SPD)

Wir schaffen mehr Plätze in der öffentlichen Unterbringung und wir setzen Akzente in der Wohnungsbaupolitik, wodurch sich die Lage in der öffentlichen Unterkunft entspannen wird. Bereits in der vergangenen Wahlperiode hat die SPD einen Antrag für ein gutes Konzept erarbeitet, das noch vor der Neuwahl beschlossen wurde, und dazu stehen wir, denn wir finden es richtig, dass man ein ganzheitliches Konzept diesbezüglich beschließt.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heinemann, Frau Bekeris?

Ksenija Bekeris SPD (fortfahrend): Nein, auch das nicht. Er kann sich melden.

Beim Thema Obdachlosigkeit werden umsetzbare Konzepte benötigt und keine Symbole, um Parteipolitik zu machen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Aber das ist doch euer Symbol! – Robert Heinemann CDU: Was wollen Sie? Sagen Sie das einmal!)

Der Bezirk Hamburg-Mitte hat einen Zaun gebaut, der zum Symbol geworden ist. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat daraufhin einen Moderationsprozess vorgeschlagen. Schon viele haben zugestimmt, ihn konstruktiv zu begleiten, und ein Zaun wird wohl am Ende nicht Teil der Lösung sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich im Namen meiner Fraktion die Zurechtweisung, die sich Senator Scheele gegenüber meinem Fraktionskollegen Jörg Hamann erlaubt hat, als er ihn auf die Begrenzung der Redezeit in der Aktuellen Stunde angesprochen hat, zurückweisen.

(Dietrich Wersich)

(Beifall bei der CDU, der FDP und vereinzelt bei der GAL)

Das Zweite: Herr Scheele, Sie haben heute wiederholt ganz wirkungsvoll den Bunker am Hauptbahnhof geschlossen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass dieser Bunker im letzten Winter im Rahmen einer Notfallmaßnahme, übrigens in Rücksprache mit den Verbänden, geöffnet wurde und noch im laufenden Winter wieder geschlossen und durch eine andere Lösung ersetzt wurde. Es ist keine Heldentat, einen bereits geschlossenen Bunker ein zweites Mal zu schließen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Dieser Zaun ist ein Synonym für Hilflosigkeit, Geltungssucht und Geldverschwendung geworden.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan* und *Antje Möller*, beide GAL)

Dieser Zaun ist untrennbar mit der Hamburger SPD verbunden und die Hilflosigkeit kommt darin zum Ausdruck, dass hier schon mehrfach gesagt worden ist, dass wir an vielen Stellen in der Stadt Menschen haben, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass wir überall Steine verlegen und Zäune bauen, um auf diese Weise die Probleme zu lösen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Antje Möller*, beide GAL)

Der Zaun ist auch verbunden mit der Geltungssucht eines einzelnen politischen Beamten, der seine eigene Profilierung über das Wohl der Stadt und der Menschen stellt, und das zum wiederholten Male.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN)

Er ist drittens verbunden mit dem Stichwort Steuergeldverschwendung, weil nachweislich 100 000 Euro für Steine keinen Effekt hatten und, wenn ich die Debatte heute hier höre, auch der Zaun nicht Bestand haben wird, also 120 000 Euro ohne Wirkung ausgegeben wurden.

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote SPD*: Was ist Ihr Vorschlag?)

Herr Lohmann, ich möchte deswegen auch zurückweisen, dass Sie vorhin behauptet haben, das sei parteiübergreifend beschlossen worden in Hamburg-Mitte. Da war nicht nur die Linkspartei nicht mit dabei, sondern auch die CDU hat da nicht mitgemacht.

(*Andy Grote SPD*: Weil ihr das nicht weit genug ging!)

Deswegen kann ich an der Stelle die GAL in Hamburg-Mitte nicht aus der Verantwortung entlassen, weil sie in der damaligen Koalition für den Großteil

der Summe, nämlich die 100 000 Euro für Findlinge, gestimmt hat.

Dieses Ganze, was wir jetzt erleben, die Debatte und der Konflikt, ist eigentlich nur eines: Die Stadt leidet an den SPD-internen Konflikten.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Eindrucks kann man sich doch heute gar nicht erwehren. Ich habe hier keinen Redner der SPD gehört, der glaubt, dieser Zaun sei sinnvoll und solle bleiben. Das sagt Herr Schreiber. Sie sind sich in der SPD nicht einig und die Stadt leidet unter Ihrer internen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lieber Herr Bürgermeister Scholz, Sie sind bekannt für Ihre markigen Worte: Wer Führung bestellt, bekommt sie. Diese Führung haben Sie gezeigt, als Sie die SPD in Ordnung gebracht haben. Zeigen Sie jetzt auch diese Führung, wenn die SPD in Regierungsverantwortung im Streit untereinander in der Stadt Probleme verursacht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es ist doch in der Argumentation geradezu eine Posse, wenn es heißt, man müsse für 18 000 Euro einen Zaun errichten, um zu einem Moderationsverfahren zu kommen. Das ist möglicherweise das teuerste Moderationsverfahren, das man sich nur vorstellen kann.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN)

Früher hätte man das für die berühmten 20 Pfennig bekommen, die nämlich ein Anruf, ein Ortsgespräch, damals kostete; damit waren früher die Probleme in der Stadt noch zu lösen.

Es ist ganz einfach: Wer Führung bestellt, bekommt sie. Herr Bürgermeister, zeigen Sie Führung, beenden Sie diese Posse und lassen Sie morgen den Zaun abräumen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Scheele, Sie haben eingangs erneut unterstrichen, dass wir hier mit einem ernsten Thema befasst sind und Sie ganz beeindruckt über die differenzierten Zugänge sind. Erneut haben Sie alle eingeladen, ihren Beitrag zur Lösung des Problems einzubringen. Ich möchte für meinen Teil erklären, dass ich diese Attitüde satt habe.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL)

(Dr. Joachim Bischoff)

Sie sagen immer wieder nur, wir könnten gerne mitmachen, aber nur, wenn Sie Ihre Bedingungen diktieren, und das auch – jedenfalls aus meiner Sicht – unter Missachtung von parlamentarischen Regeln.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der GAL)

Dann sagen Sie und auch Herr Schreiber und der Fraktionsvorsitzende Dressel, wir würden das Problem ignorieren, wir würden schweigen über die Gewalt und wir hätten ein romantisches Verhältnis zu Übernachtungen in feuchter Umgebung draußen. Auch das gehört zu einer unfairen Argumentation.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Niemand – und da kenne ich mich aus – neigt dazu, diese Gewalt kleinzureden und das Moment des Schutzes der Öffentlichkeit zu ignorieren. Das ist überhaupt nicht unser Problem und es geht auch nicht darum, irgendwelchen Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit des Zeltens oder des Übernachtens im Grünen zu ermöglichen, wie Herr Schreiber sagt. Unser Problem ist die Verfestigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Das war auch, Frau Bekeris, in Hamburg-Mitte im Abschluss.

Man hat damals, da stimme ich Ihnen zu, Herr Wersich, diesen Unfug in Höhe von 100 000 Euro und dann einer Summe obendrauf gemacht mit der Zielsetzung, dass sich die Situation der Obdachlosigkeit an diesem Ort nicht verfestigt, hat das aber ausdrücklich gekoppelt an die Auflage – ich hätte anstelle der GAL so nicht gehandelt, meine Partei hat auch energisch dagegen gesprochen –, dass die Sozialbehörde aufgefordert wird, gemeinsam mit den Obdachloseneinrichtungen dafür Sorge zu tragen, dass die Betroffenen auf Alternativangebote eingehen. Damals haben wir schon gesagt – und dazu stehe ich noch, Herr Wersich –, dass das eine Tür öffnet und wir nicht kontrollieren können, ob diese Aufforderung, die Sozialbehörde solle sich des Problems annehmen, auch wirklich umgesetzt wird. Der entscheidende Punkt ist – und so ist es auch gekommen –, dass jetzt Herr Osterburg zu Recht sagt, dann habe man das gemacht, die Bürgerinnen und Bürger seien nach Jenfeld ausgelagert, also vertrieben worden, und dann seien wieder Leute gekommen und man hätte erneut mit der Straßensozialarbeit etwas dagegen unternehmen müssen. Das ist nicht passiert.

An der Stelle finde ich eines wirklich ganz problematisch, Herr Scheele: Wissen Sie eigentlich, warum Hinz&Kunzt jetzt sagt, sie würden beim Moderationsverfahren nicht mitmachen? Wir hatten im Januar im Pik As eine volle Belegung und wir sind im Juni dieses Jahres auf 260 Nachsuchende gekommen. Dann hat die Sozialbehörde, oder wer

immer den Kopf dafür herhält, gesagt, nach drei Nächten sei für alle Bürgerinnen und Bürger Schluss, die nicht sozialrechtlich eingebunden sind. Das hat das Problem verschärft, das ist der Hintergrund. Das wird niemand von uns der SPD oder der Sozialbehörde anhängen, aber das ist der Hintergrund, um den es geht. Jetzt muss man in der Tat etwas dagegen machen und der Zaun als Alternative ist doch kompletter Blödsinn. Es ist doch Vernichtung pur, was da gemacht wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Ich kann nicht so lange auf alle Argumente eingehen, ich habe mich jetzt nur geärgert über seine Attitüde. Das Problem ist zum Beispiel die Spaldingstraße. Ich bin für dieses Programm insgesamt, Herr Grote, und ich würde auch dieses Angebot, wenn es ernst gemeint wäre, mit diskutieren. Das Problem ist, dass die Fragen der Initiativen im Stadtteilbeirat nach einer Nutzung des Gebäudes – über zehn, 15 Jahre gab es dort einen Büroleerstand – immer wieder abgeschmettert wurden. Und dann war am 3. oder 5. Stadtteilbeiratsitzung, wo gefragt wurde, was jetzt mit diesem Gebäude passiere und ob es einen neuen Stand gebe, und da kam nichts. Am nächsten Tag konnte man der Presse entnehmen, dass das Gebäude jetzt für diesen Ausbau genutzt wird. Das ist an sich in Ordnung, aber man muss mit den Leuten reden, Herr Grote, und das machen Sie nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben ein politisches Problem in der Stadt und das heißt Zaun. Es heißt meines Erachtens auch Markus Schreiber, aber das will ich jetzt hier nicht vertiefen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Was uns der Senator und die Mehrheitsfraktion hierzu bieten, ist keine politische Antwort oder politische Lösung, sondern sie bieten uns ein Verfahren an. Was ist das für ein Verfahren? Das Verfahren heißt Mediation und, das weiß ich aus meiner beruflichen Praxis, eine Mediation hat, damit sie ein Erfolg wird, zwei Voraussetzungen: Die erste Voraussetzung ist, dass die Mediation vertraulich geführt werden muss.

(*Andy Grote SPD:* Es sprach doch keiner von Mediation, sondern von Moderation!)

Das ist bei politischen Mediationen ohnehin schon ein sehr mutiges Unterfangen. Aber der zweite, viel wichtigere Punkt ist, dass eine Mediation ergebnisoffen geführt werden muss. Das heißt also, wenn

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

der Senator und die SPD-Mehrheitsfraktion hier keine politische Lösung anbieten, sondern nur ein Verfahren und dieses Verfahren beinhaltet eine Ergebnisoffenheit, dann kann am Ende dieses Verfahrens auch herauskommen, dass es bei dem Zaun bleiben soll. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich herausgearbeitet haben. – Danke.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst ganz kurz zur FDP: Herr Dr. Kluth, im Nachgang vielleicht auch zu der Rede, die Frau Kaesbach hier gehalten hat, will ich noch einmal deutlich sagen, wenn uns der Eindruck vermittelt werden sollte, dass ein Zaun in St. Pauli das Symbol für ein neues sozialliberales Verständnis ab 2011 werden könnte, dann hat das, was sozialliberal ist, nichts mehr damit zu tun, was es vor 40 Jahren gewesen ist.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN – Zuruf von *Finn-Ole Ritter FDP*)

Was ich aber in erster Linie sagen möchte, ist Folgendes: Unabhängig von meiner Eingangsbemerkung, Herr Bläsing, will es sich niemand leicht machen oder hat es sich leicht gemacht in dieser Debatte. Auch wir in der GAL-Fraktion erinnern uns daran, Herr Dr. Dressel, dass es in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte in der Tat einen Beschluss gegeben hat, wie wir mit dem Thema umgehen. Damals war die Verlegung dieser Steine und Pflasterungen damit verbunden, ein Platzangebot und ein Versorgungsangebot an die damals Betroffenen zu machen.

(*Andy Grote SPD:* Aber es ist immer weitergegangen!)

Ich will damit gar nicht sagen, dass das erfolgreich war, weil es offenkundig nicht erfolgreich gewesen ist. Wir haben das nicht vergessen.

Was wir hier heute feststellen, ist aber, dass es einen Alleingang eines Hamburger Bezirksamtsleiters gegeben hat, ohne dass es eine Beschlusslage im Bezirk gibt, hier einen Zaun zu errichten. Das hat eine große öffentliche Empörung, mindestens aber Aufmerksamkeit hervorgerufen und dazu möchte ich Folgendes sagen, Herr Scheele. Ich finde es nicht akzeptabel, dass Sie sich in Ihrem Beitrag den Applaus abholen bei dem Satz, dass mit diesem Zaun ein Licht auf die Stadt Hamburg fällt, das sie nicht verdient, Sie danach aber nicht klarstellen, dass der Senat unverzüglich dafür sorgen wird, dass dieser Zaun entfernt wird.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

Ich würde das noch etwas anders beschreiben, Herr Dr. Kluth: Wir haben den Zaun und das ist ein Problem. Sie haben dann gesagt, wir hätten ein Problem und das hieße Markus Schreiber. Ich möchte sagen, wir haben ein Problem in dieser Stadt und das heißt SPD.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es kann nicht sein, dass der Senat zugibt, dass ein schlechtes Licht auf die Stadt fällt, und sich dann nicht verantwortlich sieht, einen ihm unterstellten Bezirksamtsleiter entsprechend in die Schranken zu weisen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das ist ein Armutszeugnis für diese Senatsbank und das ist ein Armutszeugnis für Sie, Herr Scholz, es sei denn, Sie finden, dass dieser Zaun nicht stört, dass er erst einmal stehen bleiben kann und dass das dann in die Hand des sicherlich begabten Herrn Strengge verlegt wird. Sie nehmen Ihre Verantwortung nicht wahr, das ist in dieser Aktuellen Stunde leider herausgekommen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Finn-Ole Ritter FDP:* Sie sprechen von Verantwortung!)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt das Wort Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Beitrag von Frau Hajduk und auch der von Herrn Wersich waren durchgehend der Versuch, dieses ernste Thema rein parteipolitisch zu instrumentalisieren, und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Sowohl unsere sozialpolitische Sprecherin als auch der Sozialsenator und Herr Lohmann haben ausgeführt, was in dieser Stadt im Bereich Obdachlosigkeit alles politisch unternommen wird, und das ist auch Teil dieser Debatte. Das ist auch durch Ihre Debattenanmeldung genauso mit angelegt. Sie unternehmen die ganze Zeit den Versuch, bei einem bezirkspolitischen Problem, das wir haben und das überhaupt nicht in Abrede gestellt wird, zu sagen,

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Stellen Sie die Regierung oder nicht? – *Dietrich Wersich CDU:* Kommt der Zaun jetzt weg? – Zurufe von der GAL)

das heften wir jetzt einmal alles der SPD an, das ist jetzt alles deren Problem. So wollen Sie uns das vor die Füße kippen. Schauen Sie doch einmal genau hin, was wir vorgeschlagen haben. Am Montag hatte ich eigentlich in den ersten Stunden danach das Gefühl, dass Sie durchaus konstruktiv aufnehmen, dass wir einen Vorschlag gemacht haben,

(Dr. Andreas Dressel)

wie man das Problem lösen könnte. Das Problem ist nicht allein nur der Zaun,

(Antje Möller GAL: Erst einmal ist es der Zaun!)

sondern die gesamte Situation vor Ort, und das haben Sie bisher auch immer so gesehen. Wir müssen das Problem insgesamt lösen. Deshalb haben wir, was genau richtig ist, in einer aufgeheizten Situation in der Stadt einen Vorschlag gemacht, wie man das vernünftig, ruhig und vertrauensvoll mit den Akteuren aus dem Stadtteil und den bezirkspolitischen Akteuren besprechen kann. Das ist unser Vorschlag und Sie haben gerade eben noch einmal gesagt, dass Herr Strenge ein sehr honorierter Vertreter ist, der das auch entsprechend begleiten kann. Alle Redner von uns haben auch ausgeführt, dass am Ende ganz sicher eine Lösung stehen wird, die das Problem löst, das auch nach Ihrer Auffassung besteht, und dass der Zaun sicherlich nicht Teil der Lösung sein wird. Das ist ein klarer Weg zu einer vernünftigen Problemlösung vor Ort und für die Stadt und das sollten Sie hier einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Dr. Dressel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend): Nein, Herr Heinemann, Sie können sich gleich noch einmal zu Wort melden.

Deshalb wäre es sehr angemessen, wenn Sie wieder ein bisschen zur Sache zurückkehren würden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, zum Zaun!)

Wenn Sie das Thema auch mit Bezug auf die Sozialpolitik und den Sozialsenator anmelden, dann ist es nicht nur sein Recht, sondern dann ist es seine Pflicht, hier darzulegen, was diese Stadt alles gegen Obdachlosigkeit unternimmt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb appelliere ich noch einmal ganz ruhig und sachlich an Sie, dieses Verfahren, das wir vorgeschlagen haben und zu dem es auch positive Rückmeldungen gibt, konstruktiv zu begleiten. Das ist es, was im Sinne der Bekämpfung von Obdachlosigkeit und der Unterstützung der Hilfebedürftigen an der Stelle geboten ist. Sie sollten nicht meinen, dieses Thema derart parteipolitisch instrumentalisieren zu müssen. Das ist der Sache nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Haufler.

Nikolaus Haufler CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, das waren fast schon staatsmännische und staatstragende Worte, die an Sachlichkeit und Ähnliches appelliert haben.

(Andy Grote SPD: Daran können Sie sich ein Beispiel nehmen!)

Aber ich glaube, sie haben nur ein Ziel, nämlich das Problem soweit wie möglich kleinzureden und unter den Teppich zu kehren. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt, Sie seien an einer Lösung interessiert. Wenn das so wäre, dann hätten Sie eine Lösung vorgeschlagen. Ein Runder Tisch ist keine Lösung, sondern das alte Verfahren nach dem Motto, wenn man nicht weiter weiß, dann gründet man einen Arbeitskreis. Das ist nur der Versuch, die Diskussion in die Länge zu ziehen.

(Beifall bei der CDU – Ksenija Bekeris SPD: Und die CDU geht raus, wenn es um Entscheidungen geht!)

Leider haben wir jetzt die Situation, dass ein Bezirksamtsleiter, der seit relativ langer Zeit eher von großen Gesten in Zeitungen von sich reden macht, anstatt seine Arbeit zu machen – er ist Beamter, wenn auch politischer Beamter –, nun zu weit gegangen ist. Dieses Problem ist eigentlich ein recht einfaches. Wenn ein Beamter zu weit geht, haben wir einen Bürgermeister, der ihn jederzeit zurechtweisen könnte.

(Beifall bei der CDU)

Nun müssen die Hamburger sich aber an eine neue Ära gewöhnen, an eine Ära, in der politische Sachprobleme diskutiert werden müssen mit Blick auf die für den normalen Menschen wenig verständlichen, innerparteilichen Strukturen und Intrigen der SPD. Wir haben einen Bezirksamtsleiter, dessen Heimatkreisverband in der SPD Hamburg ein ziemliches Problem hat. Wir haben einen Bezirksamtsleiter, der Senator werden wollte und aus parteipolitischen Gründen nicht Senator geworden ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt beweisen Sie, dass ich ja doch recht hatte mit meinem Beitrag!)

– Sie haben den anderen Parteien vorgeworfen, ein Problem zu haben, dabei liegt das Problem in Ihrer Partei.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Vorschlag eines Runden Tisches ist doch in Wahrheit ein Dialog zwischen der SPD, nämlich Herrn Schreiber, und der SPD, nämlich Herrn Strenge.

(Nikolaus Haufler)

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote SPD*: Was ist denn Ihr Vorschlag, Herr Haufler?)

Also wird jetzt Herr Schreiber, der übrigens ausgebildeter Lehrer ist, von Herrn Strenghe belehrt – streng belehrt –, wie er sich zu verhalten hat.

(*Karin Timmermann SPD*: Das ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten!)

Über einen Umweg wird versucht, ihn zu disziplinieren. Das ist in unseren Augen kein sachlicher Zugang zur Debatte, sondern, wie ich schon darstellte, ein rein parteipolitischer.

(Beifall bei der CDU)

Ich schlage Ihnen stattdessen eine andere Lösung vor, dieses parteipolitische Problem anzugehen. Die Sozialbehörde hat damals ausgeführt, dass Sicherheitsprobleme an der Kersten-Miles-Brücke gelöst werden sollten durch das Bezirksamt oder die Behörde für Inneres. Nun hat Herr Schreiber ganz offensichtlich gezeigt, dass er der Lage überhaupt nicht gewachsen und dass er überfordert ist.

(*Andy Grote SPD*: Und jetzt soll's die Polizei richten, oder was?)

Andererseits wissen wir, dass sich der Innensenator auch in diesem parteipolitischen Gefüge im Heimatkreisverband von Herrn Schreiber befindet.

(*Karin Timmermann SPD*: Jetzt wird es aber komisch, was Sie da erzählen!)

Deshalb schlage ich Ihnen vor, einen Runden Tisch einzurichten mit Herrn Schreiber, Herrn Scholz und Herrn Senator Neumann als Vermittler. Lösen Sie das Problem in Ihrer Partei, aber halten Sie die Hamburger da heraus.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Kernproblem ist unserer Auffassung nach, dass wir in den letzten zwei bis drei Jahren eine stark zunehmende Obdachlosigkeit haben. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Es ist gar nicht strittig, dass wir dies konzentriert angehen müssen.

Ein Aspekt dieses Problems ist, dass wir die Verfestigung von Obdachlosigkeit in öffentlichen Räumen nicht tolerieren sollten, sondern vernünftige Alternativen entwickeln sollten.

(*Ksenija Bekeris SPD*: Darum geht es doch!)

Ich bin skeptisch, ob Sie bei dem Problem des Zauns weiterkommen. Sie müssen nicht irgendwann sagen, der Zaun werde keinen Bestand mehr haben. Hier gibt es Akteure, die viel berufener sind zu sagen, dass der Zaun weg müsse und

man danach über die Alternativen reden könne, was man gegen die Verfestigung der Obdachlosigkeit an bestimmten Plätzen tun kann.

Herr Dressel, deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet: Was Sie jetzt sagen, empfinde ich als ziemlich unfair, denn wir haben nicht nur ein Zaunproblem, wir haben auch ein Problem der Beschneidung öffentlicher Räume. Ich nenne als Stichwort den Hamburger Hauptbahnhof.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu diesem Thema hätten Sie jetzt einmal argumentieren können,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist nicht angemeldet! Ich rede immer zum Thema!)

denn in der Beschlussvorlage für Hamburg-Mitte steht, dass das Umfeld des Hamburger Hauptbahnhofs – insbesondere die überdachten Vorplätze auf der Ost- und Westseite, die Tunnelanlage, die Mönckebergstraße und der Glockengießervall – in starkem, zunehmendem Maße von Obdachlosen und Alkoholikern belagert würde. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist die Alternative, die Sie jetzt erwägen, einfach nur ein Auslagern, und dann wollen Sie es der Bahn übergeben. Das ist in unseren Augen zwar nicht so dramatisch wie der Zaun, es ist aber auch eine unakzeptable Lösung.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Bläsing.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wer will noch mal, wer hat noch nicht!)

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich eine Lanze für die Bezirksversammlung brechen.

(*Jens Kerstan GAL*: Es gibt keinen Bezirksverwaltungsbeschluss zu dem Zaun!)

Wir hatten in 2005 die Bezirksverwaltungsreform, bei der auch alle damaligen vertretenen Parteien im Parlament mit beschlossen haben, und da muss man sagen, dass dies originär Sache der Bezirke ist. Das sollte man ernst nehmen und nicht bei jeder erstbesten Gelegenheit das Thema wieder in die Bürgerschaft zurückholen.

Mit Herrn Bezirksamtsleiter Schreiber ist es nun vielleicht eine tragische Geschichte. Ich verfolge auch, welche Linien wo gemalt werden, zum Beispiel in der Außengastronomie, seit der letzten Wahl und allerlei andere Themen. Das ist vielleicht alles ein bisschen überkandidelt. Allerdings muss sich ein Bezirksamtsleiter gegenüber seiner Bezirksversammlung verantwortlich zeigen, man

(Robert Bläsing)

muss es nicht in der Bürgerschaft so weit ausbreiten. Hier muss ich der SPD sagen, dann eine parteiinterne Gruppentherapie auf das Gleis zu setzen...

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sollen ja auch Externe machen, haben Sie das mitbekommen? Und zwar überwiegend!)

– Extern, intern, ich habe schon das Gefühl, dass die SPD mit sich selbst erst einmal ins Reine kommen muss, was sie denn darüber zu sagen hat.

An die GAL gewandt möchte ich sagen, dass Sie Herrn Schreiber nach sechs Jahren Amtszeit damals wieder mitgewählt haben. Dann wundern Sie sich doch jetzt nicht darüber, wen Sie damals gewählt haben. Man muss natürlich einräumen, dass es die GAL auf Bezirksebene war.

Aber es soll sich jetzt doch niemand wundern, wie die Lage ist. Ich bitte hier um etwas mehr Versachlichung in der Debatte. Man muss erst einmal sehen, wie man hier die Kuh vom Eis bekommt.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Schneider hat das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich mache es ganz kurz. Herr Dressel, Sie haben gesagt, es ginge bei der Moderation darum, das gesamte Problem zu lösen. Dazu möchte ich erstens sagen, dass eine Moderation unter dem Schatten des Zauns keine Moderation ist, sondern der Versuch, Herrn Schreiber aus der Schusslinie zu ziehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Antje Möller GAL)

Zweitens suggeriert es, dass der Zaun irgendwie vielleicht doch ein Beitrag sein könnte zur Lösung der Obdachlosenproblematik. Das ist kein Beitrag zur Lösung, sondern ein Beitrag zur Verschärfung, nämlich ein Beitrag zur Ausgrenzung und Vertreibung. Herr Senator Scheele, Sie haben gesagt, in allen Metropolen gehöre das zum Stadtbild. Ja, aber wir geben uns mit der Situation nicht zufrieden. Wir haben auch einen Vorschlag für ein Programm vorgelegt, weil wir uns damit nicht zufrieden geben.

Was jedoch nicht geht, was wir aber seit 20 Jahren immer wieder erleben, das sind die Versuche, Menschen, die nicht ins Stadtbild passen wie Obdachlose oder Punks, aus dem Stadtbild zu vertreiben. Der Zaun ist ein Symbol für Ausgrenzung und Vertreibung, er ist kein Beitrag zur Lösung, das muss man ausdrücklich festhalten. Deswegen muss darüber gesprochen werden, und es sollten sich möglichst viele an der Problematik der Obdachlosigkeit und ihrer Lösung beteiligen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann sind wir uns ja einig!)

aber nicht im Schatten des Zauns, sondern vorher muss der Zaun verschwinden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Antje Möller GAL)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Uns verbleiben weniger als 15 Minuten, um das nächste Thema aufzurufen.

Wird vonseiten der anmeldenden Fraktion eine Vertagung auf morgen gewünscht? – Das ist der Fall. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir setzen morgen mit dem zweiten Thema fort.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 19, Drucksache 20/1557, Antrag der GAL-Fraktion: Evaluation von Schulversuchen.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Evaluation von Schulversuchen
– Drs 20/1557 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Dr. von Berg, bitte.

Dr. Stefanie von Berg GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dieser doch sehr emotionalen Debatte wünsche ich mir, dass wir zur Sachlichkeit zurückkehren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, das wünschen wir uns auch!)

Ich möchte gern unseren Antrag erläutern. Es geht um die Evaluation der Schulversuche zum längeren gemeinsamen Lernen. Ich möchte vorwegschicken, dass es bei diesem Antrag nicht darum geht, den Schulfrieden zu gefährden. Es geht nicht um den Bruch des Schulfriedens und vor allen Dingen geht es nicht um eine Vergangenheitsbewältigung.

Das Ziel des Antrags und auch das Ziel der Schulversuche sind der Blick nach vorn. Es ist der Blick darauf, wie die Probleme, die in dieser Stadt existieren, gelöst werden können. Der Bildungsbericht, der gestern veröffentlicht wurde, hat deutlich gezeigt, welche Probleme wir in dieser Stadt haben.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Die Schulversuche sind von ihrem Ansatz her alle dazu geeignet, diese Probleme auch zu lösen. Das hat Herr Wersich – er ist gerade leider nicht da, ich

(Dr. Stefanie von Berg)

wollte ihn loben – auch im Dezember letzten Jahres erkannt, nämlich dass die Anlage dieser Schulversuche der Problemlösung dienen. Er hat sie in einem sehr mutigen Schritt auch genehmigt, um die Schule nach vorn zu bringen. Er hat bei der Antragsgenehmigung sehr genau geschaut, welche Anträge vorliegen, und er hat auch sehr genau geschaut, welche Konzepte dahinter stehen und wo diese Schulen liegen.

Diese Schulen sind in sehr unterschiedlichen Stadtteilen, vor allen Dingen übrigens in KESS-1-Gebieten, also in sozial schwierigen Gebieten. Er erhoffte sich davon eine Lösung der dortigen Probleme. Diese Probleme bestehen vor allen Dingen bei der Inklusion, also dem Einschluss von Kindern mit Behinderung.

Wir haben, wie es im Bildungsbericht auch gezeigt wurde, das große Problem, dass wir die sozialen Disparitäten dieser Stadt überhaupt nicht gelöst haben. Es gibt das große Problem, dass Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern mit wenig basalen Kompetenzen ankommen, die irgendwie aufgeholt werden müssen. Es gibt natürlich auch das Problem der sehr vielen Kinder mit Migrationshintergrund. Gerade heute haben wir wieder sehen können, dass wir auf 50 Prozent zusteuern. Diese Probleme müssen wir lösen.

(Beifall bei der GAL)

Eine Behörde ist sehr gut beraten, auf diese Schulversuche beziehungsweise auf jeglichen Schulversuch gut achtzugeben, denn eine Behörde braucht immer auch einen Think Tank. Eine Behörde, wie übrigens jedes große Unternehmen, hat immer so etwas wie eine Forschungs- oder Entwicklungsabteilung. Diese Forschungs- und Entwicklungsabteilungen dienen dazu, zukünftige Probleme und auch schon bestehende Probleme zu lösen. Hier kann man unter kontrollierten Bedingungen schauen, was geht und was nicht geht.

Unser Antrag ist dahingehend, dass diese Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Behörde, die sich mit diesen Schulversuchen schon eingerichtet haben, natürlich evaluiert werden sollten. Es kann nicht sein, dass diese Schulen unter bestimmten Bedingungen arbeiten – übrigens unter sehr widrigen Bedingungen – und niemand darauf schaut, was dabei herauskommt, ob es funktioniert, was sie machen, ob die neuen Lernformen geeignet sind und ob die Übergänge zu den weiterführenden Schulen gelungen sind. Wir nehmen es immer als zu sehr gegeben hin, dass der Bruch von der Grundschule zur weiterführenden Schule einfach da ist und dass er traumatisch ist. Auf all diese Punkte, die ich noch weiter ausführen könnte, aber erst einmal nicht tun werde, sollte man sehr gut achtgeben.

Was bisher seit Dezember 2010 passierte, ist die Genehmigung der Schulversuche – soweit, so gut.

Ich weiß, dass die Behörde dann gleich, weil es ihre Hausaufgabe war, an der Evaluation gearbeitet hat. Das Evaluationsdesign in groben Zügen lag relativ schnell vor.

Wir wissen alle, dass im März 2011 weder die CDU noch die GAL in der Regierung waren, sondern die SPD übernommen hat. Im August 2011 wurden die ersten Schülerinnen und Schüler eingeschult und sie sind Teilnehmer dieses Schulversuchs. Passiert ist bisher gar nichts. Jetzt haben wir Ende September und es liegt immer noch nichts vor. Das geht nicht. Es ist nämlich laut Paragraph 10 Absatz 3 des Hamburgischen Schulgesetzes vorgeschrieben, diese Schulversuche zu evaluieren. Das ist eine Missachtung des Hamburgischen Schulgesetzes und darauf zielt unser Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Robert Heinemann CDU*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Hanneken-Deckert.

Ulrike Hanneken-Deckert SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Antrag der GAL-Fraktion sind schon mehrere Schriftliche Kleine Anfragen von der CDU und auch von der GAL zum Thema Primarschulversuche vorausgegangen. Erinnern wir uns. Die schwarz-grüne Koalition ist nicht zuletzt an der gescheiterten Schulpolitik zerbrochen. Der CDU-Rumpfsenat hat wenige Wochen vor den Neuwahlen vier Primarschulen als Schulversuche genehmigt, darunter die Schule Rellinger Straße, an der die jetzige schulpolitische Sprecherin der GAL, Frau von Berg, seinerzeit als Elternratsvorsitzende fungierte.

(*Dr. Stefanie von Berg GAL:* Und, ist das schlimm?)

Zuvor hatte die CDU den erklärten Primarschulgegner Dr. Scheuerl auf einen ihrer Spitzenplätze für die Bürgerschaftswahl gesetzt. Da wundert es nicht, dass der CDU-Abgeordnete alles an den Schulversuchen, von der Klassenfrequenz bis zu den Kosten, kritisiert und die Primarschulen am liebsten abgeschafft sehen möchte, während Frau von Berg mit allen Mitteln beweisen möchte, dass ihr Weg der richtige ist, auch wenn er in den kommenden zehn Jahren keine Chance für eine flächendeckende Umsetzung hat.

Meine Damen und Herren von der GAL und der CDU, Sie wollen das Parlament nutzen, um Ihren Kleinkrieg fortzusetzen, und das lehnt die SPD-Fraktion ab.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann CDU:* CDU und GAL werden beide diesem Antrag zustimmen!)

(Ulrike Hanneken-Deckert)

Ich fordere Sie auf, endlich die Polemik in der Schulpolitik zu beenden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was? – Robert Heinemann CDU: Die Einzige, die polemisch ist, sind Sie!)

Herr Dr. Scheuerl, Ihr Fraktionsvorsitzender hat die Schulversuche auf den Weg gebracht. Machen Sie endlich Frieden mit den Schulversuchen und versichern Sie nicht weiterhin Schüler, Eltern und Lehrer.

(Beifall bei der SPD)

An Frau von Berg möchte ich appellieren: Schüren Sie nicht die Hoffnung, dass die Schulversuche kurzfristig die flächendeckende Einführung der sechsjährigen Grundschule ermöglichen werden. Wir werden uns an den vereinbarten zehnjährigen Schulfrieden halten und wollen keinen Dreißigjährigen Krieg in der Schulpolitik.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau von Treuenfels?

Ulrike Hanneken-Deckert SPD: Nein.

Ulrike Hanneken-Deckert SPD (fortfahrend): Das Schulgesetz sieht bei allen Schulversuchen eine Evaluation vor. Natürlich wird der Schulversuch der sechsjährigen Grundschulen evaluiert, daran werden wir uns selbstverständlich halten. Da der Versuch erst Anfang des Schuljahres gestartet ist und zehn Jahre dauern soll, haben wir noch genügend Zeit, um sorgfältig und gewissenhaft das Evaluationsdesign zu erarbeiten.

(Beifall bei der SPD – Robert Heinemann CDU: Man kann auch nachträglich noch eine Evaluation machen!)

Wegen des zehnjährigen Schulfriedens besteht auch kein unmittelbarer Handlungsdruck. Die sechsjährige Grundschule stellt vorerst keine schulpolitische Alternative dar. Es kann also in Ruhe überlegt werden, wie einerseits eine gründliche Evaluation durchgeführt wird und andererseits knappe Ressourcen geschont werden. Das ist, davon bin ich überzeugt, das Gebot der Stunde.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage muss auch in dieser Evaluation auf die Kosten geachtet werden. Daher sollte auf die eigenen Kompetenzen zurückgegriffen und die behördeninternen Institute mit dieser Evaluation beauftragt werden.

Den Antrag der GAL lehnt die SPD-Fraktion daher ab. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Dr. Scheuerl.

Dr. Walter Scheuerl CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Senator Rabe, die Aktuelle Stunde hat heute gezeigt, ebenso wie der Beitrag meiner Vorrednerin von der SPD, dass hier drinnen anfängt zu gelten, was auch draußen in Hamburgs Wiesen und Wäldern gilt: Die Schonzeit für Rotwild ist vorbei, denn die geht nur von Februar bis Juli.

(Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen den Antrag der GAL, liebe Frau Dr. von Berg, vielleicht aber nicht ganz aus denselben Gründen. Fakt ist aber immerhin eines, nämlich dass der Antrag den Finger dort in die Wunde legt, wo er hingehört, und zwar in die verschleppte Schulpolitik, die wir seit Amtsantritt von Herrn Senator Rabe erlebt haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator Rabe hat gemeinsam mit seinem Pressesprecher – beide haben langjährige journalistische Berufserfahrung – die Schonzeit von Februar bis Juli vor allem für blumige Schlagzeilen genutzt. Da hieß es einmal, wir würden 600 neue Lehrer bekommen; das war heiße Luft, wir bekommen nur 300. Dann hieß es, die Grundschulen würden alle Ganztagschulen; das war eine schicke Schlagzeile, aber auch nur heiße Luft, weil es nur um Hortbetreuung am Nachmittag ging. Ordentliche Schulpolitik sieht anders aus, Herr Rabe.

(Beifall bei der CDU)

Ordentliche Schulpolitik – es wurde attestiert im Bildungsbericht 2011 – ist die Schulpolitik der CDU bis 2008. Sie hat dazu geführt, dass wir jedes Jahr weniger Schulabbrecher haben und jedes Jahr mehr Abiturienten. Mit Blick auf die vier Versuchsschulen, die auch als Starterschulen schon das Jahr davor Primarschule gespielt haben, bedeutet das Folgendes – ich gebe ganz kurz einen Blick zurück.

Beim Volksentscheid 2010 scheiterten die Primarschulpläne. Es haben dann einige von den Ideen der Reformpädagogik beseelte Eltern und Lehrkräfte gesagt, sie wollten trotzdem ihre Primarschule haben und sie wollten jetzt einen Schulversuch machen. Das ist soweit in Ordnung. Wir haben bei der Volksinitiative im Rahmen der Verhandlungen mit Schwarz-Grün im Januar 2010 auch gesagt, dass es natürlich Schulversuche geben könne, aber sie müssten im Interesse der Kinder – und um die geht es hier – evaluiert und begleitet werden. Schulversuche müssen begleitet und überprüft werden. Sie können nicht bedeuten, Millionen von Euro auszugeben unter Verletzung des Gebots der Kostenneutralität von Schulversuchen. Es bedeutet nicht, Millionen von Euro dafür

(Dr. Walter Scheuerl)

auszugeben, dass auf ideologischen Spielwiesen Experimente gemacht werden mit real existierenden Kindern, die niemand begleitet.

(Beifall bei *Robert Heinemann* und *Roland Heintze*, beide CDU)

Wir wissen schon heute – wir haben eine Reihe von Schriftlichen Kleinen Anfragen und Untersuchungen gehabt –, was in diesen vier Versuchsschulen los ist. Es werden weniger Gymnasialempfehlungen erreicht als in den Nachbarschulen im selben Stadtteil. Migrantenkinder werden durch die neuen Lernformen überwiegend benachteiligt, weil sie nämlich nicht den ständigen Sprachkontakt mit ihrer Grundschullehrerin haben, sondern mit Lernprogrammen und Lernblättern allein gelassen werden und weniger Deutsch lernen.

Zum Sommer 2011 hat in den Starterschulen – und diese vier Versuchsschulen gehören dazu – fast die Hälfte der Eltern, die ihre Kinder dort in Klasse 4 hatten, die Kinder abgemeldet. Das heißt, die Eltern selbst wollen diese Schulversuche eigentlich gar nicht. Und viel besorgniserregender ist, dass wir nach den Sommerferien von diversen Eltern in Klasse 5 – die Kinder in den Starterschulen waren schon im letzten Jahr in Klasse 5 – erfahren haben, dass diese Kinder dramatische Lernstands Nachteile im Vergleich zu den Mitschülern älterer Geschwister in den Klassen 5 an den Stadtteilschulen und Gymnasien haben.

Fakt ist, Herr Rabe, dass diese Schulversuche nach dem Schulgesetz – darauf hat Frau Dr. von Berg zutreffend hingewiesen – fachlich evaluiert werden müssen, und zwar von der ersten bis zur sechsten Klasse und darüber hinaus, denn die Kinder, die jetzt in den Starterschulen in Klasse 6 sind, werden das böse Erwachen erst nach den nächsten Sommerferien haben, wenn sie auf die richtigen Schulen, die Stadtteilschulen und Gymnasien, kommen.

Herr Senator Rabe, wir fordern Sie auf, diesen Antrag zu nutzen und dafür zu sorgen, dass schleunigst geschaut wird, was in diesen Schulen passiert mit den Kindern von Klasse 1 bis Klasse 6. Sorgen Sie für eine echte Überprüfung. Deswegen appellieren wir an Sie, dem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau von Treuenfels hat das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es sehr kurz machen. Abseits der Frage, ob wir für längeres gemeinsames Lernen sind – ich denke, diese Frage stellt sich hier gar nicht –, geht es nur darum, das Schulgesetz umzusetzen und einen Schulversuch zu evaluieren. Darauf haben

sowohl die Kinder ein großes Anrecht als auch deren Eltern.

(Beifall bei der FDP)

Wir stimmen deshalb diesem Antrag zu, ohne Wenn und Aber. Es geht hier nicht um Vergangenheitsbewältigung und auch, liebe SPD, gar nicht darum, irgendwelche Schulfrieden oder Streitereien wieder anzuführen. Ich weiß nicht, ob Ihnen entgangen ist, dass sowohl die CDU als auch die GAL und die FDP diesem Antrag zustimmen. Es geht nicht um Streitereien, es geht nur um die Durchsetzung des Schulgesetzes. Darum bitten wir Sie und deswegen stimmen wir auch diesem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Frau Heyenn hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie wichtig Schulversuche sind, hat der gestrige zweite Bildungsbericht für Hamburg gezeigt. Darin heißt es wörtlich auf Seite 22:

"In Hamburg (...) hat ein Kind von Eltern aus der oberen Dienstklasse bei gleicher Lesekompetenz eine 2,6-mal so hohe Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, wie ein Kind, dessen Eltern Facharbeiter oder Arbeiter mit Leitungsfunktionen sind."

Das Traurige ist, dass es durch eine vom Gesetzgeber abweichende Interpretation nach einem mühsamen Kompromiss aller Parteien in diesem Hause, das Schulgesetz zu novellieren, an den Hamburger Schulen wieder Gymnasialempfehlungen gibt nach der vierten Klasse. Das ist ein Rückschritt, und den haben wir der CDU und der SPD zu verdanken. Das manifestiert die soziale Spaltung in unserem Bildungswesen.

Ständig zu beklagen, dass es eine zu enge Kopplung von Schulerfolg oder Misserfolg mit dem sozialen Hintergrund gibt, hilft nicht weiter. Es muss etwas dagegen getan werden. Ganztagschulen, vor allem die in einer Billigversion, sind kein Allheilmittel. Diese vier Schulversuche – da muss ich Ihnen widersprechen, Frau von Berg, von 400 Grundschulen sind es vier – können nur einen kleinen Beitrag leisten, mit dieser Problematik besser umzugehen. Sie können auch, wenn sie dann wissenschaftlich begleitet werden vom ersten Tag an, Perspektiven für die Zukunft bieten, wie man dieses Problem löst.

Deswegen haben wir von der LINKEN auch diesem merkwürdigen Schulfrieden überhaupt nicht zugestimmt, weil wir uns offen halten wollen für eventuelle neue Erkenntnisse. Wenn sich heraus-

(Dora Heyenn)

stellt, dass wir einen anderen Weg gehen müssen, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, dann werden wir ihn beantragen, egal, ob die zehn Jahre vorbei sind oder nicht. In diesem Zusammenhang vom Dreißigjährigen Krieg zu sprechen, finde ich total daneben.

Das Problem ist, dass diese vier Schulversuche gegenwärtig nicht wissenschaftlich begleitet werden und das, obwohl in einer Schulausschusssitzung im Januar 2011 beschlossen wurde, dass dies umgehend zu funktionieren habe. Das haben damals auch der CDU-Minderheitensenaat und der damalige Bildungssenator Wersich auf den Weg gebracht. Sie haben auch das ZUSE-Institut dazu gebracht, ein Design zu entwickeln, wie eine Evaluation vonstatten gehen muss.

Die Vorredner, Frau von Berg und Herr Scheuerl – da sind wir uns ausnahmsweise einmal einig, Herr Scheuerl – haben darauf hingewiesen, dass die Begleitung eines Schulversuchs von der ersten Minute an geschehen muss, weil man sonst überhaupt keine Auswertung machen kann. Der Zwischenruf von Herrn Heinemann, dass man auch eine nachträgliche Evaluation machen könne, zeigt ziemlich deutlich, dass es dann völlig am Problem vorbeigeht.

Wir wollen doch alle in dieser Stadt wissen, ob es diesen Zusammenhang gibt zwischen längerem gemeinsamen Lernen, mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Zugang zu allen Bildungsformen, unabhängig vom Elternhaus oder nicht.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass die Evaluation jetzt sofort beginnt. Man kann natürlich sagen, der Senator ist noch nicht so lange im Amt, es hat Anlaufschwierigkeiten und Starterprobleme gegeben. Aber nun haben wir September und der Senat muss sehen, dass dort etwas in die Gänge kommt. Wir wollen die Evaluation auf jeden Fall und deshalb unterstützen auch wir von der LINKEN den Antrag der GAL.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch* GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Dr. von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn ich schon wieder Zwischenrufe höre, es sei doch schon alles gesagt worden, möchte ich doch sagen, dass es ein historisches Ereignis ist, dass Herr Scheuerl und ich einer Meinung sind. Ich glaube, das gab es noch gar nicht. Eigentlich müsste man hinterher einen Kaffee darauf trinken.

Ich möchte jedoch auf das Verhalten der SPD eingehen, denn ich finde es wirklich feige.

(*Robert Heinemann* CDU: Arroganz der Macht!)

– Es ist vielleicht die Arroganz der Macht. Ich weiß nicht, was die SPD in diesem Punkt reitet.

Es geht um nichts anderes als darum, dem Schulgesetz Genüge zu tun. Die SPD hat in ihrer Argumentation letztendlich alte Konflikte bemüht, um Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, und schippert damit an dieser Debatte vorbei. Was das Verhalten der SPD und die Schulpolitik von Herrn Rabe auch zeigen, ist, dass es nicht der Blick nach vorn ist, der in der Schulpolitik eine Rolle spielt. Es sind keine Visionen für eine neue Schule, es geht nur darum, den Deckel darauf zu halten, Schulfrieden um jeden Preis zu haben, immer nur über die Probleme zu jammern, statt einmal visionär in die Zukunft zu schauen.

Diese vier Schulen können dazu einen Beitrag leisten. Aber das ist anscheinend nicht das, was Herr Rabe im Schilde führt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/1557 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 26, 5 und 21, Antrag der FDP-Fraktion: Hilfen zur Erziehung - Schwerpunktsetzung und Evaluation; Große Anfrage der GAL-Fraktion: Sozialpolitischer Rückschritt bei der SPD: Will der Senat den Rechtsanspruch auf individuelle Hilfen zur Erziehung abschaffen und das Kinder- und Jugendhilferecht aushöhlen? und Antrag der CDU-Fraktion: Begrenzung des Ausgabenanstiegs bei den Hilfen zur Erziehung entschlossen voranbringen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Hilfen zur Erziehung – Schwerpunktsetzung
und Evaluation
– Drs 20/1583 –]**

**[Große Anfrage der GAL-Fraktion:
Sozialpolitischer Rückschritt bei der SPD: Will
der Senat den Rechtsanspruch auf individuelle
Hilfen zur Erziehung abschaffen und das Kinder-
und Jugendhilferecht aushöhlen?
– Drs 20/1280 –]**

[Antrag der CDU-Fraktion:

(Erster Vizepräsident Frank Schira)**Begrenzung des Ausgabenanstiegs bei den Hilfen zur Erziehung entschlossen voranbringen – Drs 20/1577 –]**

Alle drei Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Hilfen zur Erziehung beschäftigt uns jetzt schon einige Wochen und wird uns wahrscheinlich auch noch die nächsten Wochen beschäftigen.

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Jahre!)

Wir Liberale haben uns vorgenommen, eine konstruktive Opposition zu sein. Frau Hajduk, vielleicht ist das die Antwort auf Ihren merkwürdigen Eindruck, den Sie vorhin geäußert haben. Deshalb will ich diese Gelegenheit nicht versäumen, um gleich vorab zu sagen, dass die FDP-Fraktion es begrüßt, dass Senator Scheele sich vorgenommen hat, die Kostenexplosion im Bereich Hilfen zur Erziehung kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Gleichzeitig dürfen wir das Ziel dieser Hilfen dabei nicht aus den Augen verlieren. Das Kindeswohl muss an erster Stelle stehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will nicht verhehlen, dass wir dabei die Vorgehensweise des Senats irritierend finden. Das Konzeptionspapier wurde der Presse vorgestellt, dem zuständigen Ausschuss aber bis heute nicht vorgelegt. Eine Einbindung des Parlaments sieht anders aus. Gerade bei einem so wichtigen Thema, das zwei Perspektiven hat, nämlich Kinderschutz und Haushalt, erwarte ich Dialogbereitschaft, eine frühzeitige Einbindung und vor allem Transparenz.

(Beifall bei der FDP)

Um Schwerpunkte der Umsteuerung aus Sicht der FDP-Fraktion deutlich zu machen, haben wir diesen Antrag gestellt. Ein ganz wichtiger Aspekt aus unserer Sicht sind die frühen Hilfen.

(Beifall bei Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP und Heike Sudmann DIE LINKE)

Denn bei den frühen Hilfen zur Erziehung verhält es sich ähnlich wie bei der frühkindlichen Bildung, die Jüngsten haben wir nämlich bisher sträflich vernachlässigt. Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung haben wir mittlerweile erkannt. Dieses Umdenken brauchen wir auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Wir brauchen präventive Maßnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Ein Blick auf die Statistiken bestätigt, dass ein Großteil der Hilfen erst mit Beginn des Kindergarten- oder Schulbesuchs einsetzt. Dann aber haben

viele Kinder bereits eine Leidensgeschichte hinter sich.

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Eltern so früh wie möglich stärken, damit es gar nicht erst zu den Fällen kommt, über die wir dann später in der Zeitung lesen müssen. Zentrales Anliegen der FDP ist darum Prävention und gezielte Maßnahmen in Form von niedrigschwelligen Hilfsangeboten. Nur so wird das Kindeswohl von Anfang an sichergestellt.

(Beifall bei der FDP)

Eine Umsteuerung gelingt nicht gegen, sondern nur mit den Akteuren vor Ort. Das sind zum einen die Jugendhilfeausschüsse, zum anderen natürlich die Träger, die die Maßnahmen der Jugendhilfe durchführen. Der Senat vermittelt aber leider bisher nicht den Eindruck, diese Akteure ernst zu nehmen. Wir Liberale möchten den Jugendhilfeausschüssen Spielraum geben und die Sichtweise der Träger berücksichtigen. Entscheidungen sollen so nahe dran wie möglich getroffen werden. Daher sprechen wir Liberale uns verstärkt für Rahmenezuweisungen an die Bezirke aus, denn nur so werden die Jugendhilfeausschüsse und die Träger ausreichend mit eingebunden.

(Beifall bei der FDP)

Einen Blankoscheck für Maßnahmen nach dem Motto "Viel hilft viel" möchten wir damit natürlich nicht ausstellen. Die Situation im Moment ist so, dass eine Vielzahl von Akteuren eine Unmenge von Maßnahmen durchführt. Was welche Wirkung erzielt, welche Erfolge wir erreichen, wissen wir nicht so richtig. Deswegen muss eine Umsteuerung zwingend evaluiert werden. Eine Absichtserklärung allein reicht nicht aus, Herr Scheele, der Senat muss sich hierzu endlich verpflichten.

(Beifall bei der FDP)

Nur so können wir sicherstellen, dass die hilfsbedürftigen Kinder und Jugendlichen und ihre Familien tatsächlich von den Maßnahmen profitieren.

Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt im Grundsatz die Umsteuerungsbemühungen des Senats. Wir möchten aber sichergehen, dass die Maßnahmen in die richtige Richtung gehen. Darum fordern wir erstens, so früh wie möglich einzugreifen, damit kein Kind durch das Netz fällt. Zweitens müssen die Jugendhilfeausschüsse und die Freien Träger eingebunden werden. Drittens darf es keine Umsteuerung ins Blaue hinein sein, sondern es muss eine Überprüfung der Zielerreichung und der Wirksamkeit geben. Wenn das in Einklang mit einer Kostenreduzierung machbar sein sollte, werden wir nicht anstehen, der Politik des Sozialsenators noch deutlicher zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön.
– Frau Dr. Leonhard hat das Wort.

Dr. Melanie Leonhard SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal finde ich es sehr gut, dass das Thema heute zur Debatte angemeldet ist. Es zeigt, dass es einen großen Konsens in diesem Hause darüber gibt, dass Handlungsbedarf im Sinne der Kinder und Familien in Hamburg besteht. Deshalb hat sich der Familienausschuss auch einstimmig, mit Vertretern aller Fraktionen, für eine Selbstbefassung zu diesem Thema entschieden. Diese wird bereits am 1. November stattfinden. Das schafft dann den Rahmen für eine fundierte Diskussion über die Situation der Hilfen zur Erziehung und deren Kosten und Wirksamkeit. Darüber hinaus wird es zu einer vertieften Befassung mit diesem Thema auch noch eine Expertenanhörung im Januar geben; auch das haben wir im Ausschuss alle miteinander interfraktionell beschlossen.

Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, auf eine Pressemitteilung einzugehen, die die GAL kurz vor dieser Sitzung versandt hat, in der sie fordert, dass wir zu diesem Thema eine Enquete-Kommission einrichten sollten. Die von mir eben geschilderten Schritte halte ich für richtig und wichtig. Mir ist es persönlich sehr bedeutsam – ich glaube, das wissen auch alle Akteure –, dass wir uns diesem Thema in der gebotenen Sachlichkeit ausführlich widmen. Wir finden es aber nicht richtig, eine Enquete-Kommission einzurichten, das scheint uns nicht das richtige Instrument zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel der SPD-Fraktion ist es, Familienhilfen so zu leisten, dass sie bei den Familien auch ankommen und die Lebens- und Bildungschancen der Kinder wirklich verbessern. Probleme und Ressourcen in Familien müssen erkannt und Hilfeziele konkret und erreichbar festgelegt werden. Auch da habe ich mit meinem Vorredner und vielen anderen in diesem Hause einen großen Konsens.

Jede Hilfe zur Erziehung muss sich deshalb an dem Ziel messen lassen, einen Beitrag zum Erreichen einer selbstbestimmten und unabhängigen Lebensführung zu leisten. Mit dem mittlerweile öffentlich gut bekannten Papier "Hilfen zur Erziehung – Konzeptionelle Vorschläge zur Weiterentwicklung und Steuerung" wird der Anspruch dokumentiert, die Familienhilfen in diesem Sinne weiterzuentwickeln, und das finden wir richtig.

Der Fokus auf die Angebote im Sozialraum, also im Quartier und damit im unmittelbaren Umfeld der Menschen ist konsequent und ebenfalls richtig. Der Ausbau dieser sogenannten Sozialraumangebote, also der Angebote vor Ort im Stadtteil, die allen Eltern offenstehen, soll dazu führen, dass Familien zuallererst diese Angebote nutzen können und

nicht gleich als ersten Schritt zum Jugendamt gehen müssen, um förmlich eine Hilfe zur Erziehung zu beantragen. Es geht aus unserer Sicht darum, mit unterschiedlichsten Angeboten vor Ort möglichst früh anzusetzen. Auch darüber gibt es große Einigkeit.

Dies ist in einigen Hamburger Bezirken bereits erfolgreich begonnen worden und muss nun ausgebaut werden. Der Ausbau von frühen Hilfen wie Familienhebammen, die Einrichtung von weiteren Eltern-Kind-Zentren und der Ausbau von Erziehungsberatung ist dabei von großer Bedeutung.

Die Verbesserung der Infrastruktur von Familien zum Beispiel durch die Erweiterung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz, zum einen im Hortalter, aber auch ab nächstem Jahr ab dem abgeschlossenen zweiten Lebensjahr, und die konsequente Überprüfung der Wirksamkeit von Leistungen bei den Hilfen zur Erziehung sind aus unserer Sicht zwei Seiten derselben Medaille.

Es ist deshalb einmal angebracht, die Unterschiede zwischen dem Umgang des schwarz-grünen Senats in der Vergangenheit und den Leitlinien des SPD-Senats zu verdeutlichen. In der Vergangenheit wurden mehrfach die Ansätze für die Hilfen zur Erziehung gekürzt, um dann mit Nachforderungen am Ende des Jahres an die Bürgerschaft heranzutreten, weil die Ausgaben jährlich stiegen. Eine Steuerung wurde stets angekündigt, aber kaum vollzogen. Den Höhepunkt dieser ständigen Absenkungen bildete schließlich der vorläufige Haushalt im letzten Jahr, als die Ansätze für die gesetzlichen Leistungen der Hilfen zur Erziehung – und man hat einen Rechtsanspruch darauf – um fast 60 Millionen Euro reduziert wurden, und dies, obwohl absehbar war, dass es nicht gelingen würde, rechtzeitig die wichtigen Alternativangebote in allen Stadtteilen so einzurichten und sie sich auch etablieren zu lassen.

(Dirk Kienscherf SPD: Unsozial!)

Es ist daher richtig, zuallererst – das hat der Senat auch gemacht – für eine auskömmliche Finanzierung der Hilfen zur Erziehung zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf der SPD für 2011 und 2012 gibt es erhöhte Ansätze in diesem Bereich. Damit ist die Grundlage geschaffen worden, sich überhaupt erst seriös um die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung zu kümmern. Dies ist wichtig, damit wir uns als Stadt langfristig unsere Handlungsfähigkeit erhalten und nicht von enorm steigenden Ausgaben für die gesetzlichen Leistungen schließlich in unserem Handeln limitiert werden.

Um den Ausbau von guten und erfolgreichen Hilfsangeboten für Familien voranzubringen, die frühzeitig ansetzen, werden wir uns also gemeinsam

(Dr. Melanie Leonhard)

im Familienausschuss im Rahmen von Selbstbefassung und Expertenanhörung dieser Aufgabe stellen. Daher wollen wir auch alle Drucksachen dahin überweisen. In der Zielsetzung gibt es, glaube ich, große Übereinstimmung. Ich erwarte daher von uns allen eine konstruktive Diskussion im Sinne der Familien unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr de Vries.

Christoph de Vries CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines ist unisono richtig, Frau Leonhard hat es auch angesprochen, nämlich dass vor dem Hintergrund ständig steigender Kosten und Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung eine Umsteuerung unerlässlich ist. Die Ausgaben sind in diesem Bereich allein in den letzten sieben Jahren um fast 100 Millionen Euro gestiegen. Das ist im Übrigen keine Entwicklung, die besonders hamburgspezifisch ist, sondern es zieht sich durch alle deutschen Großstädte, insbesondere auch durch die Stadtstaaten, die mit zum Teil zweistelligen Wachstumsraten in diesem Bereich zu kämpfen hatten.

Diesen anhaltenden Ausgabenanstieg zu begrenzen und die Ausgaben möglichst zu reduzieren, ist daher dringend erforderlich und geboten. Gerichtet an alle Fraktionen ist das eine Herausforderung, der sich eigentlich keine politische Kraft, die Verantwortung in Hamburg übernehmen will, verschließen kann.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist das Problem nicht ganz neu. Aus diesem Grund hat auch der Vorgängersenat bereits mit der Umsteuerung bei den Hilfen zur Erziehung begonnen. Ich nenne unter anderem das Programm "Sozialräumliche Hilfen und Angebote", das der Senat mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 auf den Weg gebracht hatte. Dort wurden 16 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und die Mittel damit nochmals um 12 Millionen Euro aufgestockt gegenüber den alten Haushalten. Geplant war ebenfalls – und das ist derselbe Ansatz –, mit diesen neuen, niedrigschwelligen sozialräumlichen Angeboten Hilfen bereitzustellen, die die Familien in ihrem direkten Lebensumfeld unterstützen und eben nicht verursachen, dass man irgendwelche Institutionen aufsuchen muss oder die Institutionen einen selbst zu Hause aufsuchen.

Sehr erfreulich ist, dass die SPD dies nun nach ihrem Rollentausch von der Oppositionspartei in die Regierung auch erkannt hat und im Grundsatz an das vom Vorgängersenat initiierte Programm anknüpft. Insofern unterstützt die CDU-Fraktion an dieser Stelle die Zielrichtung des Senats. Weil allerdings die Diskrepanz so frappierend ist zwi-

schen Vergangenheit und Tagesaktualität, kann ich Ihnen den Blick in die Vergangenheit doch nicht ganz ersparen.

Es ist nicht ganz neu, dass es Steuerungsversuche gibt, Ausgabenanstiege im Bereich der gesetzlichen Sozialleistungen zu steuern und zu bremsen. Das hat der alte Senat auch getan. In diesem Zusammenhang hatte Sozialsenator Wersich Ende 2009 die sogenannten zehn goldenen Regeln formuliert.

(Dirk Kienscherf SPD: Das war schlimm!)

– Herr Kienscherf, zu Ihnen komme ich gleich.

Ich will Ihnen nur zwei Punkte nennen, die damals formuliert wurden, unter anderem in Punkt 4 die Umsteuerung in günstigere Hilfen beziehungsweise Leistungsarten. In Punkt 10 hieß das Ziel die Verringerung von Leistungsinhalten und Leistungsansprüchen. Das sind Ziele, die Ihnen auch vertraut sein dürften, weil sie in ähnlicher Form, aber noch viel schärfer, im neuen Strategiepapier von Senator Scheele vorkommen.

Wie hat sich die SPD-Fraktion damals positioniert? Ich gebe Ihnen an dieser Stelle einmal drei Zitate. Frau Veit sagte im "Hamburger Abendblatt" am 7. November 2009 dazu:

"Wenn einem Sozialsenator zum Thema Kostensteuerung nur noch das einfällt, ist das ein politischer Offenbarungseid."

Herr Kienscherf sagte, zusammen mit Frau Veit, in einer Pressemitteilung nur wenige Tage später:

"Vorschläge Wersichs sind der größte Verstoß gegen die Amtspflicht, die ein Sozialsenator begehen kann. (...) Sie nennen das Ganze 'Zehn goldene Regeln'. Und Sie wollen mit diesen Regeln Kürzungen bei Menschen durchsetzen, die unsere Hilfe brauchen."

Lassen Sie mich noch ein letztes Zitat von Ihnen bringen, Herr Kienscherf. Sie sagten über Herrn Senator Wersich:

"Er hat mit seinem Papier ein politisches Armutzeugnis abgeliefert."

(Dirk Kienscherf SPD: Da waren wir uns aber einig!)

Meine Damen und Herren! Wenn man diese Äußerungen neben das aktuelle Strategiepapier von Sozialsenator Scheele legt, möchte man meinen, die SPD-Fraktion leide an einer politischen Totalamnesie.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist jetzt zulässiger parlamentarischer Sprachgebrauch?*)

Ich will Ihnen auch gern die Ziffern des aktuellen Papiers nennen, das Herr Senator Scheele zu den

(Christoph de Vries)

Zielen der Umsteuerung vorgelegt hat. Dort heißt es in Ziffer 2.1 wörtlich:

"Vermeidung förmlicher Hilfen zur Erziehung durch Vorhalten von und Umsteuerung aller geeigneten Fälle in sozialräumliche Angebote."

Wie das Ganze umgesetzt werden soll, steht dann in Ziffer 3.1:

"Besteht Hilfebedarf (...), ist dieser grundsätzlich und vorrangig durch Verweisung in sozialräumliche (...) Angebote (...) zu erbringen."

Das ist ein politischer Komplett Richtungswechsel, den Sie in nur wenigen Monaten, seitdem Sie regieren,

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch totaler Blödsinn, den Sie da erzählen!)

in Hamburg vollzogen haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber es ist auch nicht schlecht, Herr Kienscherf, denn Sie haben Ihre renitente Realitätsverweigerung inzwischen aufgegeben. Das ist zum Wohle Hamburgs, aber es wirft mit Sicherheit kein gutes Licht auf Ihre Oppositionshaltung in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Wir können jetzt auch noch mal den Ältestenrat einberufen, das ist ungefähr das gleiche Niveau!)

Wenn man die aktuelle Senatsmeinung jetzt den Äußerungen der Vergangenheit gegenüberstellt, wird eines mehr als deutlich: Das Verhalten der SPD-Fraktion gegenüber Senator Wersich war in der Sache falsch und im politischen Stil persönlich unangemessen und unfair. Ich kann Ihnen nur ans Herz legen, sich bei Senator Wersich für diese Wortwahl damals zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das nicht tun, wäre es nur konsequent, die Pläne Ihres Senators Scheele, die noch deutlich über das hinausgehen, abzulehnen. Das ist im Grunde die einzige Alternative, die es dazu gibt.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch nicht wahr! – Gegenruf von Dietrich Wersich CDU: Der Zusammenhang war anders!)

Kommen wir aber nun zur Aktualität und der Art und Weise, wie bislang die Umsteuerung eingeleitet wurde. Leider war sie wenig von Transparenz geprägt. Das Strategiepapier, das ich bereits erwähnte, das konzeptionelle Vorschläge zur Weiterentwicklung und Steuerung bei den Hilfen zur Erziehung enthält, wurde der Bürgerschaft erst gestern offiziell zugeleitet, mehr als einen Monat, nachdem es die Presse erhalten hatte.

Mit der Zuleitung von Entscheidungsgrundlagen nimmt es die BASFI ohnehin nicht so genau. Zum Vorgängerpapier verweigerte Herr Senator Scheele jegliche Äußerung gegenüber den Fragen von Abgeordneten im Familienausschuss, und das, obwohl dieses Papier den Sozialstaatsräten der SPD-geführten Länder durch die Sozialbehörde Hamburg offiziell zugeleitet worden war.

Nun komme ich zum versöhnlichen Teil. Dank des Drucks, den die übrigen Fraktionen ausgeübt haben – Frau Leonhard erwähnte es schon –, hat die SPD inzwischen dieser Selbstbefassung zugestimmt. Das finde ich sehr erfreulich. Genauso erfreulich ist auch, dass wir jetzt diese Expertenanhörung durchführen werden, denn es ist an dieser Stelle mit diesem grundlegenden Systemwechsel wirklich wichtig, dass auch die Fachleute intensiv einbezogen werden und sich zu Wort melden können.

Notwendig wird es aber außerdem sein – das hat Herr Ritter angesprochen –, auch die Akteure vor Ort einzubeziehen, nämlich die bezirklichen Jugendhilfeausschüsse, dass sie informiert und angehört werden.

Ich sagte eingangs bereits, dass die CDU den Plänen zur Umsteuerung bei den Hilfen zur Erziehung wohlwollend und positiv gegenübersteht, aber angesichts der bisherigen Gestaltung des Verfahrens muss man doch noch einmal auf einige Grundvoraussetzungen verweisen, die dabei erfüllt sein müssen.

Erstens: Es muss Transparenz gegenüber dem Parlament geben. Das Verfahren von Herrn Scheele war bisher das Gegenteil, es war intransparent gegenüber dem Parlament als auch den Beteiligten gegenüber.

Zweitens: Wenn man eine so umfassende Umsteuerung vornehmen will, dann ist es oberstes Gebot, dass man mit den Beteiligten vernünftig umgeht. Und die Trägerschelte, die hier und auch medial betrieben wurde, war dazu wenig geeignet. Wir brauchen ein konstruktives Miteinander, bei dem auch das Wissen und die Erfahrung der Träger Eingang findet.

(Beifall bei der CDU)

Man hat sich damit einen Bärenienst erwiesen, die Verantwortung für steigende Fallzahlen und für steigende Kosten und Ausgaben den Trägern zuzuschieben. Das sind mit Sicherheit Versäumnisse, die die Verwaltung oder die Politik sich zuzuschreiben haben und die wir jetzt auch glücklicherweise angehen. Aber diese Trägerschelte sollte nicht weiter betrieben werden.

Drittens: Im Mittelpunkt darf nicht allein die Bremsung der Ausgaben stehen. Sie ist natürlich wichtig, aber es geht vor allen Dingen auch um die erzieherische Wirksamkeit der staatlichen Hilfen.

(Christoph de Vries)

Herr Ritter hat auch angesprochen, dass teure Maßnahmen nicht per se die besseren sind. Umgekehrt ist es aber so, dass dort, wo Einzelfallhilfen notwendig sind, diese auch gewährt werden müssen und nicht verwehrt werden dürfen. Das muss grundsätzlich bedacht werden.

Ich komme zum letzten Punkt: Alle Umsteuerungsmaßnahmen müssen rechtlich einwandfrei abgesichert sein. Es ist schon etwas verwunderlich, dass in dem ersten Papier der Sozialstaatsräte der Rechtsanspruch eingeschränkt werden sollte auf Einzelfallhilfen und es nun in dem aktuellen konzeptionellen Papier heißt, dass man einen kompletten Systemwechsel mit Umsteuerung in niedrigschwellige Angebote und Hilfen allein mit den gängigen Vorgaben und Gesetzen machen könne und das Ganze vom SGB VIII abgedeckt sei. Wir haben da gewisse Zweifel. Dies ist aber in jedem Fall ein Punkt, der in der Expertenanhörung zu klären ist. Am Ende des Prozesses darf es hier keine rechtlichen Unsicherheiten geben.

Ich bin froh, dass das Thema jetzt im Parlament ist. Da gehört es hin und hätte es auch schon seit vier Wochen hingehört, aber ich bin mir sicher, dass wir das mit den Kollegen im Ausschuss konstruktiv und positiv bewältigen können. Ich glaube zudem, dass es keine gute Idee ist, das Verfahren noch in die Länge zu ziehen, indem man jetzt noch eine Enquete-Kommission einrichtet. Wenn es so funktioniert, wie wir uns das jetzt vorstellen, dann kann man das durchaus ohne Enquete-Kommission schaffen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke schön. – Frau Blömeke hat das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Frau Leonhard, würde ich Sie bitten, endlich mit diesem Märchen aufzuhören, dass unter Schwarz-Grün die Ansätze gekürzt worden seien. Die Ansätze wurden genauso finanziert, wie es die SPD-Fraktion jetzt macht, nur aus einem anderen Haushaltstitel. Es ist kompletter Unsinn, wenn Sie immer weiter behaupten,

(Arno Münster SPD: Das stimmt doch nicht!)

wie letztes Mal auch schon, dass da irgendwelche Ansätze gekürzt worden seien.

Was ist die Sachlage? Sachlage ist doch, dass über Hilfen zur Erziehung in der breiten Öffentlichkeit relativ wenig geredet wird, meistens nur im Zusammenhang mit tragischen Einzelfällen wie Lara Mia oder Jessica oder auch im Zusammenhang mit der Kostenentwicklung und den hohen Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung, die bei der Konsolidierung der Haushalte dann immer wieder Thema werden.

Der Punkt der Kostensteigerung bei den Hilfen zur Erziehung – das ist richtig – beschäftigt alle Fraktionen und auch zu Recht, denn die finanziellen Mittel der Stadt sind begrenzt. Es ist von daher durchaus legitim, wenn sich eine Regierungspartei auf den Weg macht und Maßnahmen sucht, wie die Hilfen zur Erziehung kosteneffizienter gestaltet werden können. Aber bevor ich einen neuen Weg durch ein mir fremdes Terrain ausprobiere, nehme ich mir doch eine Wanderkarte und schaue mir den Weg genau an. Ich prüfe, ob der Weg überhaupt für mich gehbar ist und was dafür die Voraussetzungen sind. Brauche ich Bergstiefel oder Sportschuhe, brauche ich eine Bergausrüstung oder nur einen Wanderstock?

(Robert Bläsing FDP: Da haben Sie wohl Frau Hajduk gefragt!)

Die Vernachlässigung derart wichtiger Faktoren kann für Wanderer unter Umständen lebensgefährlich werden. So sieht es bei den Hilfen zur Erziehung ähnlich aus. Sachlage ist, dass die SPD einen neuen Weg beschreiten will mit dem Ziel der Reduzierung der Kosten. Was ist geplant? Aufsuchende Familienhilfen in der Wohnung der Betroffenen sollen die Ausnahme werden. Stattdessen soll es Gruppenangebote im Stadtteil und an Schulen oder Kitas geben, und das als Regeleinrichtung und als Regelhilfe.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Diesen Weg geht der Senat, ohne vorher den Weg genau angesehen zu haben. Es fehlen fundierte Analysen, insbesondere über die Wirksamkeit und die Ursachen des Fallanstiegs, das haben auch meine Vorredner und Vorrednerinnen schon gesagt.

Unsere Große Anfrage, die Ihnen heute vorliegt, spiegelt das deutlich wider. Für die These, dass die sozialpädagogischen Familienhilfen ins Leere laufen, wie von der SPD gern behauptet, gibt es keine empirischen Daten. Für die Behauptung, dass die zusätzlichen Mittel nicht zu einer Verbesserung der Situation beigetragen haben, gibt es keine Belege. Ob Angebote im Sozialraum im Vergleich zu Einzelfallhilfen billiger sind, kann der Senat nicht sagen. Und über die Tatsache, dass die durchschnittlichen Fallkosten bei den angeblich so teuren Einzelfallhilfen seit 2001 deutlich zurückgegangen sind, die Anzahl der Hilfen aber deutlich zugenommen hat, gibt es keine Ursachenforschung.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass unsere Große Anfrage und die Antwort des Senats deutlich darauf hinweisen, dass nicht der eigentliche Fall in der Familie, bezogen auf die Kosten, explodiert ist – der ist von 2001 bis 2010 zurückgeschraubt worden –, sondern dass es an der Menge des Fallaufkommens

(Christiane Blömeke)

liegt. Da müssen wir uns alle einmal fragen, warum das so ist.

(Beifall bei der GAL – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Ganz genauso ist das!)

Doch ohne diese gesicherten Fakten und ohne diese Ursachenforschung ist aus Sicht der GAL-Fraktion die geplante Umstrukturierung, wie die SPD sie jetzt bei den Hilfen zur Erziehung vornehmen will, nicht nur riskant, sondern auch fachlich nicht zu verantworten.

Und mit unserer Kritik an fehlenden Analysen vor entscheidenden Umsteuerungsmaßnahmen stehen wir Grüne nicht allein da. Ein Schreiben der Hamburger Jugendamtsleiter bestätigt diese These. Dort heißt es unter anderem:

"Vor der Initiierung weiterer Maßnahmen zur Umsteuerung von Hilfen zur Erziehung ist eine gründliche Analyse der Jugendhilfe in Hamburg mit dem Schwerpunkt Hilfen zur Erziehung vorzunehmen. Erst mit Kenntnissen über Einflussfaktoren lässt sich eine Strategie für die geforderte Veränderung gemeinsam mit den Hamburger Jugendämtern entwickeln."

Dem ist wenig hinzuzufügen, wenn die Hamburger Jugendamtsleiter die geplante Umsteuerung ihrer Fachbehörde selbst kritisch sehen.

Auch in der SPD selbst gibt es Unruhe über den von Hamburg vorgeschlagenen Weg. So heißt es in einem Schreiben der Berliner SPD-Staatssekretärin Claudia Zinke, dass in wichtigen Punkten die Problembeschreibung aus Hamburg, aber auch die angesprochenen Lösungswege noch einer Überarbeitung bedürften. Claudia Zinke distanziert sich erst einmal von dem Vorgehen ihrer Partei in Hamburg. Immerhin sind Sie nach massiven Protesten auch aus den eigenen Reihen von Ihren ursprünglichen Planungen, den individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung abzuschaffen, wieder abgerückt. Und das ist auch gut so.

(*Frank Schmitt SPD*: Das hatten wir nie vor!)

– Jetzt sagen Sie nicht schon wieder, dass Sie das nie vorhatten. Ihre eigenen Kollegen würden diesen Punkt nicht ansprechen, wenn es angeblich nie vorgesehen war.

Wir Grüne glauben, dass in der Tat jetzt der richtige Zeitpunkt ist, noch einmal innezuhalten und unter Einbeziehung von externen Sachverständigen nach tragfähigen Lösungen zu suchen, die vor allen Dingen über die Legislaturperiode hinaus Bestand haben. Wir können uns genau deswegen die Einsetzung einer Enquete-Kommission richtig gut vorstellen. Die kann nämlich fachlich und wissenschaftlich an Lösungsmodelle herangehen, aber nicht parteipolitisch. Sie hat auch nicht nur die Kostenreduzierung im Blick.

Frau Leonhard, Sie sagten zwar, eine Enquete-Kommission komme für Sie nicht infrage, aber es fehlte leider die Begründung. Es war für Sie irgendwie nicht das richtige Mittel der Wahl. Ich weiß nicht, ob Sie eine Enquete-Kommission kennen, die sich wirklich fachlich und wissenschaftlich mit gewissen Punkten auseinandersetzt. Ich denke, das wäre sinnvoller. Eine Expertenanhörung, die wir auch machen, ist gut, und ich bin froh, dass wir sie gemeinsam vereinbart haben. Sie ist aber im Vergleich zu einer Enquete-Kommission eine Eintagsfliege und hat längst nicht die weitreichenden Konsequenzen.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Was haben Sie eigentlich drei Jahre lang gemacht?)

Ich stimme allen zu, dass die Umsteuerung von Hilfen zur Erziehung in Sozialräumen wichtig ist, aber wir reden jetzt über eine ganz andere Umsteuerung.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Aber woher wissen Sie, dass das richtig ist?)

Ich glaube, dass Sie noch nicht begriffen haben, welche Tragweite diese Umsteuerung hat, sonst würde die FDP-Fraktion nicht nur von Prävention und frühen Hilfen sprechen. Das ist völlig richtig, das ist auch wichtig, aber wir reden über eine richtig große Umsteuerung. Und ich glaube, Sie haben sie noch nicht ganz durchdrungen, das ist das Problem.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Schließen Sie nicht von sich auf andere, Frau Blömeke!)

Ich plädiere dafür, dass wir im Ausschuss alle gemeinsam noch einmal darüber reden und nachdenken. Die SPD-Fraktion hat auch alle Drucksachen überwiesen, das ist gut so. Im Mittelpunkt sollten immer die hilfebedürftigen Familien und Kinder stehen. Die Frage, welche Hilfe im Einzelfall nötig und richtig ist, ist entscheidend; entscheidend vor allem deswegen, damit nicht später aufgrund hoher Folgekosten alles noch viel teurer wird und wir den Schutz der Kinder gefährden. Wir müssen in diesem Punkt nachhaltig arbeiten, und deswegen wäre eine Enquete-Kommission das richtige Mittel der Wahl.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man kann feststellen, dass es eine Tendenz und einen Wunsch im Senat gibt, Rechtsansprüche auf Hilfen zur Erziehung langfristig zu kürzen. Mit dem A-Länder-Papier wollten die SPD-regierten Länder die letzte Stütze im Hilfsystem von Kindern und ihren Familien begrenzen. Die Begründung für die Begrenzung waren die

(Mehmet Yildiz)

steigenden Kosten im Bereich Hilfen zur Erziehung, was hier ebenfalls Thema ist. Halten wir aber fest, dass auch der öffentliche Druck diesmal so groß war, dass der Senat davon abgewichen ist. Das ist auch gut so.

Vielfach wurde behauptet, dass eine Sensibilisierung stattgefunden habe, dass die Menschen vermeintliche Kindeswohlgefährdungen früher melden. Die erhöhte Anzeigebereitschaft bei Kindeswohlgefährdung reicht für eine Erklärung aber nicht aus. Die Ursachen liegen woanders.

Erstens wurde die soziale Infrastruktur in dieser Stadt von allen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien mit Ausnahme von uns in den letzten Jahren gekürzt. Der ASD und die Offene Kinder- und Jugendarbeit sind völlig unterbesetzt. Die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen werden immer schlechter und viele Stellen sind nicht besetzt.

Zweitens hat die Privatisierung und Unterfinanzierung im Bereich der frühkindlichen Bildung sowie die Einführung des Gutscheinsystems dazu geführt, dass Kinder aus Erwerbslosen-, Geringverdiener- und Migrantenfamilien keine Ganztagsplätze bekamen, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem dritten Lebensjahr eingeführt worden ist und dass die Berufstätigkeit der Eltern im Vordergrund steht. Das Recht des Kindes auf Bildung steht im Hintergrund.

Drittens hat sich durch die Einführung der Hartz-IV-Gesetze die Armut unter Kindern und Jugendlichen bundesweit auf 3 Millionen verdoppelt. In Hamburg sind allein über 55 000 Kinder unter 16 Jahren von Hartz IV betroffen, dazu kommen noch Kinder und Jungerwachsene bis 25 Jahre, die trotz Problemen und Schwierigkeiten mit ihrem Elternhaus in einer Zwangsgemeinschaft leben müssen und denen ein eigenständiges Leben verwehrt wird. Hilfe zur Erziehung ist in einigen Fällen der einzige Weg für diese Jugendlichen, aus ihrer problematischen Situation herauszukommen; ganz abgesehen davon, dass diese Kinder und Jugendlichen durch die Verwahrlosungsmaschinerie Hartz IV ohnehin chancenlos sind.

Der Senat versucht nun, die Abschaffung des Rechtsanspruches mit den bezirklichen Kontrakten wieder einzuführen. Man verschiebt das Problem auf die Bezirke, und damit wird indirekt der Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung gekürzt. Es ist vorgegeben, wie viele Hilfen zur Erziehung gegenüber sozialräumlichen Angeboten gekürzt werden. Im Kontrakt des Bezirksamts Hamburg-Mitte ist angegeben, wie viele Fälle bis 2012 gekürzt oder begrenzt werden sollen, wenn sozialräumliche Angebote gefördert werden. Es sind jetzt 818 Fälle und bis 2012 sollen weitere 448 Fälle gekürzt werden. Das bedeutet eine Kürzung von 60 Prozent. Das ist wieder ein Abbau des Rechtsanspruches und das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Dann muss ich noch etwas sagen, Frau Blömeke. Sie haben diesen Kontrakten zugestimmt – nicht unterschrieben, aber zugestimmt. Was die Grünen auf Landesebene zu Recht kritisieren, führen Sie also auf Bezirksebene mit ein. Darüber müssen Sie innerhalb Ihrer Partei diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit den zusätzlichen 10 Millionen Euro, die zurzeit zur Verfügung gestellt werden, ist nicht einmal das Defizit durch die Kürzungen der letzten zehn Jahre beseitigt. Es handelt sich um einen langfristigen Prozess, der parallel zum Ausbau der sozialräumlichen Angebote stattfinden sollte. Man muss Geduld haben, mehr Geld investieren und nicht nur oberflächlich an dem Problem kratzen.

Die Anträge tragen das eine Ziel Kostenersparnis in sich; der Faktor Mensch, die Bedürfnisse der Kinder stehen im Hintergrund. Gleichzeitig werden Millionen in Prestigeprojekte gesteckt, da regt sich kein Mensch auf. Das verstehen die Menschen einfach nicht mehr. Wir müssen an den Ursachen arbeiten, weshalb so viele Kinder und Jugendliche kein angemessenes Leben führen können, statt die Symptome mit schnellen und billigen Mitteln zu bekämpfen. Die Expertenanhörung und Selbstbefassung ist ein Schritt. Langfristig, in den nächsten Monaten und Jahren, müssen wir das Problem wissenschaftlich unter die Lupe nehmen. Ohne diese Maßnahme geht es nicht. Daher möchte ich Senator Scheele darum bitten, unter anderem mit der Unterstützung des Bundes dafür zu sorgen, dass in den Kontrakten die Rechte der Kinder und Jugendlichen auf Hilfen zur Erziehung nicht weggespart werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Scheele.

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich würde mich freuen, wenn es uns gelänge, den wahrscheinlich länger dauernden Prozess zur Reform der Jugendhilfe und der Hilfen zur Erziehung gemeinschaftlich zu begehen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Ja, das sagen Sie immer!)

– Sie können das als Attitüde abtun, es ist aber keine.

(*Christiane Blömeke GAL:* Dazu gehört aber auch eine frühzeitige Information!)

– Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

Als erstes möchte ich hier feststellen – weil das immer eine Rolle spielt und auf der Tonspur mit-

(Senator Detlef Scheele)

schwingt –, dass der Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung nicht abgeschafft wird.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der eine oder andere meint, es sei ein Erfolg, dass wir das so machen und Sie hätten uns da hintragen müssen, dann nehmen Sie das als Erfolg. Tatsache ist, dass es im Papier meiner Behörde aufgeschrieben ist und gilt; etwas anderes streben wir nicht an. Wir streben auch keine Trägerbeschimpfungen an. Ich zumindest habe das nirgendwo getan und werde das auch künftig nicht tun. Jede einzelne Maßnahme im Bereich Hilfen zur Erziehung ist durch eine staatliche Stelle genehmigt, und insofern trägt der Staat selbst die Verantwortung für das, was dort geschieht. Man muss den ASD in den Bezirken aber auch in den Stand setzen, seine Steuerungsfunktion ausüben zu können. Der ASD hat in den vergangenen Jahren unter einer erheblichen Fluktuation gelitten, die daraus resultiert, dass dort strukturell weniger bezahlt wird als bei Anbietern mit anderen Tarifverträgen und im Umland. Das ändern wir jetzt. Wir gruppieren die Kolleginnen und Kollegen im ASD hoch, damit diese unheilvolle Fluktuation zum Stehen kommt.

(Beifall bei der SPD – *Mehmet Yildiz DIE LINKE: Wann?*)

– Ich hoffe, dass wir das zum 1. Januar nächsten Jahres erledigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum zweiten Punkt. Ich trage keine Attitüde zur Schau, sondern bin wöchentlich unterwegs und rede mit den Kolleginnen und Kollegen in den Bezirksämtern und mit den Jugendamtsleitern in den Bezirken. Denn nur, wenn man mit denen redet, kann man eine Fantasie entwickeln, wie Hilfen zur Erziehung umgesteuert werden. Das sind nämlich die Experten, die sitzen nicht in den Schreibstuben der Behörden, die sitzen vor Ort. Die sagen uns, dass ihre Personalausstattung schwierig ist. Darum kann man 25 Prozent der Mittel, die für sozialräumliche Angebote zur Verfügung stehen, auch in Personal stecken. Das wird im Doppelschritt dazu führen, dass etwas mehr Personal da ist und eine verbesserte Eingruppierung, sodass die ärgsten Nöte in den Allgemeinen Sozialen Diensten beseitigt werden und der ASD seine Steuerungsfunktion gegenüber den anderen Trägern der Jugendhilfe, die dann die Arbeit tatsächlich machen, vernünftig wahrnehmen kann. Der Staat ist gar nicht aktiv und hat nur den LEB (Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung), das ist aber etwas ganz anderes.

Unsere Vorstellung ist, dass die Regelangebote weitestgehend ausreichen sollten, um die Probleme zu lösen. Da habe ich inzwischen einiges gesehen und ich rate allen, sich auf die Straßen zu begeben und sich Beispiele anzuschauen, die gibt es nämlich schon. Heute Morgen waren wir im "Feu-

ervogel" im Phoenix-Viertel. Das sind eine Grundschule, eine Volkshochschule, eine Elternschule und ein Jugendzentrum in einem. Wenn Kinder dort den Unterricht stören – Abschlusung ist das Hauptproblem für außerhamburgische Unterbringung, die wir gar nicht mehr bezahlen können –, dann arbeiten die Professionen, die man braucht, um Jugendliche zu erziehen, nämlich Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen – das ist nicht nur eine Aufgabe für Lehrer – einvernehmlich im Rahmen der Schulkonferenz zusammen. Und es gibt zwei Räume, einer heißt Arizona, da ist es ein bisschen schöner, und einer ist ein bisschen strukturierter. Dahin werden die kleinen Heinis gesteckt, die allgemein als verhaltensoriginell bezeichnet werden.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Sie sollen aufschreiben und reflektieren, warum sie den Unterricht verlassen mussten. Das machen sie unter der Anleitung eines Erziehers, und dann gehen sie in den Unterricht zurück. Das heißt, in diesen Schulen gibt es keinen Schulverweis mehr, sondern das Problem wird intern im Zusammenwirken unterschiedlicher Professionen gelöst. Die Kinder nehmen am Unterricht teil und versäumen den Unterrichtsstoff nicht, denn wenn sie den auch noch versäumen, stören sie erst recht. Ich weise darauf hin, weil ich sagen will, dass man sieht, wie man es machen muss, wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht. Bei gutem Willen aller, die zusammenwirken müssen, erreicht man gute Ergebnisse.

Wir setzen weiter darauf – damit komme ich dann auch zum Schluss, den Rest können wir im Ausschuss beraten und in der Expertenanhörung –, dass frühe Hilfen, das Bundeskinderschutzgesetz mit einer jetzt sechsmonatigen Betreuung durch eine Hebamme, der Krippenplatz ab dem ersten Lebensjahr, die Elementarerziehung in der Kindertagesstätte, die ganztägige Betreuung an Schulen insgesamt zusammen mit der Freistellung von Kosten der fünfständigen Betreuung dafür sorgen, dass Kinder aus besonders problembeladenen Familien diese Angebote wahrnehmen und ein System entsteht, in dem immer dann, wenn Eltern ihren Erziehungsauftrag nicht erfüllen können, die öffentliche Erziehung dieses Defizit ausgleicht, damit Chancengerechtigkeit für alle Kinder entsteht, ganz gleich welcher Herkunft sie sind. Hilfen zur Erziehung sollen nicht abgeschafft werden, sondern um dieses System herumgruppiert und durch dieses System initiiert werden.

So steht es in unserem Papier und ich würde mich sehr freuen, wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten über diesen Ansatz der sozialräumlichen Orientierung, der sich eben nicht auf irgendwelche Projekte, sondern auf die Regelsysteme Kita und Schule bezieht, Einvernehmen erzielen könnten.

(Senator Detlef Scheele)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt benennen. Wir machen kein Sparprogramm, sondern wir versuchen, die Wachstumsraten abzuschmelzen. Wir möchten nicht mehr 8 Prozent Wachstum pro Jahr bei Hilfen zur Erziehung haben. Wenn wir 3 oder 4 Prozent hätten, wäre das ein großer Erfolg und es würde Spielräume erhalten, um freiwillige Leistungen, die in meiner Behörde auch angesiedelt sind, nicht einschränken zu müssen. Das ist ein großer Kraftakt. Ich bitte um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Eisold.

Gunnar Eisold SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bedauere jetzt ein bisschen, dass ich nicht die Gelegenheit hatte, nach Frau Blömeke zu reden; aber ich habe möglicherweise noch die Chance, wenn es allzu einseitig wird, was von Ihnen kommt. Frau Blömeke, eines ist ganz sicher: Eine Expertenanhörung in unserem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss ist keine Eintagsfliege, sondern wir haben der Anhörung in der sicheren Erwartung zugestimmt, Erkenntnisse aus ihr zu ziehen. Die Experten, die wir einladen, sollen dem Anspruch genügen, auskunftsfähig zu sein, uns als Parlamentsmitglieder weiterzuhelfen und in diesem Ausschuss mit Überzeugung mitzuarbeiten. Deshalb möchte ich Sie bitten, erst einmal ein bisschen zurückzustecken. Wir haben eine Selbstbefassung zusammen mit der Diskussion über diese Anträge im November. Wir werden uns im Januar im Rahmen einer Expertenanhörung sehr kundig machen. Lassen Sie uns doch dann darüber sprechen, wie es weitergeht.

Ich würde mir von Ihnen, Herr Yildiz, wünschen, dass Sie bei aller moralischen Empörung nicht zu einseitig werden. Herr Dr. Bischoff hat vorhin gerügt, dass hier Offenheit postuliert wird, die dann in der Praxis nicht da ist. Umgekehrt bitte ich Sie, doch endlich zu realisieren, dass aus der SPD heraus nie die Abschaffung eines Rechtsanspruches gefordert oder in die Welt gesetzt worden ist. Das ist einfach nicht wahr, das hat die SPD-Fraktion nicht getan und ich habe es von keinem Senatsvertreter gehört.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GAL:* Gehört nicht, bloß aufgeschrieben!)

Das macht mich allmählich etwas wütend, immer wieder genau diesen Sachverhalt strapazieren zu müssen.

Wenn so ein Geraune durch die Reihen geht, wenn über die Zusammenarbeit von Schule und Familienhilfe gesprochen wird, dann sage ich, dass das in der Tat in den letzten zehn Jahren wichtiger geworden ist. Die Diskussion über die Umsteue-

rung im Bereich Hilfen zur Erziehung hat nicht heute begonnen, auch nicht unter Schwarz-Grün, sondern ist schon ein bisschen älter. Das kann jeder nachlesen, und jeder, der hier ein bisschen länger dabei ist, weiß das auch.

Zum nächsten Punkt. Wenn man durchsieht, was 1999 und 2000 für Maßnahmen auf dem Tisch lagen, dann ist das gar nicht so weit entfernt von den Strukturelementen, die wir heute vom Senat richtigerweise vorgelegt bekommen. Wir haben zwischendurch aber eine andere politische Situation in Hamburg gehabt. Das haben auch Sie, Herr Wersich, zu verantworten, dass das, was an guten Steuerungsinstrumenten damals schon angelegt war, nicht umgesetzt worden ist. Sie haben stattdessen versucht, eine Steuerung ohne Zusammenarbeit mit den Bezirken hinzubekommen; Sie haben sogar den Bezirken, die erfolgreich waren, die Mittel gekürzt und damit der Weiterentwicklung der Jugendhilfe in Hamburg den Boden unter den Füßen weggezogen. Das war falsch.

(*Dietrich Wersich CDU:* Wann war das? Wovon sprechen Sie denn?)

Sie hatten unter Schwarz-Grün auch nicht den Mut, wieder umzusteuern. Heute kritisieren Sie uns dafür, dass wir die Kartoffeln aus dem Feuer holen, die Sie dort haben liegen lassen. Herr Wersich, schauen Sie sich die Unterlagen einmal an; schauen Sie sich an, was Ihre Vorgängerin als Sozialsenatorin in den Jahren 2001, 2002 und 2003 getan hat.

(*Dietrich Wersich CDU:* Ach, Sie meinen gar nicht mich!)

– Zu Ihnen komme ich gleich noch, Herr Wersich.

Sie werden feststellen, dass das, was an Maßnahmen und Konzepten zur Umsteuerung da war, nicht umgesetzt worden ist. In den folgenden Jahren haben wir eine Situation gehabt, in der die Fallzahlen aus dem Ruder gelaufen sind. Es fällt in Ihre Verantwortung, dass keine Steuerungsmaßnahmen gegriffen haben und umgesetzt worden sind, sondern dass wir heute in der Situation sind, genau das abarbeiten zu müssen. Ich begrüße es, dass der Senat das tatkräftig angeht und endlich versucht, eine Richtung in der Jugendhilfe zu finden, die uns alle weiterbringt.

(Beifall bei der SPD)

Neu ist in diesem Zusammenhang der Aspekt, dass wir mehr Ganztagschulen bekommen, übrigens auch ein Projekt, das Sie zwar zusammen mit Frau Goetsch begonnen haben, aber wo Ihnen der Mut zur Umsetzung fehlte. Wir werden das in den nächsten Jahren tun und haben damit neue Möglichkeiten für Instrumente in der Jugendhilfe. Darauf freuen wir uns. Es ist eine Chance zur Weiterentwicklung, der wir uns stellen wollen und der sich hoffentlich auch, da bin ich ganz sicher, die Träger

(Gunnar Eisold)

stellen und uns mit Ihren Ideen und Vorschlägen dabei unterstützen werden. Es geht darum – das hat auch Frau Blömeke benannt und dem will ich natürlich zustimmen –, dass die Kinder und Jugendlichen und ihre Familien, die Hilfe brauchen, diese auch weiterhin in guter Form bekommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, wenn die Begeisterung keine Grenzen kennt, wenn ich nach vorn komme.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das haben Sie falsch gedeutet!)

Mich juckt es nach der Rede von Senator Scheele in den Fingern. Herr Senator, Ihre Fallbeispiele sind genau die, die mich daran zweifeln lassen, dass diese Umsteuerung gelingen wird. Wir reden doch nicht über Kinder, die den Unterricht stören. Es ist doch völlig unstrittig, dass es mit einem Personalmix und in einer Schulkonferenz, wenn alle Professionen und Gremien der Schule zusammenarbeiten, gelingt, diese Kinder wieder einzufangen und in den Unterricht zu integrieren. Wir sprechen doch über ganz andere Fälle und wir wissen genau, wie diese aussehen; Lara Mia hat es uns vorgemacht. Das sind Fälle von Familien, in denen Kindesvernachlässigung herrscht, wo die Eltern, oft alleinerziehende Mütter, heftige Symptome von Borderline haben, wo psychische Erkrankungen vorliegen und so weiter. Wer aus dem Fach kommt, weiß, über welche Familien wir sprechen. Wenn man dann erklärt, dass die individuelle Familienhilfe zur Ausnahme wird und dass man erwartet, dass diese Familien in den Sozialraum gehen, in Eltern-Kind-Zentren zum Beispiel, dann ist das ein hehres Ziel. Das war auch jetzt schon immer Bestandteil unserer Hilfeplanung. Wer aber erwartet, dass alle Familien dieser Art so erreicht werden können, der irrt. Mit dieser Meinung stehe ich nicht alleine da, sondern zusammen mit anderen Fachexperten und nicht zuletzt mit den Jugendamtsleitern. Genau diese Beispiele, Herr Senator Scheele, machen es mir so schwer zu glauben, dass Sie auf dem richtigen Weg sind.

Natürlich, Herr Eisold, nehme ich Ihnen ab, dass Sie selber nie den Rechtsanspruch abschaffen wollten. Es gibt noch einen alten Streit in der SPD-Fraktion, Thomas Böwer hat sich überall öffentlich dagegen ausgesprochen. Aber wir haben dieses Papier vorliegen und mussten im Jugendausschuss lernen, dass ein Papier, das von Staatsrat Pörksen geschrieben ist und aus der Behörde her-

ausgeht, nicht unbedingt ein Papier ist, das der Senator gesehen hat. Deswegen sagt der Senator auch, er sei nie dafür gewesen. Ich finde das sehr fremd und fragwürdig. Für mich ist der Senator der Vorstand der Behörde. Ich glaube nicht, dass Herr Pörksen ein Papier herausgibt, ohne dass Sie das gesehen haben und ohne dass der Senat dahintersteht. Diese Initiative ist von Hamburg ausgegangen und in dem Papier steht deutlich drin, dass der Rechtsanspruch abgeschwächt werden soll und dass es ihn so nicht mehr geben soll. Ich bin froh, dass wir den Senat zur Umkehr bringen konnten und wir werden sehen, wie es weitergeht.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, ich habe wenig Zeit, ich will ein paar Bemerkungen machen.

Erstens: Der Senat hatte – das hat Frau Blömeke auch erwähnt – mit dem A-Länder-Papier das Ziel, die Rechtsansprüche zu kürzen oder abzubauen. Herr Eisold, das muss Ihnen nicht passen. Das Schlimme dabei ist, dass man das, was mit diesem Papier nicht erreicht worden ist, jetzt im Rahmen der Kontrakte mit den Bezirken zu vereinbaren versucht. Ich will Ihnen das Zitat vorlesen, das unter den Zielzahlen steht:

"Das Bezirksamt Hamburg-Mitte und die BASFI verpflichten sich, im Doppelhaushalt 2011/12 durch die Umsetzung des Programms 'Neue Hilfen' und weitere Steuerungsbemühungen zum Erreichen der festgelegten Ziele beizutragen."

Wissen Sie, wie viele Fälle das sind? 448. Das bedeutet, da wird durch mehr Umsteuerung im Bereich ASD – und es ist richtig, dass 25 Prozent dort hineingehen, denn der Bereich ist unterbesetzt – erreicht, dass die Fälle jetzt mehr in den allgemeinen Sozialraum gehen, was langfristig nicht falsch ist. Diese Menschen haben so viele individuelle Probleme und sie brauchen diese Unterstützung. Daher ist meine Forderung, dass die Systeme parallel laufen müssen. Es kann nicht sein, dass wir das, was in zehn Jahren versäumt wurde, in einem Jahr geradebiegen müssen.

Zweitens: Wenn Herr Scheele redet, freue ich mich immer, denn er sagt vieles, was ich immer gefordert habe. Das kommt selten bei einem Senator vor.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir liefern!)

Aber was mich traurig macht, ist, dass er hier Krokodilstränen fließen lässt, aber nichts sagt, wenn es ein Ergebnis gibt. Herr Scheele, Sie haben die Schule im Phoenix-Viertel als Beispiel angeführt.

(Mehmet Yildiz)

Warum tun Sie nichts dafür, dass die Häuser der Jugend personell besser besetzt werden? Sie machen eine tolle Arbeit, was Sie auch als Ziel haben. Aber warum warten Sie auf den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz 2013, sodass Sie auch vom Bund Geld bekommen? Das Ziel, das Sie angeben, ist richtig und das unterstütze ich vollkommen. Aber warum tun Sie jetzt nichts, sodass der Rechtsanspruch früher kommt?

Ich will diese Bereiche nicht weiter ausführen, aber ich bitte Sie, nicht nur zu reden und am Ende zu sagen, dass nichts herauskomme. Da muss auch etwas herauskommen, das ist meine Forderung an Sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Wer einer Überweisung der Drucksachen 20/1583, 20/1280 und 20/1577 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 20/1581 Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Ganzjährige Grundversorgung in der Wohnungsnotfallhilfe statt ständig wiederholter Winternotprogramme für Hamburg.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Ganzjährige Grundversorgung in der Wohnungsnotfallhilfe statt ständig wiederholter Winternotprogramme für Hamburg!
– Drs 20/1581 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Özdemir, bitte.

Damit ich Frau Özdemir nicht gleich unterbrechen muss, wäre es hilfreich, wenn die Gespräche, insbesondere von weit auseinanderliegenden Bankreihen zu einzelnen Kollegen, unterbleiben. Dann kann jeder Frau Özdemir zuhören. Frau Özdemir, Sie haben das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist bereits viel über das Problem der Obdachlosigkeit geredet worden. Als Fazit kann wohl festgehalten werden, dass wir langfristige Lösungen brauchen und in diese Lösungsfindung auch die Betroffenen und Beteiligten miteinbezogen werden müssen. Die Proteste am Wochenende gegen die Vertrei-

bung von Obdachlosen haben gezeigt, dass die Obdachlosen in Hamburg dazugehören.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind Menschen, die es in unserer Gesellschaft besonders schwer haben, und es macht keinen Sinn, sie zu vertreiben. Vertreibung ist unmenschlich und löst auch keine Probleme, wie wir am aktuellen Beispiel gesehen haben. Das gilt für Brücken, das gilt aber auch für den Hauptbahnhof. Unsere Aufgabe ist es, Probleme durch politische Konzepte zu lösen. Wie Sie wissen, folgt auf jeden Sommer ein Herbst und dann der Winter; meistens ein sehr kalter Winter. Deshalb brauchen wir eine Lösung für das gesamte Jahr und nicht ständig neu aufgelegte Winternotprogramme.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein systematischer Ausbau der Übernachtungs- und Hilfsangebote ist sehr wichtig, denn diese Angebote müssen sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Es muss kurzfristige Unterstützung und langfristige Perspektiven geben. Schon im Sommer waren die Notunterkünfte überfüllt. Das bedeutet, dass wir im Winter doppelt so viele Schlafplätze wie im Sommer brauchen. Vor allem benötigen wir Einrichtungen in Innenstadtnähe, damit diese auch gut erreichbar sind.

Meine Damen und Herren! Was wir nicht brauchen, sind Bunker als Erfrierungsschutz. Wir sind mit allen Fraktionen einer Meinung, dass diese Unterbringung menschenunwürdig war und in Hamburg nicht wiederholt werden darf.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Ksenija Berkeris SPD*)

Für die verschiedenen Zielgruppen sind spezielle Angebote notwendig. So brauchen Frauen eigene Räume und Jugendliche auch; junge Menschen müssen gesondert untergebracht und beraten werden. Die gemeinsame Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen ist problematisch, das hat sich auch in der letzten Zeit gezeigt. Das muss aufhören, weil hier zu viele verschiedene Probleme aufeinandertreffen.

Dann kommen wir zu den vieldiskutierten osteuropäischen Obdachlosen, die ebenfalls eine spezifische Ansprache benötigen. Herr Senator Scheele hat bereits die Einrichtung einer entsprechenden Anlaufstelle angekündigt. Herr Scheele hat in seiner Rede in der Aktuellen Stunde darauf hingewiesen, dass es einen polnischen Sozialarbeiter gibt, aber das reicht nicht aus. Der polnische Sozialarbeiter kann nur die polnischsprachigen Obdachlosen betreuen. Es gibt aber bei den osteuropäischen Ländern zum Beispiel aus Rumänien und weiteren Ländern auch Obdachlose, die kein Polnisch verstehen.

Ansonsten tut die Sozialbehörde offenbar lieber Gutes im Verborgenen. Laut Pressemeldung sollen

(Cansu Özdemir)

160 Schlafplätze in der Spaldingstraße eingerichtet werden. Dieses soll aber nicht bekannt gegeben werden, damit die Obdachlosen nicht nach Hamburg kommen. Das sagte eine Sprecherin der Sozialbehörde dem "Hamburger Abendblatt". Zu Beginn des Winternotprogramms in einem Monat sollen also 160 Menschen dort übernachten können, aber wissen sollen sie das nicht. Das hört sich nicht logisch an.

(Beifall bei der LINKEN)

Ausreichende Übernachtungsplätze wird es nicht geben, also wird sich das Angebot bei den Betroffenen herumsprechen, ohne dass dafür Werbung gemacht wird. Eine weitere Zielgruppe sind Obdachlose mit Hunden, die häufig nicht in den Einrichtungen schlafen wollen, weil sie dort ihre Hunde nicht mitnehmen dürfen. Wenn das einzige Lebewesen, dem sie vertrauen, ihr Hund ist, so ist es verständlich, dass sie den nicht auf der Straße allein lassen, während sie im Warmen übernachten. Das ist für Obdachlose mit Hunden ganz klar, und deshalb muss es für diese Menschen besondere Angebote geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem fordern wir, dass Obdachlose kostenlos den öffentlichen Nahverkehr nutzen können. Die Inhaftierung von Menschen, die keine Fahrkarte hatten, weil sie sich keine leisten konnten, kostet wahrscheinlich mehr als das. Außerdem dürfen die Bahnhöfe im Winter für Obdachlose nicht geschlossen werden. Sie sollten sich auch in der Stadt frei bewegen können, ohne dass sie vertrieben werden. Deshalb wollen wir, dass das Übernachten unter Brücken und in Grünanlagen erlaubt wird. Damit meinen wir nicht, dass Brücken geeignete Schlafplätze sind, aber bis ausreichend Schlafplätze zur Verfügung stehen, darf niemandem verwehrt werden, unter einer Brücke bei Wind und Regen Schutz zu suchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme nun zum Schluss und denke, dass deutlich geworden ist, dass in Hamburg ein Konzept zur Grundversorgung obdachloser Menschen dringend notwendig ist. – Danke

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Bekeris.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Bekämpfung von Obdachlosigkeit ist wichtig, und ich finde es immer gut, wenn wir es hier diskutieren. Das muss allerdings mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit geschehen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was soll das denn heißen?)

Die SPD-Fraktion hat sich in der letzten Legislaturperiode intensiv mit dem Thema beschäftigt. Wir haben die Ergebnisse im Dezember 2010 bereits hier im Plenum diskutiert, und vor der Neuwahl haben wir ein Konzept für Hamburg beschlossen; das war die Drucksache 19/8015. Und wenn ich Herrn Joithe richtig erinnere, geschah das mit der vollumfänglichen Unterstützung der LINKEN. Und dies ist und bleibt auch weiterhin die Position der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Der SPD-Senat hat angefangen, Schritt für Schritt dieses Konzept umzusetzen. Viele der ersten Maßnahmen sind in der Aktuellen Stunde genannt worden. An Ihrem Antrag ist Vieles auch gar nicht falsch,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist ja erstaunlich!)

aber es sind zielführende Planungen wichtig, die eine langfristige Perspektive eröffnen und keine Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen darstellen. Das ist nicht nur wichtig für die Stadt, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen, denn sie alle brauchen Planungssicherheit. Vor allem aber ist es wichtig für die Männer und Frauen, die keine Wohnung haben und auf unsere Hilfe angewiesen sind. Da ist es wenig hilfreich, immer wieder einzelne Maßnahmen in den Raum zu werfen.

Kurz zum Winternotprogramm. Natürlich würde ich mir wünschen, die Regelversorgung wäre so gut, dass wir das Winternotprogramm nicht mehr benötigen. Soweit sind wir noch nicht, aber wir arbeiten zusammen mit allen Bezirken mit Hochdruck daran. Im Gegensatz zum Vorgängerssenat wird dieser Senat nicht sehenden Auges in ein Desaster laufen, so, als wäre der Winter in Hamburg eine Überraschung. Im Gegensatz zum vorigen Senat werden wir nicht einen feuchten und schimmeligen Bunker ohne ausreichende sanitäre Anlagen und ohne Tageslicht in den Zimmern als Notlösung anbieten. Diesen Winter wird es für obdachlose Menschen eine menschenwürdige Unterbringung zum Schutz vor Erfrieren geben. Das ist ein wirklicher Fortschritt gegenüber der jüngsten Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit liegt mir am Herzen und so, wie ich es verstanden habe, allen anderen hier im Hause auch. Die Große Anfrage der Grünen liegt bereits im Ausschuss. Ihren Antrag werden wir – mit all seinen Mängeln – überweisen, und ich freue mich auf eine Diskussion. Wie wichtig das Thema ist und wie sehr es uns alle bewegt, haben wir in der Aktuellen Stunde bereits gehört. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Wolff.

Katharina Wolff CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine Verbesserung der Situation notleidender Menschen in unserer Stadt ist nicht nur dieser Tage ein sehr wichtiges Anliegen. Daher die Aktuelle Stunde und, wie ich gehört habe, hatten sich schon im Vorfeld alle Parteien geeinigt, dass wir dieses wichtige Thema im Ausschuss noch einmal ausführlich diskutieren. Zu dem Antrag stellen sich mir noch ein paar Fragen, denn ich vermisste die zentrale Frage, nämlich die nach der Finanzierung des Ganzen.

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Etwas pauschal erscheinen mir die Forderungen nach einer generellen Verdoppelung der Sofortunterbringungsplätze im Winter im Verhältnis zum Sommer und ebenso die Einrichtung einer Sofortunterbringung mit mindestens 100 Plätzen. Die Forderung nach kostenfreier Fahrt im HVV fällt meines Erachtens auch nicht unbedingt unter eine realistische und finanzierbare Forderung. Und Punkt 21 schließe ich mich an: Der Zaun muss weg.

Insgesamt ist der Antrag eine sehr gute Anregung zur Diskussion. Ich denke auch, dass wir im Ausschuss auf einen gemeinsamen Nenner kommen können. Daher plädiere auch wir dafür, diesen Antrag zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Fegebank.

(Olaf Ohlsen CDU: Genauso kurz!)

Katharina Fegebank GAL:* – Genauso kurz wird hier gefordert? Ich bemühe mich.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach der Aktuellen Stunde, die von Herrn Senator Scheele genutzt wurde, um sehr ausführlich zu berichten, was der SPD-Senat bereits auf den Weg gebracht hat, was er plant und planen wird, ist es gut und wichtig, diese Runde noch einmal zu haben, wichtig, weil die Debatte eine Gruppe in den Mittelpunkt rückt, der sonst nicht ganz so viel Aufmerksamkeit in diesem Hause geschenkt wird und die auch sonst keine große Lobby hat.

Herr Senator Scheele, ich habe durchaus Ihre Aufforderung zur Kenntnis genommen, Ihre großartigen Vorhaben zu unterstützen. Wir werden Ihnen sicherlich keine Steine – das Wort ist heute schon häufiger gefallen – in den Weg legen, sondern aktiv als Grüne daran mitarbeiten, dass sich die Situation im Frühjahr, im Sommer, im Herbst wie im Winter für Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen verbessert.

Lassen Sie mich aber anlässlich des Antrags der LINKEN noch zwei, drei, vier Anregungen geben. Es ist auffällig, dass einige Bezirke und besonders der Bezirk Hamburg-Mitte überproportional viele Menschen in öffentliche Unterbringungen aufnehmen. Andere Bezirke leisten daran nur einen geringen Anteil. Mein Appell an die Verhandlungen, die Sie mit den Bezirksfraktionen, den Bezirksversammlungen und Bezirksämtern gerade führen, ist, sehr sachlich, sehr ausgewogen und möglichst unter Beteiligung der Menschen vor Ort zu diskutieren. Ich erinnere mich an eine Debatte letztes Jahr im Bezirk Hamburg-Nord um die Gebäude am Alsterberg. Dort wurden gegen den Widerstand der SPD, wenn ich mich richtig entsinne, neue Plätze für Obdachlose und Flüchtlinge gefordert. Dann hat man aber in einem gemeinsamen Verfahren dafür gesorgt, dass diese Plätze am Ende entstanden sind. Ich wünsche mir mehr solcher Gesprächsrunden, Runder Tische, ohne den Begriff überstrapazieren zu wollen, dass vor Ort Lösungen gefunden werden, die den unterschiedlichen Situationen von Obdachlosen Rechnung tragen. Das ist ganz wichtig.

Ich komme zum nächsten Punkt, der Spaldingstraße. So gut es ist, von der Bunker-Lösung Abstand zu nehmen – denn das ging und geht gar nicht –, so wichtig ist es, neue Unterkünfte, von denen ich gehört habe, dass sie hauptsächlich für die aus Osteuropa gekommenen Bulgaren und Rumänen zur Verfügung gestellt werden sollen, den Bedarflagen entsprechend auszugestalten. Es gibt Obdachlose, die psychisch nicht in der Lage sind, in großen Unterbringungen zu wohnen. Das heißt, es gibt sehr unterschiedliche individuelle Bedürfnisse, die ein abgestimmtes Angebot, auf Zielgruppen zugeschnittene Maßnahmen und eine entsprechende psychosoziale Betreuung notwendig machen.

Der dritte Punkt bezieht sich auf die aus Osteuropa stammenden Obdachlosen. Da möchte ich zunächst ein Plädoyer an die Wirtschaft senden. Manche Unternehmen beschäftigen diese Menschen weit unter einem wie auch immer gearteten Mindestlohn. Diese Menschen werden teilweise als Tagelöhner ausgebeutet. Deshalb können sie sich keine reguläre Unterkunft suchen. Das ist eine Debatte wert, die wir vielleicht zu anderer Zeit in diesem Hause führen können. Welche Verantwortung haben eigentlich öffentliche und private Unternehmen in dieser Frage?

(Beifall bei der GAL)

Zum Thema Wohnungen. Der Rechnungshofbericht hat Anfang dieses Jahres die deutlich verfehlten Zielzahlen in der Wohnungswirtschaft kritisiert. Ich würde mir wünschen, dass hartnäckiger mit den einzelnen Wohnungsbaugenossenschaften und der Wohnungswirtschaft insgesamt verhandelt wird, um tatsächlich mehr Wohnraum zu schaffen; sowohl zur Versorgung von Obdachlosen als auch

(Katharina Fegebank)

für Wohnungsnotfälle. Ähnlich wie in München sollte es heißen: Weg mit dem Winternotprogramm, mehr ganzjährige Versorgung. Das ist übrigens auch eine Forderung von Hinz&Kunzt. Schauen wir uns die Strategie in München an. Erstens gab es in München sehr viel weniger Obdachlose und zweitens hat man sehr viel mehr Geld in die Hand genommen, um mit einem Wohnungsversorgungskonzept für Notfälle und einem besonderen Wohnungsbauprogramm die Zahl von 609 im Jahr 1995 auf knapp 340 im Jahr 2007, also um fast 45 Prozent zu senken. Ich könnte mir vorstellen, obwohl die Fallzahlen hier deutlich höher sind, dass dies auch ein Weg für Hamburg wäre. Dazu brauchen wir den gemeinsamen politischen Willen in diesem Haus und in den Bezirken. Vor allem – da müssen wir ehrlich sein – braucht man auch das Geld und muss man bereit sein, dieses Geld in die Hand zu nehmen. Das sehe ich bei einigen Punkten im Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht. Aber ich glaube, dass der Antrag gute Ansätze zeigt, die wir im Ausschuss diskutieren müssen.

In Bezug auf das umfassende Paket, das Sie, Herr Scheele, vorhin präsentiert haben, würde ich mir wünschen, dass es mit Zahlen unterlegt wird und dass der Mut da ist, vielleicht ein bisschen mehr Geld in die Hand zu nehmen. In einer Frage scheinen wir uns einig zu sein: Es geht um die Menschen und es geht darum, ihnen ein menschenwürdiges Leben zu jeder Jahreszeit zu ermöglichen. Da haben Sie uns an Ihrer Seite. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Kaesbach.

Martina Kaesbach FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir erleben wieder einmal, dass die LINKE den zweiten Schritt vor dem ersten macht. In Hamburg sind 1029 Menschen obdachlos. Das ist die aktuellste Zahl, die wir haben, nur stammt diese Angabe vom März 2009. Das kritisieren Sie in Ihrem Antrag zu Recht. Wir brauchen dringend eine aktuelle Bestandsaufnahme. Das hält Sie aber nicht davon ab, weitreichende Forderungen zu stellen, ohne den konkreten Bedarf zu kennen. Das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei der FDP)

Es stimmt, dass das Pik As seit Monaten chronisch überbelegt ist. Das Gleiche gilt für die Frauenübernachtungsplätze. Beide Beispiele werden immer wieder gern herangezogen. Das System der Unterbringung ist aber nicht per se überlastet. Es gibt zahlreiche Einrichtungen, die eine Auslastung von gerade einmal 70 Prozent haben; das ging aus der Großen Anfrage der LINKEN hervor. Warum das so ist und wie wir diese Einrichtungen attraktiver machen können, müssen wir uns genauer an-

schauen, und dazu fordern wir Liberale den Senat auch auf.

Meine Damen und Herren! Wir haben es mit einer sich ändernden Problemlage zu tun. Wir beobachten einen Zustrom von Menschen aus Osteuropa, die hierher kommen, um zu arbeiten, denen es aber nicht gelingt, eine Arbeitsstelle zu finden und die auf der Straße landen. Der Ansatz des Senats, mit den entsprechenden Konsulaten in Kontakt zu treten und an einem gemeinsamen Hilfesystem zu arbeiten, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir stehen vor einer Herausforderung, für die wir bisher keine zufriedenstellende Lösung gefunden haben. Wir dürfen uns aber auch keine Illusionen machen. Wir werden nicht jeden einzelnen Obdachlosen mit Hilfsangeboten erreichen, weil er diese Hilfe schlichtweg nicht will. Allen anderen muss natürlich jede Hilfe zukommen, die nötig ist, um ihre Lage zu verbessern. Das Vorhaben des Senats, mit den Bezirken über neue Unterkunftsmöglichkeiten zu verhandeln, verfolgen wir kritisch. Aktuell erhält man allerdings den Eindruck, dass Ihre Behörde, Herr Senator Scheele, eher für Verunsicherung statt Klarheit sorgt.

(Beifall bei der FDP)

Im Bezirk Harburg zum Beispiel kommen jeden Tag andere Angaben zu möglichen Standorten und Unterbringungszahlen. Momentan scheint der Senat eher Interesse daran zu haben, dass die Bezirksversammlung und die engagierten Bürger gegeneinander aufgebracht werden. Sorgen Sie für Klarheit und machen Sie bitte Ihre Hausaufgaben.

(Beifall bei der FDP)

Der Antrag der LINKEN schießt in einigen Forderungen über das Ziel hinaus. Wir fordern eine neue Bestandsaufnahme, damit danach über die Verbesserung der Angebote nachgedacht werden kann. Daher können wir diesem Antrag nicht zustimmen, sind aber für eine Überweisung an den Sozialausschuss.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/1581 in der Neufassung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 31 der Tagesordnung, dem Antrag der SPD-Fraktion: Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand.

[Antrag der SPD-Fraktion:

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand

– Drs 20/1588 –]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/1687, 20/1693 und 20/1698 Anträge der CDU-, FDP- und GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Bessere Förderung für Hamburgs Mittelstand!
Braucht Hamburg eine Investitionsbank?**

– Drs 20/1687 –]

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand**

– Drs 20/1693 –]

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Investitionsbank solide vorbereiten und Risiken genau prüfen**

– Drs 20/1698 –]

Alle vier Drucksachen möchte die CDU-Fraktion federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien und mitberatend an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen überweisen. Die SPD-Fraktion möchte nur die Drucksache 20/1693 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Völsch bitte.

Thomas Völsch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gutes Regieren heißt, sich nach der Wahl daran zu halten, was man vor der Wahl angekündigt hat.

(Robert Heinemann CDU: Ja, das wäre eine gute Idee!)

Wir haben vor der Wahl angekündigt, dass wir die Vergabe von Förderprogrammen, Krediten und Bürgschaften durch die Gründung einer Investitionsbank bündeln wollen, und Ihnen jetzt den entsprechenden Antrag dazu vorgelegt.

Gutes Regieren heißt aber auch, am Ball zu bleiben und ein Ziel gegebenenfalls etwas hartnäckiger zu verfolgen, und es heißt auch, Dinge zu Ende zu bringen. Wir haben in den letzten Jahren insgesamt sieben Anträge zu diesem Thema eingebracht. Sie sind alle abgelehnt worden. Sie sind teilweise mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der GAL und der SPD abgelehnt worden. In der letzten Legislaturperiode sind sie gegen die Stimmen der SPD durch die Stimmen von CDU und GAL abgelehnt worden. Sie werden mir nachsehen, dass ich heute von einem anderen Abstimmungsergebnis als in der Vergangenheit ausgehe.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die Stadt Partner und Dienstleister für die Wirtschaft ist und dass sich die ver-

meintlich kleinen Dinge in den Genehmigungsverfahren des Behördenalltags nicht zu Hindernissen hochschaukeln. Dazu gehört, neben anderem, die Schaffung einer Investitionsbank, bei der staatliche Fördermaßnahmen – von der Wirtschaftsförderung über den Wohnungsbau bis hin zu Umwelt und Klimaschutz – gebündelt werden können. Schriftliche Kleine Anfragen, auch von Oppositionsabgeordneten, zum Beispiel die des Kollegen Kluth, können sehr hilfreich sein und Aufschluss über die Vielfalt der Förderprogramme geben.

Die Kollegin Prien hat sich in der letzten Woche leicht skeptisch bezüglich der Erfahrungen mit staatlichen Banken in Deutschland und speziell in Hamburg geäußert. Ich habe mich natürlich gefragt, welche Bank sie in diesem Zusammenhang gemeint haben kann, denn die HSH Nordbank kann sie nicht gemeint haben. Sie war nach Auffassung der letzten CDU-Finanzsenatoren eine international tätige Geschäftsbank und hatte mit einer – in Anführungsstrichen – langweiligen staatlichen Landesbank nichts mehr zu tun. Aber Hamburg ist inzwischen das einzige Bundesland, das auf eine Investitionsbank oder ein vergleichbares Institut verzichtet hat. Alle anderen Bundesländer verfügen selbstverständlich über eine solche Einrichtung, die als wirtschaftspolitischer Instrumentkasten Förderprogramme bündeln kann, Förderpolitik umsetzt und privaten wie auch öffentlichen Ansprechpartnern beratend zur Seite stehen kann.

Die Wohnungsbaukreditanstalt könnte eine solche Investitionsbank werden, ich betone ausdrücklich "könnte". Sie arbeitet auf ihrem jetzigen Geschäftsfeld hoch erfolgreich, ist allerdings auf die Wohnungsbauförderung beschränkt. Die andere Aufgabe, die sie zurzeit noch hat, nämlich die Frage der Studiengebühren, entfällt glücklicherweise demnächst. Das ist eine gute Gelegenheit, über neue Geschäftsbereiche zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir mit unserer Initiative nicht völlig daneben liegen, zeigt die Tatsache, dass es drei Zusatzanträge gibt. Zwei davon – wenn Sie ehrlich sind, meine Damen und Herren von der CDU und der GAL – weichen nicht so sehr von unserem Originalantrag ab. Sie äußern ein paar Bedenken und wollen, dass ordentlich geprüft wird. Ich kann Ihnen versichern, das wird passieren. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass unser Antrag nicht lautet, die WK umzuwandeln, sondern eine Umwandlung vorzubereiten, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein zu prüfen, und nicht zu vereinbaren, und der Bürgerschaft bis Ende dieses Jahres zu berichten.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ja, was wollt Ihr denn?)

(Thomas Völsch)

Dieser Bericht wird dann auch Ende des Jahres vorliegen und wir werden ihn sicherlich ausführlich in den zuständigen Ausschüssen beraten und schließlich entscheiden können, wie wir weiter vorgehen. Deshalb, so leid es mir tut, werden wir Ihre beiden Anträge ablehnen.

Etwas anderes ist es mit dem Antrag der FDP. Der greift tatsächlich ein weiteres Thema auf, nämlich die Frage der Evaluation der einzelnen Förderprogramme. Das ist ein Aspekt, den wir bisher nicht beachtet haben und deshalb werden wir diesen Antrag auch an den Wirtschaftsausschuss überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GAL*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Prien.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann erfreut feststellen, dass wir uns offensichtlich über die Notwendigkeit einer Verbesserung der Mittelstandsförderung in Hamburg einig sind. Das jedenfalls deuten die Anträge der verschiedenen Fraktionen an. Mit den Mittelstandsvereinbarungen I und II haben die CDU-geführten Vorgängersenate gemeinsam mit den Kammern wesentliche Voraussetzungen für eine höhere Standortattraktivität geschaffen. Aus der grundsätzlichen Überzeugung, dass staatliche Wirtschaftsförderung immer nur subsidiär im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe und nicht als bloße Subventionsgewährung organisiert sein sollte, haben sich die Kammern und der Senat seinerzeit auf ein Drei-Säulen-Modell der Wirtschaftsförderung verständigt. Zu Recht ist dieses Modell aber immer wieder Gegenstand einer kritischen Überprüfung gewesen. In der Mittelstandsvereinbarung von 2008 wurde entsprechend nachjustiert. Insbesondere mit dem räumlichen Zusammenrücken der verschiedenen Förderinstitutionen im Hamburger Wirtschaftszentrum in der Habichtstraße unter Einsetzen eines Förderlotsen als Front-Office gab es weitere Schritte zur Integration und zur Verbesserung der Vermarktung der Hamburger Wirtschaftsförderung. Ich muss aber auch sagen, dass bereits der CDU-geführte Senat 2009 der Auffassung war, dass diese Maßnahmen mittel- und langfristig nicht ausreichen. Erste, vom Senat damals in Auftrag gegebene Einschätzungen und auch der Bericht des Landesrechnungshofes aus dem Frühjahr dieses Jahres empfehlen tatsächlich eine Überprüfung der Förderinstrumente und der Fördereinrichtungen.

Die große Anzahl sich teilweise überschneidender Förderprogramme ist unübersichtlich, die Bündelung der Angebote und insbesondere die Abstimmung des Marketings der verschiedenen Fördereinrichtungen sind nicht zufriedenstellend und be-

dürfen dringend einer Verbesserung. Dies gilt umso mehr in Zeiten knapper Kassen. Allerdings fehlt es bisher an einer professionellen Analyse der zukünftigen Bedarfe und der Notwendigkeit einer eigenständigen Investitionsbank. Kosten und Risiken sind bisher nicht abgeschätzt. Darüber hinaus sieht die CDU-Fraktion die Gefahr einer Flucht in Nebenhaushalte. Die gerade von der SPD so nachdrücklich geforderte stärkere Transparenz in der Haushaltspolitik könnte hierdurch gefährdet sein.

(Beifall bei der CDU)

Es fehlt aber auch an einer Aufgabendefinition für die neue Investitionsbank. Auch ist die Frage ungeklärt, wie die bisherigen Förderinstitutionen und ihr Personal in das neue Konzept integriert werden sollen. Unglücklich ist auch die Tatsache, dass anders, als in den vergangenen elf Jahren, keine Expertengespräche zu diesem Thema mit den betroffenen Akteuren – den Kammern, den Wirtschaftsfördereinrichtungen, den Banken und den Unternehmensverbänden – geführt wurden. Die CDU-Fraktion fordert den Senat ausdrücklich auf, diese Debatte nun aufzunehmen, und zwar bevor die Vorbereitungen für die Investitionsbank getroffen werden und auf Grundlage einer professionellen Bedarfsanalyse, die ergebnisoffen sein sollte. Wir brauchen diesen Prozess, um eine Entscheidungsgrundlage zu haben, um dann tatsächlich ein effizienteres und besseres Wirtschaftsförderinstrument für unsere Stadt zu finden. Voreiliger Aktionismus war noch nie ein guter Berater.

Von großer Bedeutung ist aus unserer Sicht auch die Prüfung der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Investitionsbanken in den anderen norddeutschen Bundesländern, insbesondere in Schleswig-Holstein. Sie haben gestern, wie wir der Presse entnehmen konnten, mit Ihren Kollegen aus Schleswig-Holstein getagt und über praktische Möglichkeiten einer Zusammenarbeit gesprochen. Das wäre doch ein Punkt, bei dem man zeigen kann, dass man es auch wirklich will. Hier scheint es mehr darum zu gehen, Parolen zu schwingen und nicht, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Soweit es Ihnen also wirklich ernst ist mit der norddeutschen Zusammenarbeit, sollte man diese Prüfung vornehmen, bevor man in die Vorbereitung für die Gründung dieser neuen Bank einsteigt.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns diese Debatte gemeinsam führen, und zwar mit allen beteiligten Akteuren am Wirtschafts- und Finanzplatz Hamburg. Wir fordern Sie daher auf, unserem Antrag auf Überweisung an den Wirtschaftsausschuss federführend und den Ausschuss für Öffentliche Unternehmen zuzustimmen und bitten auch um Zustimmung für unseren Zusatzantrag. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Das Wort bekommt Herr Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Völsch, als ich den Antrag gelesen habe, dachte ich zuerst, es käme wieder so ein Antrag zu Dingen, die schon im Arbeitsprogramm des Senats stehen. Das hat ja eine etwas längere Historie hier im Haus. Sie sind mit vielen Anträgen hier gescheitert und jetzt wollen sie einen haben, bei dem Sie Zustimmung bekommen. Es hat mich aber gefreut, dass Sie eine gewisse Offenheit gezeigt haben, das Thema in parlamentarischen Beratungen zu vertiefen. Wir stehen den Überlegungen zur Gründung einer Investitionsbank nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, aber ich finde, 38 Wirtschaftsförderungsprogramme sprechen für sich. Hier Klarheit zu bekommen, kann Ihr Antrag nicht leisten. Deswegen würde es mich freuen, wenn wir die Anträge aller Fraktionen an den Wirtschaftsausschuss überweisen könnten, um dann konstruktiv zu beraten.

Mir ist klar, dass eine Investitionsbank etwas anderes ist, als eine internationale Landesbank.

(Thomas Völsch SPD: Geschäftsbank!)

Aber auch eine Investitionsbank hat natürlich gewisse Schwächen. Ich erinnere nur an Rheinland-Pfalz und das Problem Nürburgring. Dort hat eine Investitionsbank durchaus ein paar Millionen Euro versenkt. Mit einer Investitionsbank, heißt es, macht man Strukturförderung, und unter den schönen Begriff Strukturförderung fasst man in der Regel Programme zusammen, die nicht marktgängig, also anders nicht refinanzierbar sind. Damit gehen natürlich gewisse Risiken einher. Darauf sollten wir in dieser Situation ein Auge haben. Deswegen auch unser Antrag, diese Risiken genau zu prüfen. Wenn der Bericht dazu vorliegt, können wir weiter beraten.

Der zweite Punkt ist die Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein und das kann durchaus ein guter Ansatzpunkt sein.

Ich traue mir vom jetzigen Standpunkt aus kein Urteil zu, aber aus einer Zusammenarbeit wird auch schnell eine Fusion und die Landesbank Schleswig-Holstein ist auch für den Häusermarkt in Schleswig-Holstein zuständig, einem Bundesland, das bis 2050 700 000 Menschen weniger haben wird. Bei Krisen auf Immobilienmärkten ist es meistens so, dass Immobilien als sehr sicher gelten und dann kommt über Nacht der große Crash und keiner weiß, was eigentlich passiert ist. Das war in den USA, in Spanien und in Großbritannien so. Deswegen ist es mir wichtig, das genau zu prüfen und abzuwägen und auch vom Senat vernünftig dargelegt zu bekommen, weil wir Zweifel haben, was neben diesen 41 Wirtschaftsförderungsprogrammen, die unseres Erachtens gut in diese Bank

integriert werden können, eine WK effizienter machen kann als eine Innovationsstiftung. Sie wollen die volle Palette prüfen, also alles, was die EU-Kommission ermöglicht, und da gibt es eben noch ein paar mehr Sachen als nur Wirtschaftsförderung. Da sollte man sehr genau im Detail gucken, was möglich ist.

Ich würde mich freuen, wenn Sie alle Anträge überweisen würden und Sie trotzdem die Risiken genau prüfen. Wir werden das prüfen und wenn diese Prüfung vorliegt, wird man sehen, wie man damit umgeht. Ich hoffe, dass diese Ergebnisoffenheit, die Sie im Verfahren skizziert haben, am Ende auch so da sein wird. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Kluth hat das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Völsch hat in seiner Einbringungsrede schon gesagt, dass von 16 Bundesländern 15 Bundesländer eine Investitionsbank oder ein Landesförderinstitut haben. Warum? Weil es absolut Sinn macht, gerade im Bereich der Existenzgründung und der Ansiedlung neuer Unternehmen, aber auch bei Erweiterungen oder Verlagerungen von Betrieben die Wirtschaftsförderung zu bündeln. Die Unternehmen brauchen keine zersplitterten Zuständigkeiten, sondern einen Ansprechpartner in der Verwaltung, eine Institution. Die FDP-Fraktion unterstützt ausdrücklich im Bereich der Wirtschaftsförderung das Konzept des One-Stop-Shops. Der Antrag der SPD-Fraktion geht daher in die richtige Richtung. Die FDP begrüßt eine Optimierung und Straffung der Förderstrukturen in Hamburg. Wir unterstützen die Schaffung einer zentralen Fördereinrichtung, genauso wie wir dies übrigens auch in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt oder im Saarland unter liberaler Regierungsbeteiligung getan haben.

Meine Damen und Herren! Eigentlich ist der Gedanke einer solchen Bündelung und Konzentration der Wirtschaftsförderung so naheliegend, dass man sich die Frage stellt, warum er jetzt erst kommt.

(Thomas Völsch SPD: Das ist richtig!)

Diese Frage muss man aber ehrlicherweise, Herr Völsch, nicht der SPD stellen, sondern der CDU. Frau Prien, Herr Stemmann und Herr Ohlsen, ich habe Ihren Änderungsantrag gelesen. Da drängt sich die Frage auf, warum die CDU die vergangenen Jahre nicht genutzt hat, genau das zu tun, was Sie jetzt fordern, nämlich eine Optimierung und Straffung der Institutionen im Bereich der Fördermittelvergabe und auch im Bereich der Fördermittelprogramme. Eine Formulierung in Ihrem Antrag

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Sie schreiben da – Zitat –:

"Die Vielzahl der Förderinstitutionen und -programme und ein nicht ausreichendes Marketingkonzept des 'Wirtschaftszentrums Hamburg' erschweren die umfassende und verbindliche Beratung und wecken auch Zweifel am optimalen Einsatz der für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung stehenden Mittel."

– Zitatende.

Herzlichen Glückwunsch, dies ist eine zutreffende Analyse, aber wenn diese Analyse nun gerade von der CDU kommt, die hierzu zehn Jahre Zeit hatte,

(*Thilo Kleibauer CDU: Vor zehn Jahren waren Sie aber auch dabei!*)

dann erahnt man, was in der Systemtheorie selbstreferenziell bedeutet oder bei Wirtschaftsprüfern eine ziemlich miese Bilanz.

In welchen Punkten halten wir den Antrag der SPD noch für verbesserungsbedürftig? Ich will auf die Kürze drei Punkte nennen.

Erster Punkt: Durch das Wahlprogramm der SPD – Herr Völsch hat es auch schon erwähnt – über die Regierungserklärung bis hin zum Arbeitsprogramm des Senats zieht sich wie ein roter Faden die Forderung nach Schaffung einer Investitionsbank, aber nirgendwo findet man auch nur ein Argument, warum es gerade die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt sein muss, der die komplexen Aufgaben einer Investitionsbank übertragen werden sollen.

Ganz ohne Zweifel verfügen die WK und ihre Mitarbeiter über Erfahrungen und eine hervorragende Expertise im Bereich der Wohnungsbauförderung. In den Bereichen Existenzgründungsberatung und Ansiedlung von Investoren, in den Bereichen Umwelt und Klimaschutz oder auch im Bereich der Unternehmensnachfolge, einem zunehmend wichtiger werdenden Bereich, verfügt die WK über diese Erfahrung jedoch nicht. Learning by doing ist nach unserer Auffassung für den Wirtschaftsstandort Hamburg nicht die richtige Strategie. Wir halten daher eine Festlegung bereits zum jetzigen Zeitpunkt, die WK zu einer Hamburger Investitionsbank umzuwandeln – Herr Völsch, da war Ihre Auslegung eben schon sehr filigran, das muss man so Ihrem Antrag entnehmen –, für verfrüht. Wir schlagen Ihnen daher in einem Änderungsantrag zu Ziffer 1 vor, zunächst zu prüfen, ob eine Umwandlung der WK der beste und zielführendste Weg zur Schaffung einer Hamburger Investitionsbank ist oder nicht. Und das Ergebnis einer solchen Prüfung muss am Ende stehen und unserer Auffassung nach nicht am Anfang.

(Beifall bei der FDP)

Die Umwandlung der WK in eine Hamburger Investitionsbank kann sich daher als der beste Weg erweisen, muss es aber nicht.

Zweiter Punkt: Der Antrag der SPD-Kollegen steht unter dem Motto "Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand". Der Inhalt des Antrags wird diesem Motto aber nicht gerecht, denn der Antrag beschäftigt sich nur mit der Hardware der Wirtschaftsförderung und nicht auch mit der Software. Er beschäftigt sich nämlich nur mit dem institutionellen Rahmen, aber nicht mit dem vorhandenen Wirtschaftsförderungsprogramm. Das ist vor dem Hintergrund sozialdemokratischer Staats- und Institutionen gläubigkeit natürlich nicht sonderlich überraschend, aber richtig ist es dennoch nicht, sondern ungenügend. Warum ist es ungenügend? Ich habe im Juli im Rahmen einer Schriftlichen Kleinen Anfrage, das ist die Drucksache 20/1062, nach den in Hamburg bestehenden Wirtschaftsförderungsprogrammen gefragt. Ergebnis: Insgesamt gibt es gegenwärtig 48 verschiedene Wirtschaftsförderungsprogramme, die von der Stadt finanziert, kofinanziert oder unterstützt werden. Mit anderen Worten: für Existenzgründer und Unternehmer ein Dickicht, für Anwälte und Unternehmensberater ein Segen.

Ich habe dann gefragt:

"Wie beurteilt der Senat die Gesamtheit der Wirtschaftsförderkulissee (...)?"

Antwort:

"Der Senat hat sich mit dieser Frage im Einzelnen nicht befasst."

Weitere Frage:

"Wurden die von der Freien und Hansestadt Hamburg unterstützten beziehungsweise selbst durchgeführten [Wirtschafts-]Förderprogramme bereits evaluiert?"

Die Antwort des Senats darauf war Nein.

Da stellt sich natürlich die Folgefrage, auf welcher gesicherten sachlichen Grundlage der Senat dann halbwegs seriös eine Investitionsbank auf die Beine stellen will, wenn er sich erklärtermaßen bislang nicht einmal mit der eigenen Wirtschaftsförderungskulisse, die wir zurzeit im Bestand haben, befasst hat oder die Effizienz der bestehenden Programme evaluiert hat. Wir schlagen daher in einem zweiten Änderungsantrag vor, den Senat zu beauftragen, eine Evaluation der zurzeit in Hamburg bestehenden Wirtschaftsförderungsprogramme in Bezug auf Wirksamkeit, Effektivität und auch Inanspruchnahme durchzuführen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter und letzter Punkt: Für die FDP gilt auch bei der Wirtschaftsförderung der Grundsatz der Subsidiarität. Was Private genauso gut oder vielleicht besser können, muss nicht auch noch die Stadt

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

tun, erst recht nicht im Wettbewerb. So leisten etwa die Hamburger Sparkasse, die Hamburger Volksbank und auch andere Institute gerade im Bereich der Finanzierung von Existenzgründern oder mittelständischen Unternehmen eine hervorragende Arbeit. Mit anderen Worten: Es reicht nicht, die Institution Investitionsbank zu schaffen, sondern wir müssen darüber hinaus auch die politischen Bedingungen definieren, unter denen eine Investitionsbank tätig wird, und das ist eine politische Frage, die uns allen spätestens seit dem HSH-Nordbank-Desaster bewusst sein sollte.

(Beifall bei der FDP)

Für die FDP-Fraktion lauten diese Bedingungen, dass erstens die Investitionsbank primär beratend tätig werden sollte und das unmittelbare Kreditgeschäft denjenigen überlassen sollte, die davon auch etwas verstehen, nämlich den Hausbanken der Fördermittelnehmer.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens: Es muss sichergestellt werden, dass die Investitionsbank ihren Förderauftrag wettbewerbsneutral erfüllt. Um ein Beispiel zu nennen: Die Nutzung von Kundendaten der HSH Nordbank oder anderer Einrichtungen oder Institutionen der Stadt muss definitiv ausgeschlossen bleiben.

Und drittens: Die Investitionsbank muss über eine weitgehende institutionelle und auch politische Unabhängigkeit verfügen.

Meine Damen und Herren! Wenn die SPD unsere Zusatzanträge übernimmt oder diese beschlossen oder verwiesen werden, wird die FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen, wenn nicht, dann werden wir uns enthalten und den Änderungsanträgen der CDU zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kluth, das ist schon der entscheidende Punkt. Normalerweise wird in diesem Geschäft der mittelständischen Wirtschaftsförderung vieles durch die Hausbanken bewältigt – das ist unstrittig – und das sollte auch so bleiben. Trotzdem kann man, wenn wir uns die Situation anschauen, bei aller Vorsicht der Informationen feststellen, dass es im Bereich der Metropolregion ein Defizit in einer bestimmten Umsatzklasse gibt, weil ein Teil von Gründern oder Unternehmen, die sich auf den Weg gemacht haben, Probleme mit ihren Hausbanken haben. Insofern kann ich nur noch einmal bekräftigen, dass das eine völlig vernünftige Überlegung ist. Ich ha-

be jetzt aber auch nicht gehört, dass irgendeine Fraktion dagegen argumentiert.

Richtig ist auch – das ist allerdings, Herr Völsch, bei den Anträgen ein bisschen unterschiedlich ausgebildet –, dass wir überprüfen müssen, was an Förder- und Finanzierungsprogrammen da ist und wie ihre Wirksamkeit beurteilt wird. Das sollte man sich vorher noch einmal genauer anschauen, bevor man zum Umbau einer bestehenden Bank oder gar zur Neugründung einer Bank schreitet. Ich habe nicht ganz verstanden, warum Sie diesen ersten Schritt nicht entsprechend deutlich betonen, sondern gleich sagen, dass Sie zum Jahresende den Bericht haben möchten, wie man mit der Umwandlung der Wohnungsbaukreditanstalt fortfahren kann. Es wird Sie vielleicht nicht wundern, dass ich den GAL-Antrag, den Sie nun gerade in die Papiertonne treten wollen, in diesem Punkt am kritischsten und am offensten finde; er hat unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

– Das soll auch vorkommen.

Es wäre ganz wichtig, in dieser Reihenfolge vorzugehen, erstens zu schauen, was es an Förderprogrammen gibt – alle haben gesagt, da gebe es einiges zusammenzulegen –, sich dann die Finanzierung anzusehen und im dritten Schritt zu prüfen, ob die Umwandlung oder die Einrichtung einer neuen Investitionsbank Sinn macht.

Herr Kluth, das HSH-Nordbank-Desaster ist uns allen im Genick in der Hinsicht und man muss sicherlich genau aufpassen, aber es geht auch noch um etwas anderes. Es ist richtig, wenn Sie darauf hinweisen, dass 15 Bundesländer so ein Institut haben und wir nicht. Warum das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt einmal weg, aber wir haben eben eine sehr schwierige Situation und um eine solche Bank wirklich wirksam zu machen, müssten wir wenigstens die Größenordnung von Schleswig-Holstein oder Berlin erreichen. Und da reden wir dann schon über ein Eigenkapital in der Größenordnung von 1 Milliarde Euro, um auch entsprechende Umsatzvolumina stemmen zu können. Herr Völsch, es erschließt sich mir momentan nicht, wie wir das in der gegenwärtigen Haushaltssituation hinbekommen sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie die Vorstellung haben, die WK könnte das im Alleingang machen, dann habe ich da wirklich große Realisierungsvorbehalte.

Unser Vorschlag: Geben Sie sich einen Ruck, überweisen Sie wenigstens noch den Antrag der GAL an den Ausschuss, lassen Sie es uns in dieser Reihenfolge angehen und dann schauen wir uns den Bericht Ende des Jahres an.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Rugbarth, Sie haben das Wort.

Andrea Rugbarth SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Noch ganz kurz einige Bemerkungen zur Gründung einer Investitionsbank, die wirklich eine wichtige Säule in der Wirtschaftsförderung ist und ein Instrument erfolgreicher Strukturpolitik, weil wir immer wieder erleben, dass Unternehmer zu uns kommen und sich darüber beklagen, dass sie nicht die Kredite erhalten, die sie gerne hätten, selbst wenn die Idee gut ist, ihre Unterlagen gut sind und dergleichen mehr. Aufgrund der Basel-III-Bestimmungen sind die Eigenkapitalanforderungen an die Unternehmen in einem Maße angewachsen, wie wir es in den letzten Jahren schon erlebt haben, aber jetzt sind die Bedingungen noch weitaus schärfer. Insofern wird eine zentrale Anlaufstelle in Form einer Investitionsbank, so wie auch die anderen Länder das haben, erforderlich, weil Investitionsbanken in Zukunft wesentlich mehr als in der Vergangenheit damit zu tun haben werden, das entsprechende Risikokapital bereitzustellen. Aufgrund der sehr geringen Margen, die sich bei der Bearbeitung von Förderanträgen ergeben, sofern es sich um EU-Mittel oder Bundesmittel handelt, bearbeiten die Hausbanken diese Unterlagen nicht sonderlich gern. Insofern spricht sehr vieles dafür.

Noch einmal ganz kurz zu Ihrem Antrag, Frau Prien. Insbesondere einen Punkt habe ich da nicht so ganz verstanden. Sie bitten uns zu prüfen, ob man nicht die Innovationsstiftung und auch die HSH Nordbank mit den Aufgaben betrauen könne. Darüber war ich etwas irritiert. Die Innovationsstiftung arbeitet mit wenigen Leuten, die wirklich sehr gut arbeiten, und es ist toll, was dabei herauskommt, aber sie ist keine Bank und kann letzten Endes nicht diese ganzen Fördermittel verwalten. Die HSH Nordbank – und da hätten Sie sich vielleicht einmal mit Ihrem finanzpolitischen Sprecher zusammentun müssen – verfügt über völlig andere Rahmenbedingungen. Das ist eine Geschäftsbank, die im freien Wettbewerb am Markt agiert. Und gerade diese externen Verwerfungen, das haben Sie zu Recht festgestellt, die zum Beinahemarktversagen geführt haben, betreffen Banken am freien Markt. Das betrifft keine Investitionsbanken, auch wenn ein gewisses Restrisiko bei manchen Förderungen durchaus möglich ist.

Bei allen Rednern hat es sich an dem Punkt entzündet, dass wir das bitte zunächst einmal prüfen sollten und erst dann beschließen. Selbstverständlich ist prüfen immer gut. Wir werden diesen Bericht, mit Ihnen gemeinsam besprechen und ich hoffe, dass der Senat an dieser Stelle einen Superbericht erstellt,

(Thomas Völsch SPD: Ganz bestimmt!)

über den wir dann im Wirtschaftsausschuss diskutieren können, dass wir auch die Vor- und Nachteile und die ganzen Risiken vernünftig bewerten können und wir als Parlament diejenigen sind, die sagen, wo letzten Endes der Nagel eingeschlagen wird.

Ich habe mich in den letzten Tagen einmal mit den Investitionsbanken der Länder beschäftigt, insbesondere mit der von Schleswig-Holstein. Vor dem Hintergrund wundert mich dann, Herr Tjarks, dass Sie sagen, man möge doch bitte schön die HSH Nordbank vielleicht damit betrauen. Hatten Sie das nicht gesagt? Dann war es Frau Prien oder Herr Kluth.

(Jens Kerstan GAL: Keiner von uns!)

Keiner will es gewesen sein, das wundert mich jetzt, denn einer hat es gesagt. Ich hatte mich ganz einfach vor dem Hintergrund der Kernkapitalquote gewundert, weil das natürlich keine Alternative sein kann.

Zum Abstimmungsverhalten hatte mein Kollege Herr Völsch schon gesagt, dass wir den Antrag der FDP an den Ausschuss zur Diskussion überweisen werden, alle anderen Dinge nach dieser Diskussion aber ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Der Abgeordnete Christoph de Vries hat mir mitgeteilt, dass er an den Abstimmungen nicht teilnehmen werde. Zunächst zu den Überweisungsbegehren.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/1588, 20/1687, 20/1693 und 20/1698 federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien und mitberatend an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist es abgelehnt.

Wer möchte nun den FDP-Antrag aus Drucksache 20/1693 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache, hier zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/1687.

Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Weiter zum Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/1698.

Wer möchte diesen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Schließlich zum SPD-Antrag aus Drucksache 20/1588. Diesen Antrag möchte die FDP-Fraktion ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte die Ziffer 1 des SPD-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer angenommen.

Wer möchte sich den Ziffern 2 und 3 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Ziffern angenommen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 23 auf, Drucksache 20/1579, Antrag der CDU-Fraktion: Sicherungsverwahrung in Hamburg verfassungsgemäß?

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Sicherungsverwahrung in Hamburg verfassungsgemäß?
– Drs 20/1579 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Spethmann bitte.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir müssen hier ein Thema wieder ins Parlament tragen, das längst im Ausschuss behandelt werden müsste.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das wird es doch!)

Seit April dieses Jahres versuchen wir im Ausschuss, über das Thema Sicherungsverwahrung mit dem Senat, aber insbesondere mit der SPD ins Gespräch zu kommen. Aber es kommt nicht dazu. Die SPD vertagt diesen Tagesordnungspunkt, verschiebt ihn, stimmt einer Expertenanhörung dem Grunde nach zu, verschiebt aber den Termin.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ist sogar schon terminiert!)

– Sie verschieben immer wieder.

Wir haben hier aber ein massives Problem im Bereich der Sicherungsverwahrung. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits im Dezember 2009 entschieden, dass eine begrenzte Sicherungsverwahrung nicht rückwirkend verlängert werden darf. Dieser Ansicht hat sich das Bundesverfassungsgericht im Mai 2011 nicht nur angeschlossen, sondern weitere inhaltlich verschärfte Anforderungen an die Sicherungsverwahrung gestellt. Hiernach sind Sicherungsverwahrte, die nicht an einer psychischen Störung leiden und daher nach dem neuen Therapie- und Unterbringungsgesetz unterzubringen sind, und auch Sicherungsverwahrte, die als nur normal gefährlich und nicht hochgradig gefährlich gelten, wohl zum Teil zu ent-

lassen. Das Bundesverfassungsgericht hat in der Begründung seiner Entscheidung eine Vielzahl von Anforderungen an eine verfassungskonforme Sicherungsverwahrung gestellt. Bund und Länder müssen nun Gesetze ändern, die tatsächliche Unterbringung den richterlichen Vorgaben anpassen und genügend Therapieplätze und Therapeuten zur Verfügung stellen.

Das Bundesjustizministerium hat bisher nur teilweise Vorschläge gemacht. Da sind wir mit der SPD bundesweit und auch mit der Senatorin einer Meinung, dass das nicht ausreicht; die Bundesebene muss auch arbeiten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Mit wem koaliert Frau Leutheusser-Schnarrenberger noch einmal?)

Nichtsdestotrotz gibt es Punkte, die in Hamburg geklärt werden müssen, nämlich die tatsächlichen Voraussetzungen, die die richterliche Rechtsprechung angesprochen hat. Die Richter haben bestimmt, dass die Sicherungsverwahrten getrennt von den normalen Strafgefangenen untergebracht werden müssen. Hier muss die SPD endlich tätig werden und mit uns beraten, ob die jetzige Unterbringung diesen Voraussetzungen entspricht. Und was passiert? Sie verweigern sich.

(Zuruf von Metin Hakverdi SPD)

– Herr Hakverdi, es wäre gut, wenn die SPD im Ausschuss einmal den Mund aufmachen und hier nicht nur einfach dazwischenreden würde.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Wir haben das Problem, dass die Sicherungsverwahrten zurzeit auf dem Gelände von Fuhlsbüttel untergebracht sind. Es ist nun streitig, ob es ausreichend ist, sie nur zu trennen, sodass sie keinen Kontakt zu Strafgefangenen haben, oder ob sie gar entlassen werden müssen, wenn sie weiter dort bleiben. Diese Fragen müssen wir dringend klären und was macht die SPD? Sie duckt sich weg, sie will nicht darüber reden, das Thema ist ihr unangenehm, sie hat Angst vor der "Bild"-Zeitung und der Presse und sie will das Thema einfach nicht behandeln.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Eine weitere Frage bewegt die Öffentlichkeit: Wie viele Sicherungsverwahrte müssen wohl nun entlassen werden? Es sieht nach Aussagen von Fachleuten wohl so aus, dass einige zu entlassen sind. Was macht die Polizei, hat sie ein Konzept? Wie viele sind es und wo werden sie untergebracht? Auch das sind Fragen, die das Parlament und die Öffentlichkeit interessieren. Und was macht die SPD? Sie duckt sich weg und behandelt das Thema nicht. Gibt es genügend Gutachter und Therapeuten? Auch hier keine Antwort.

(Viviane Spethmann)

Wir wollen die SPD endlich dazu bringen, mitzureden, mit zu diskutieren und zu überlegen, ob diese Voraussetzungen alle entsprechen. Dafür brauchen wir keine Bundesgesetze und keine Entscheidung von Frau Leutheusser-Schnarrenberger, auf die Sie immer verweisen, sondern wir müssen hier vor Ort endlich handeln. Wir wollen die SPD endlich zum Jagen tragen, deswegen, stimmen Sie unserem Antrag zu. Notfalls verweisen wir an den Ausschuss, aber grundsätzlich wäre es besser, hier zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Tabbert, Sie haben das Wort.

Urs Tabbert SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Spethmann, um es vorwegzunehmen, wir werden Ihren Antrag ablehnen, und zwar aus einem einzigen Grund. Er ist überflüssig.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht nur alter Wein in neuen Schläuchen, es ist alter Wein in alten Schläuchen.

(*Roland Heintze CDU:* Der Wein muss ja nicht schlecht sein!)

Es ist so etwas von alt, ich will es Ihnen Stück für Stück erklären. Jede Ihrer vier Fragen, die Sie gestellt haben, ist beantwortet oder wird entsprechend mit Ihrer Beteiligung auch noch aufgearbeitet werden.

Zu Frage 1: Sie wollen wissen, wie der Senat zur aktuellen Situation der Sicherungsverwahrung steht. Sie haben gerade das Abstandsgebot angesprochen. Diese Frage ist – Seite 7 des Protokolls Nr. 20/2, Justizausschuss vom 27. Juni 2011 – vom Senat bereits beantwortet worden. Das ist vielleicht nicht zu Ihrer Zufriedenheit geschehen, aber Sie wollen einfach noch einmal fragen.

Außerdem waren wir doch am selbigen Tage zusammen mit dem Justizausschuss in der Sicherungsverwahrung in Fuhlsbüttel und haben es uns angeschaut. Sie sagen, das Abstandsgebot sei irgendwie im Streit. Ich habe auch nicht mitbekommen, dass es zwischen uns Mitgliedern im Justizausschuss irgendwie im Streit ist, und ich glaube auch nicht, zwischen uns im Streit. Wir haben es uns dort angeschaut und ich schließe mich der Meinung des Senats an, dass dieses Abstandsgebot, was das Räumlich-Organisatorische angeht, gewahrt ist. Was darüber hinausgehende Fragen zum Konzept betreffen, haben wir im Justizausschuss beschlossen, eine Expertenanhörung zu machen. Diese werden wir durchführen und all diese Fragen, wie das Konzept auf Bundesebene weiterentwickelt wird oder wie das Gesetzgebungsverfahren läuft, behandeln. Insofern wird Ihrem Aus-

kunftsinteresse und Ihrem Interesse, dieses Thema öffentlichkeitswirksam zu behandeln, auch Genüge getan werden.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Sollen jetzt die Experten erklären, was der Senat macht?)

– Es ging darum, wie der Senat das einschätzt, und Frau Spethmann hat auf die räumliche Situation des Abstandsgebots angespielt. Sie kennen das Protokoll auch, dazu hat sich der Senat bereits geäußert und ich bin sogar darüber hinaus auf das Informations- und Aufklärungsbedürfnis von Frau Spethmann, das sie offensichtlich ehrenwerterweise hat, eingegangen und glaube, dem wird Genüge getan werden können.

Ich komme zu Punkt 2: Der Senat soll darlegen, wie viele Sicherungsverwahrte bereits entlassen worden sind und noch entlassen werden. Als Jurist weiß ich, dass man, wenn man Fragen so ungenau stellt, meistens gar keine oder eine ungenaue Antwort bekommt. Ich weiß auch gar nicht, worauf Sie mit Teil 1 der Frage hinauswollen, seit wann welche Sicherungsverwahrte entlassen sind. Für die Zukunft kann ich Ihnen jedenfalls nur sagen, dass der Senat aus meiner Sicht und auch nach meiner rechtspolitischen Überzeugung der falsche Adressat ist, weil, wie Sie wissen, darüber jährlich das Landgericht entscheidet. Wir hatten Zeiten in Hamburg, da gab es einen Justizsenator Kusch, der meinte, dauernd am Sievekingplatz hineinregieren zu können. Das ist Hamburg nicht gut bekommen und ich glaube auch, Frau Spethmann, dass wir da einer Meinung sind. Wir sollten es auch weiter so halten, dass diese Frage nur von der hamburgischen Justiz beantwortet wird und nicht der Senat Prognosen darüber abzugeben hat, wie viele Sicherungsverwahrte wann zu entlassen sind. Das ist Aufgabe der Justiz, die das auch entscheiden soll, und ich bin überzeugt, dass diese Frage bei der hamburgischen Justiz in guten Händen ist.

(Beifall bei der SPD)

Punkt 3: Das polizeiliche Sicherheitskonzept. Auch hier wieder ein Blick in das Protokoll des Justizausschusses vom 27. Juni 2011, Seite 11. Dort ist der Senat auf Ihr, aus meiner Sicht eher abstraktes, Konzept eingegangen. Die Antwort der Senatorin war – und dieser vernünftigen Antwort schließen wir uns an –, dass es ihr darauf ankomme, den konkreten Einzelfall zu beleuchten, anstatt Konzepte in die Welt zu setzen, die eine Lösung des Problems nur suggerierten.

Nun zum sogenannten T.O.P.-Konzept, Täterorientierte Prävention.

(*Viviane Spethmann CDU:* Es gibt kein Konzept!)

Das ist nämlich am 1. März 2010, also zu Ihrer Regierungszeit, wirksam geworden und dürfte Ihnen

(Urs Tabbert)

also nicht unbekannt sein. Ich halte das Konzept im Übrigen für vernünftig. Es sieht vor, all die Leute an einen Tisch zu bringen, die eine Prognose über das Verhalten eines als gefährlich eingestuften Gefangenen geben können und die beraten, wie mit ihm umzugehen ist, und zwar sechs Monate vor dem voraussichtlichen Entlassungstermin. Auch diese Frage wurde vom Senat beantwortet.

Letzteres gilt auch für Frage vier. Dort fragen Sie nach den Kapazitäten an Gutachtern und psychologischen Behandlern. Dasselbe Protokoll 20/02, Seite 8...

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das glaube ich jetzt aber nicht!)

– Frau Schneider, Sie kennen das Protokoll doch auch. Es nennt das Institut für Sexualforschung, forensische Psychiatrie, das Klinikum Nord, niedergelassene Ärzte, eine größere Zahl unterschiedlicher Gutachter. Ob und in welchem Umfang es einen gesteigerten Bedarf geben wird, weiß keiner von uns.

(Viviane Spethmann CDU: Weil Sie sich nicht damit beschäftigen!)

Frau Schneider, Sie schauen kritisch. Kritisieren Sie doch die Frage, aber kritisieren Sie nicht, was der Senat dazu sagt.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, ich habe hinreichend dargelegt, dass Ihrem Ansinnen bereits Genüge getan worden ist. Ich verweise nochmals auf die Expertenanhörung, die wir im Justizausschuss durchführen werden. Weil dort allen die Hamburger Justiz am Herzen liegt, hoffe ich, dass wir konstruktiv zusammenarbeiten werden und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Müller, Sie haben das Wort.

Farid Müller GAL: * Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben im Justizausschuss sehr lange gebraucht, bis wir beim letzten Mal für eine Expertenanhörung eine Mehrheit bekommen haben. Alle Oppositionsfraktionen haben zusammengestanden und nach langem Hin und Her gab es auch bei der SPD eine Zusage. In diesem Gewürge hatte sich der Eindruck in der Opposition verfestigt, dass die SPD nicht gern öffentlich mit diesem Thema umgehen möchte. So verstehe ich dann auch den Antrag, dass die CDU genau das Gegenteil will. Ich glaube, auch der größte Teil der Opposition meint, dass es besser wäre, um dieses schwierige Thema keine Geheimnisse zu machen, denn je mehr Geheimnisse man darum macht, umso skeptischer werden die Leute. Das ist nicht gut für das öffentliche Sicherheits-

empfinden. So ist es auch zu verstehen, weshalb wir als Opposition noch einmal den Weg über das Plenum suchen.

Ich bin deswegen sehr froh, dass wir es jetzt geschafft haben, eine Expertenanhörung abzuhalten, denn das ist dem Thema angemessen. Es gibt noch viele offene Fragen und es liegt jetzt auch ein Konzept des Bundesjustizministeriums vor. Die Justizminister der Länder und des Bundes haben darüber inzwischen konferiert. Man wird darüber zu streiten haben, inwieweit dieses Konzept für Hamburg gut ist, und ob wir in Hamburg möglicherweise nachbessern müssen.

Ich nenne nur ein Thema, das bei mir und uns Grünen noch mit Fragezeichen versehen. Wir waren als Ausschuss in Fuhlsbüttel und haben uns vor Ort die Sicherungsverwahrung angesehen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Therapieunterbringung tatsächlich dem Abstandsgebot Rechnung trägt, also inwieweit sie sich von Haftbedingungen unterscheidet. Ob das so ist, werden wir uns bei der Expertenanhörung noch einmal genauer anschauen müssen, denn wir wollen auf keinen Fall, dass die Therapiemöglichkeiten auf verfassungsrechtlich wackeligem Boden stehen. Das würde das gesamte Konzept infrage stellen. Deshalb müssen wir uns über die Situation und darüber, was möglich ist, verständigen.

Zu Irritationen hat im Sommer auch die Frage geführt, wie die Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern ist. Bringen die Länder Sicherungsverwahrte einseitig nach Hamburg oder gibt es auch in den anderen Ländern Angebote für entlassene Strafgefangene? Das scheint mit vielen Fragezeichen verbunden zu sein und deshalb sollten wir auch darüber noch einmal reden. Ich hoffe, dass wir uns im Ausschuss den meisten Fragen konstruktiv nähern, dass wir das Thema weder deckeln, noch dass wir es populistisch ausnutzen. Dazu taugt es nicht. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Kaesbach, Sie haben das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tabbert, Sie haben erneut bewiesen, dass Sie in keiner Weise an einer Diskussion in der Bürgerschaft zum komplexen Thema Sicherungsverwahrung interessiert sind.

(Beifall bei der FDP)

Gerade weil dieses Thema die Öffentlichkeit interessieren muss, ist dieses Vorgehen verantwortungslos. Auch Ihre Antwort "wissen wir nicht" zu Frage 4 beweist, dass dieses Thema dringend im Justizausschuss behandelt werden muss. Ich be-

(Martina Kaesbach)

stätige Frau Spethmann, die darauf hinwies, dass zum wiederholten Mal die Opposition im Ausschuss für Justiz versuchte, sich über die notwendigen Anpassungen der Hamburger Justiz aufgrund der Urteile aus Straßburg und Karlsruhe zu informieren und dies wieder einmal abgeblockt wurde. Ihre Taktik bestand von Anfang an in Verzögern und Hinausschieben. Dieses Vorgehen befremdet uns Liberale. Es wird weder einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Senat und Bürgerschaft, noch zwischen regierungstragender Fraktion und Oppositionsfraktionen gerecht. Auch ist das sensible Thema Sicherungsverwahrung als politischer Zankapfel gänzlich ungeeignet. Sehr verehrte Kollegen der SPD-Fraktion und Senatorin Schiedek, Sie tun alles dazu, dass dieses sensible Thema ein Zankapfel wird.

(Beifall bei der FDP)

Wie die Kollegen der CDU im letzten Justizausschuss als Reaktion eine harte Pressearbeit anzudrohen, liegt unserer Fraktion fern. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir das rechtspolitisch komplizierte Thema der Sicherungsverwahrung und die berechtigten Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen und deshalb Fakten diskutieren wollen und Populismus ablehnen.

Meine Damen und Herren! In der letzten Woche haben sich die Bundesjustizministerin sowie die Länderjustizminister und -senatoren in Magdeburg auf der Sonderjustizministerkonferenz in weiten Teilen der noch offenen Punkte geeinigt. Einer Neuregelung der gesetzlichen Materie sollte also im Wesentlichen nichts mehr entgegenstehen. Die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger kündigte an, dass im Oktober mit einem Gesetzentwurf zu rechnen ist.

Sehr geehrter Herr Kollege Tabbert, die Sitzung der Justizministerkonferenz in der vergangenen Woche muss äußerst fruchtbar gewesen sein, denn nach Ihren mehrmaligen Einlassungen im Justizausschuss gingen Sie ja davon aus, dass von der Bundesjustizministerin bisher noch nichts geliefert worden sei und aus diesem Grund auch keine Beratungen im Justizausschuss stattfinden könnten. Das war natürlich blanker Unsinn. Auf meine Intervention hin, das Eckpunktepapier der Bundesjustizministerin liege bereits seit Monaten vor, haben Sie Ihre Einlassung ja auch korrigiert. Das Eckpunktepapier liegt schon lange vor, und wir Liberale hätten es gern im Ausschuss mit Experten diskutiert. Meiner Ansicht nach ist es gerade nicht notwendig, sich Denkverbote aufzuerlegen, solange noch keine endgültigen Ergebnisse hinsichtlich der Leitlinien des Bundes zur Neuausrichtung der Sicherungsverwahrung vorliegen.

(Beifall bei der FDP – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Frau Kaesbach, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tabbert zu?

Martina Kaesbach FDP (fortfahrend): Nein.

Meine Damen und Herren! Ich hätte mir im Justizausschuss gern Ihre Verbesserungsvorschläge, Frau Senatorin Schiedek, zum Eckpunktepapier angehört und diese diskutiert. Ein Zitat aus der Pressemitteilung der Justizbehörde vom 22. September – ich zitiere –:

"Vor allem werden nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die Bevölkerung wirksam vor gefährlichen Straftätern mit einer psychischen Störung zu schützen."

Für eine Behandlung dieses Gegenstands bestand aber leider weder seitens der Senatorin noch seitens der SPD-Fraktion Interesse. Für die Zukunft hoffe ich, dass hier ein Umdenken stattfindet. Deshalb beantragen wir die Überweisung dieses Antrags an den Justizausschuss.

Wir hoffen, dass sich in der beabsichtigten Expertenanhörung substantiell sowohl mit den Fragen zur notwendigen Neufassung des Hamburgischen Strafvollzugsgesetzes wie auch der künftigen Unterbringung der Sicherungsverwahrten und der Erfolgchance einer norddeutschen Lösung befasst werden wird. Hierbei ist insbesondere die Frage, wie der Senat sicherstellen will, dass wir in Hamburg über ausreichend qualifizierte und motivierte Psychologen verfügen, um die Forderungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts zu erfüllen, wie auch die Frage nach den Sicherheitskonzepten der Polizei von essenzieller Bedeutung.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai verpflichtet den Bund, das Recht der Sicherungsverwahrung neu zu regeln. Erforderlich ist die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes, das freiheitsorientiert und therapieausgerichtet sein muss. Dieses Gesamtkonzept muss den frühzeitigen Beginn und eine hohe Intensität therapeutischer Behandlungen schon während des Strafvollzugs vorsehen.

Inzwischen liegt – mehrere Rednerinnen und Redner haben es gesagt – auch ein Konzept seitens des Bundesjustizministeriums vor, und wenn ich die Presse richtig verfolgt habe, gibt es in weiten Teilen eine Einigkeit. Aber unabhängig davon, und das ergibt sich aus dem, was ich gesagt habe, steht auch Hamburg und steht auch die Justizbe-

(Christiane Schneider)

hörde in der Verantwortung zu handeln. Eine Expertenanhörung ist das eine, Senatshandeln ist etwas ganz anderes.

(Beifall bei der LINKEN)

Insbesondere kann und muss Hamburg handeln, und zwar schnell. Ich fasse den Begriff Modalitäten der Sicherungsverwahrung in Hamburg sehr viel weiter als Sie, Herr Tabbert. Ich nenne nur einige Punkte: Hamburg muss handeln bei der Überprüfung der bisherigen Behandlungs- und Resozialisierungsmaßnahmen, und zwar von Angeboten, die nicht erst während des Vollzugs der Sicherungsverwahrung, sondern schon frühzeitig in der Haft gemacht werden. Hamburg muss handeln bei der Neuausrichtung des Übergangsmangements in die Freiheit. Insbesondere muss die restriktive Gestaltung der Vollzugslockerung beendet, das heißt, es müssen Vollzugslockerungen in weitaus größerem Umfang als bisher ermöglicht, begleitet und fachkundig unterstützt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Und Hamburg muss handeln bei der grundlegenden Verbesserung der bisher zur Verfügung oder auch nicht zur Verfügung stehenden Nachsorge- und Übergangseinrichtungen. Wir erwarten, dass die Justizbehörde Monate nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zumindest Grundzüge eines Konzepts für die Neuordnung der Sicherungsverwahrung, und zwar der Punkte, für die Hamburg verantwortlich ist, vorlegt. Wir hätten erwartet, und ich halte es für selbstverständlich, dass solche Grundzüge eines Konzepts vor den Haushaltsberatungen aufgestellt werden, weil es klar ist, dass das etwas kostet. Mit mehreren Fragen dazu läuft man auf, weil es im Haushalt gar nicht vorgehen ist und es auch noch nicht dieses Konzept gibt; jedenfalls wissen wir nichts davon.

Tatsache ist, dass die Bürgerschaft nicht die geringste Ahnung hat, was die Justizbehörde macht und was nicht. Die SPD blockte bisher im Ausschuss jede Befassung mit dem Thema rigoros ab. Das nennt man eine Selbstentmachtung des Parlaments, und das wird durch die Expertenanhörung nicht aufgehoben.

Der Antrag der CDU schlägt vor, dass der Senat seine Hausaufgaben macht. Obwohl ich sicher bin, dass wir vollständig unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen, sind wir dafür, den Antrag der CDU an den Ausschuss zu überweisen und stimmen ihm zu, denn der Senat muss endlich seine Hausaufgaben machen.

(Beifall bei der LINKEN – *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Das gefällt uns! und Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Senatorin Schiedek hat das Wort.

Senatorin Jana Schiedek:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut und wichtig, dass die Neuregelung der Sicherungsverwahrung in der Hamburgischen Bürgerschaft immer wieder angesprochen wird. Das wird der Bedeutung des Themas durchaus gerecht. Was ich aber in keiner Weise nachvollziehen kann, sind die Vorwürfe von mehreren Seiten, nicht nur von Ihnen, Frau Spethmann, Sie würden nicht ordentlich informiert. Herr Tabbert hat ausführlich dargelegt, dass der Senat in der Sitzung des Justizausschusses am 27. Juni 2011 zu all diesen von Ihnen aufgeworfenen Fragen ausführlich Stellung genommen hat. Die Mitglieder des Justizausschusses hatten Gelegenheit, sich persönlich vor Ort von den Rahmenbedingungen der Sicherungsverwahrung in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel zu überzeugen; und das natürlich unter Begleitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von mir, die Sie ebenfalls informiert haben. In der letzten Sitzung am 9. September hat der Justizausschuss beschlossen, eine Expertenanhörung zu all diesen Fragen, auch denen aus einem Antrag vom Mai dieses Jahres, durchzuführen, sobald das Eckpunktepapier des Bundesjustizministeriums vorliegt. Dieses Konzept der Bundesjustizministerin liegt seit Ende letzter Woche quasi als Tischvorlage zur Sonderjustizministerkonferenz nun endlich vor und ist auf den Internetseiten des Bundesjustizministeriums für jedermann zugänglich. Insofern gehe ich davon aus, dass jetzt auch die Expertenanhörung stattfindet, und zwar auf einer sinnvollen Grundlage.

Wenn Sie aber Konzepte fordern, bevor die gesetzlichen Grundlagen auch nur in einem Eckpunktepapier klar sind, dann ist das natürlich etwas schwierig, denn solche Konzepte setzen Grundlagen, die der Bund zu liefern hat, voraus. Insofern verstehe ich weder Ihre Aufregung noch die Wiederholung Ihres bereits im Mai noch umfangreicher gestellten Antrags. Andererseits macht mir Ihr Antrag deutlich, dass man einiges aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts noch einmal klarstellen sollte.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, die Sicherungsverwahrung auf Grundlage eines Gesamtkonzepts neu zu regeln, wie Frau Schneider eben schon sagte. Anschließend müssen dann die Länder dieses Konzept in ihre Strafvollzugsgesetze und vor allen Dingen in die Praxis umsetzen – fachlich, organisatorisch und baulich. All dies muss bis 31. Mai 2013 passieren und nicht bis Ende des Jahres, wie das manchmal hier vorgetragen wird. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht einen deutlichen Abstand zum Strafvollzug durch eine getrennte Unterbringung in besonderen Gebäuden oder Abteilungen gefordert. Das ist nicht strittig, das steht so ausdrücklich im Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Nicht nur der Senat, sondern auch das Bundesjustizministe-

(Senatorin Jana Schiedek)

rium und alle anderen Bundesländer schätzen es so ein, dass besondere Gebäude oder Abteilungen erforderlich sind, aber keine vollständige räumliche Ablösung vom Strafvollzug. Darüber hinaus muss Sicherungsverwahrung künftig deutlich freiheits- und therapieorientierter sein, Behandlung und Therapie muss bereits während des Strafvollzugs beginnen. Das Bundesverfassungsgericht hat dagegen nicht entschieden, dass es einen Entlassungsautomatismus für Sicherungsverwahrte gibt, auch nicht für die Altfälle.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf den Stand der Bundesgesetzgebung eingehen, da er schon mehrfach angesprochen wurde. Vergangene Woche hatten wir eine Sonderjustizministerkonferenz ausführlich nur zu dem Thema Sicherungsverwahrung. Wir sind in der Tat ein gutes Stück voran gekommen. Frau Kaesbach, das lag aber nicht an der Bundesjustizministerin, sondern an den Monaten vorher, in denen wirklich alle Bundesländer erheblichen Druck auf sie ausgeübt haben, damit zu dieser Sonderjustizministerkonferenz endlich ein Konzept vorliegt. In vielen Punkten hat sie sich bewegt, und die Länder waren sich in sehr vielen Punkten einig.

(Beifall bei der SPD)

Auf Druck der Länder hat nun also die Bundesjustizministerin das Konzept zur Neuregelung endlich vorgelegt und ist dabei in wesentlichen Punkten den Forderungen der Länder nachgekommen. So haben wir unter anderem auf Initiative Hamburgs verhindert, dass es nach der Neuregelung zu überraschenden Entlassungen kommen kann. Das müsste Sie interessieren, da Sie es auf andere Weise ansprechen. Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat diese Vorschläge aufgegriffen und es wird eine begleitende Kontrolle geben, bei der die Therapieangebote und die Sicherungsverwahrung regelmäßig gerichtlich überprüft und nötigenfalls nachgebessert werden.

In einem wichtigen Punkt ist es aber nicht gelungen, uns zu einigen. Dabei geht es um die Fälle, in denen sich während des Strafvollzugs eine psychische Störung und eine hochgradige Gefährlichkeit herausstellen. Nach meiner Auffassung und der einer Vielzahl von Kollegen aus den anderen Ländern muss das neue Gesetz auch für diese Fälle eine Unterbringung möglich machen, um die Bevölkerung wirksam zu schützen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung einen Weg aufgezeigt, eine solche Unterbringung verfassungskonform zu ermöglichen. Die Bundesjustizministerin lehnt dies leider ab. Hier droht in der Tat eine Sicherheitslücke.

Auf der Sonderjustizministerkonferenz vergangene Woche haben wir deshalb einen entsprechenden Antrag für solche Regelungen vorgelegt, die auch Hamburg unterstützt hat. Dieser Antrag wurde jedoch nicht nur von den Justizministern der FDP,

sondern auch der CDU und CSU abgelehnt und stattdessen eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet; soviel zu Ihrem Zeitdruck. Was die CDU/CSU anbelangt, ist das durchaus bemerkenswert. Liebe Abgeordnete Spethmann, wenn Sie Einfluss auf die Länder haben, dann wäre es schön, wenn Sie auch dort so ein Engagement zeigen, damit sich rechtzeitig etwas bewegt.

(Beifall bei der SPD)

Wir in Hamburg sind für die anstehenden Neuregelungen des Rechts zur Sicherungsverwahrung gut gerüstet; baulich-organisatorisch haben wir Ihnen das schon mehrfach dargelegt.

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Aber vom Personal her nicht!*)

– Lassen Sie mich doch zu Ende reden.

In wesentlichen Punkten entspricht die derzeitige Unterbringung bereits den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Darüber hinaus wird es sicherlich in der nächsten Zeit und rechtzeitig bis Ende Mai 2013 Überprüfungen der Ausstattung mit medizinischem und therapeutischem Personal geben. All diese Regelungen bedürfen der Detailabstimmungen zwischen den Ländern, um auf möglichst einheitliche Standards zu kommen. Aber Sie können sicher sein, dass Hamburg, die anderen Länder und ich hoffe, auch die Bundesjustizministerin, mit Hochdruck daran arbeiten, dass die Neugestaltung der Sicherungsverwahrung rechtzeitig umgesetzt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/1579 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/1579 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 33 auf, Drucksache 20/1590, Antrag der SPD-Fraktion: Faire Arbeitsbedingungen am Flughafen – keine weitere Liberalisierung der EU-Bodenverkehrsrichtlinie.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Faire Arbeitsbedingungen am Flughafen – keine weitere Liberalisierung der EU-Bodenverkehrsrichtlinie**

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)**– Drs 20/1590 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion federführend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration sowie mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Balcke.

Jan Balcke SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Unternehmen rund um den Hamburger Flughafen beschäftigen circa 15 000 Mitarbeiter, und der Hamburg Airport gehört mit einem Gesamtumsatz von 224 Millionen Euro in 2009 bei einem Ergebnis von 35 Millionen Euro zu den profitabelsten Airports in Deutschland und stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Metropolregion dar. Doch gerade in diesem prosperierenden Wirtschaftszentrum kommt die Absurdität europäischer Liberalisierungswut zum Ausdruck. Nur am Rande will ich auf die enorme Einkommensdiskrepanz zwischen den Höchstverdienern auf den Towers einerseits, wie den Fluglotsen, und dem Bodenpersonal direkt am Flieger andererseits hinweisen, tragen doch beide Berufsgruppen maßgeblich zur Sicherheit im Flugbetrieb bei.

Mir geht es an dieser Stelle vor allem um jene Beschäftigten, die nicht auf den ersten Blick sichtbar und nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen, jedoch einen Flughafen am Leben halten. Sie leben im Takt der immer stärker rationalisierten Abläufe am Airport in Hamburg, der im Jahr rund 12 Millionen Passagiere bei fast 160 000 Flugbewegungen abfertigt. Daher braucht es zahlreiche Arbeitskräfte, die sich um all diese Dienstleistungen rund um den Verkehr am Boden kümmern, wie zum Beispiel Betankung, Rangieren von Flugzeugen, Gepäcklogistik, Flugzeugreinigung sowie das Passagier- und Cargohandling. In Hamburg sind es rund 1600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterschiedlichen Bereichen rund um unseren Flughafen, in dem Bereich, auf den wir uns jetzt konzentrieren, 650 feste Mitarbeiter, insgesamt 900 inklusive der Zeitarbeitsbeschäftigten.

Die Europäische Kommission diskutiert seit einigen Jahren auch die Rolle der Flughäfen im Hinblick auf deren Entwicklung und die Wettbewerbsorientierung des europäischen Luftverkehrbinnenmarkts. Ein Teil dessen ist die 1996 erstmals beschlossene Bodenverkehrsrichtlinie, deren Überarbeitung den Wettbewerb noch weiter verschärfen soll. Was sich so unverbindlich anhört, hat jedoch handfeste Auswirkungen auf die Arbeitskräfte am Hamburger Airport. Noch sind nicht alle Fakten bekannt, aber es ist zu erwarten, dass eine Verschärfung der Bodenverkehrsrichtlinie zu einem überstarken Wettbewerbsdruck auf die Hamburger Unternehmen in diesem Sektor führt. Die Erfahrung der ersten Welle haben wir noch präsent. Die Preise sind zwar gefallen, aber ebenso stark haben sich die Arbeitsbedingungen und Löhne nach un-

ten entwickelt. Der Londoner Flughafen Heathrow sollte uns mit mehr als zehn Anbietern für Bodenverkehrsdienstleistungen im Wettbewerb ein mahnendes Beispiel sein, wir denken da an das Winterchaos im Jahr 2010/2011. Ohne klare Qualitätsstandards und europäische Regelungen – und diese auf deutschem Niveau – droht ein neuer Billiglohnsektor, der sich auf Qualität, Verlässlichkeit und nicht zuletzt auch auf die Sicherheit der Passagiere in den Flugzeugen auswirkt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist brandgefährlich. Hamburg beteiligt sich nun an dieser Diskussion und muss sich auf nationaler sowie auf europäischer Ebene aktiv für die Qualität und Sicherheit an den Flughäfen und damit für die Beschäftigten hinter den prächtigen Fassaden der Airports einsetzen. Wir halten die heutigen Standards für angemessen und richtig und stellen uns entschieden gegen eine europäische Regelung, die hinter Hamburger oder deutschen Richtlinien und Qualitätsmerkmalen zurückbleibt.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Punkt sind beispielsweise der Gesamtbetriebsrat am Hamburg Airport und die Geschäftsführung vollkommen einer Meinung und wenden sich eindeutig gegen die zu erwartende Richtlinie. Nicht zuletzt bedeutet Sicherheit gerade auch im Luftverkehr, am Boden sowie in der Luft, dass sich die Fluggäste auf ordentliche und gute Arbeit verlassen können.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt auch faire Löhne für die Beschäftigten hinter den Kulissen. Sicherheit fängt nicht erst im Cockpit und im Tower an, sondern beginnt buchstäblich auf dem Vorfeld. Unterstützen Sie unseren Antrag und senden Sie gemeinsam eine starke Solidaritätsadresse an die Beschäftigten der betroffenen Unternehmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Das Wort hat nun Herr Hecht.

Heiko Hecht CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann den Worten des Kollegen Balcke eigentlich nur beipflichten.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss Ihre Begeisterung leider ein wenig dämpfen, denn der Ziffer 3 werden wir nicht folgen. Die Ziffern 1 und 2 aus dem Petitum werden wir annehmen.

Die Bedeutung der Bodenverkehrsdienste ist uns allen im Hause klar, wir wissen, was am Flughafen geleistet wird von der Belegschaft. Maschinen werden fachgerecht abgefertigt, getankt, gereinigt, und

(Heiko Hecht)

es wird dort ein sehr guter Service geliefert. Das Ergebnis dieser präzise abgestimmten Arbeit ist ein gut funktionierender und leistungsfähiger Flughafen, den wir als Metropole Hamburg unbedingt brauchen. Dieser gut funktionierende Flughafen wäre massiv gefährdet, wenn eine Vielzahl von Dienstleistern, wie von der EU-Kommission möglicherweise vorgesehen, miteinander konkurrieren würde und es würde dann nicht mehr das eine Zahnrad in das andere greifen.

Bei allem Verständnis für den notwendigen Wettbewerb kann dieser nur akzeptiert werden, wenn er fair abläuft, weder zulasten der Mitarbeiter noch zulasten der Sicherheit. Nicht jeder Anbieter kann hohen Ausbildungsstand, angemessenes Lohnniveau und sehr guten Service bieten. Durch den Preiskampf werden Festanstellungen zu Leih- und Zeitarbeitsverträgen auf niedrigem Lohnniveau, und das ist nicht das, was wir wollen, auch nicht als CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Die EU-Kommission ist aufgefordert, erst einmal für die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie aus dem Jahr 1996 in allen 27 Mitgliedsstaaten zu sorgen. Wir fordern eine klare Analyse der Vor- und Nachteile einer Liberalisierung sowohl für die Beschäftigten als auch für die Fluggäste. Außerdem kritisieren wir, dass die EU-Kommission sich schon 1996 lediglich 15 EU-Mitgliedsstaaten angeschaut hat und nicht die damals schon in die Erweiterung eingeplanten Staaten.

Insoweit kommt es uns als CDU auf eine klare Wirkungsanalyse an. Darüber hinaus geht es uns darum, für faire und gute Arbeitsbedingungen am Flughafen mit den anderen Parteien im Hause zu kämpfen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Demirel, Sie haben das Wort.

Phyliss Demirel GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die EU-Kommission plant, einen Vorschlag zur Revision der Richtlinie von 1996 einzubringen, der allerdings noch nicht veröffentlicht wurde. Aus dem Bericht der EU-Kommission von 2007 ist zu erfahren, dass die Preise für die Bodenabfertigung in fast allen Mitgliedsstaaten seit Annahme dieser Richtlinie gesunken sind. Dabei ist es besonders auffällig, dass der Preisrückgang in jenen Mitgliedsstaaten deutlicher ausfiel, in denen es vor 1996 ein Monopol für die Bodenabfertigung gab beziehungsweise der Markt stark reguliert war.

Es herrscht dahingehend ein Konsens, dass sich diese Richtlinie positiv auf den Wettbewerb, der die Ursache für diese Senkung sein kann, ausgewirkt hat. Dennoch wird auch angemerkt, dass die Entwicklungen in der Luftverkehrsbranche in den letzten Jahren einen Einfluss auf die Preise gehabt haben können. Um das festzustellen, muss man kein Hellseher sein, es reicht ein Blick in die Richtung, wie oft ein Billigflieger in Richtung Mallorca abhebt.

Dem Bericht der Kommission ist zu entnehmen, dass sich die Qualität der Dienste an verschiedenen Flughäfen in unterschiedlichem Maße geändert hat. Die Beteiligten vertreten voneinander abweichende Meinungen und Auffassungen aus der jeweiligen Sicht ihrer Wettbewerbsposition auf dem Markt. Dies war so vor und nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie.

Den größten Vorteil haben offensichtlich die Luftfahrtunternehmen. Sie haben die Liberalisierung in erster Linie dazu genutzt, die verschiedenen Dienstleistungsanbieter gegeneinander auszuspielen und so die Kosten zu senken. Die Qualität der Dienstleistungen trat dabei in den Hintergrund. Die Konkurrenz zwischen den Fluggesellschaften wächst ständig und jede Gesellschaft versucht, günstigere Preise anzubieten. Unter diesem Wettbewerb leiden meistens die Beschäftigten, weil bei der Bodenabfertigung etwa drei Viertel der Gesamtabfertigungskosten aus Personalkosten bestehen. Da kann man woanders nicht kürzen.

Die EU-Mitgliedsstaaten beobachten das Ganze mit Sorge, denn diese Bodenabfertigungs-Dienstleister haben Probleme, qualifiziertes Personal zu finden und es auch zu halten. Es gibt EU-weit eine starke Personalfluktuationsrate. Der durch diese erste Richtlinie gestärkte Wettbewerb hat auch dazu geführt, dass etablierte Luftfahrtunternehmen oder Dienstleister einen Teil ihrer Belegschaft entlassen haben, während die Neueinstellungen bei den neuen Dienstleistern dann für niedrigeren Lohn erfolgten.

Es sollte auch nicht das Ziel sein, durch eine Ausweitung des Wettbewerbs die Arbeitsverhältnisse, das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen der Belegschaft zu verschlechtern und damit auch das Leistungsniveau insgesamt.

(Beifall bei Antje Möller GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Öffnung des Wettbewerbs sollte zu mehr Qualität führen, dem Service und der Sicherheit dienen und nicht Lohndumping begünstigen.

(Beifall bei Wolfgang Rose SPD)

Ohne klare Regelungen und einen gesetzlichen Mindestlohn kann eine weitere Liberalisierung zu unfairen Bedingungen auf Kosten der Belegschaft,

(Phylliss Demirel)

der Qualität, vor allem der Umwelt und der Sicherheit nicht akzeptiert werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir brauchen vor allem einen gesetzlichen Mindestlohn, damit dieser Wettbewerb für alle Beteiligten gerecht gestaltet werden kann. Die Liberalisierung der Bodenabfertigungsrichtlinie kann nicht im Zusammenhang mit der Vergrößerung der Kapazitäten der Luftflughäfen und damit verbundenen Förderung des Luftverkehrs diskutiert werden. Die Öffnung des Marktes muss Qualität und Sicherheit garantieren und darf keine Benachteiligung für die Belegschaft und für die Umwelt zur Folge haben.

Dazu gehören auch neben den Beschäftigungsverhältnissen die Festlegung von Versicherungsanforderungen und Qualitätsnormen für Flughäfen und eine weitere Verbesserung des Verfahrens für die Auswahl von Dienstleistungsfirmen. Angemessene Ausbildung und Sicherheitsstandards sind eine Selbstverständlichkeit für einen Flughafenbetrieb. Für weitere Schritte bedarf es in der Tat einer präzisen Analyse der Auswirkungen hinsichtlich der Beschäftigungsverhältnisse auf dem Hamburger Flughafen seit dem Inkrafttreten der ersten Richtlinie.

Wir hatten letzte Woche eine Schriftliche Kleine Anfrage zu den Beschäftigungsverhältnissen auf dem Hamburger Flughafen eingereicht. Aus der Antwort des Senats ergeben sich leider keine nützlichen Anhaltspunkte bezüglich der Beschäftigten, deren Zahl konstant geblieben ist. Wir konnten aus der Antwort nicht entnehmen, wie viele Beschäftigte darunter in Teilzeit arbeiten, wie viele in Vollzeit und wie viele durch Leiharbeitsfirmen.

Daher beantragen wir die Überweisung des Antrags an den Sozialausschuss und mitberatend an Wirtschaftsausschuss, damit wir eine präzise Diskussion führen können hinsichtlich der Bodenverkehrsrichtlinie, bevor wir von einer neuen Liberalisierungswelle überrollt werden. Daher bitte ich die SPD, dass sie der Überweisung zustimmt und dass wir auch eine Analyse in Auftrag geben können, vielleicht auch eine Expertenanhörung machen können. Präzisere Zahlen und präzisere Arbeit wären sehr angebracht. Daher bitten wir als GAL-Fraktion um die Überweisung des Antrags. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Balcke, es war eine sehr martialisch gehaltene Einbringungsrede für diesen Antrag. Wir sind gänzlich anderer Meinung in dieser Frage. Wie ich

die Vorredner verstanden habe, sind wir scheinbar die einzige Fraktion, und auch bei der Links-Fraktion würde ich vermuten, dass sie mit keiner Überraschung aufwartet.

Wer diesen Antrag verfasst hat, der leidet offenkundig nicht nur an selektiver Wahrnehmung, sondern er leidet vor allen Dingen an arbeitsmarktpolitischer Kurzsichtigkeit. Ich werde den Versuch unternehmen, dies kurz aus unserer Sicht zu begründen.

Die EU-Bodenverkehrsrichtlinie aus dem Jahre 1996 hatte zwei wesentliche Ziele, nämlich Entmonopolisierung und zugleich Wettbewerbsöffnung. Wobei es sich im Bereich der Bodenverkehrsdienste handelt, ist bereits zutreffend beschrieben worden. Er beinhaltet Gepäckverladung, Enteisung, Schleppdienste, Betankung und Reinigung, um nur einige Bereiche zu nennen. Wie das bei der Beseitigung von staatlichen Monopolen und der Schaffung von Wettbewerb nun einmal so ist, hat dies für alle Beteiligten nur Vorteile gebracht.

(Wolfgang Rose SPD: Welche denn?)

Die Qualität der Dienstleistungen an den Flughäfen hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verbessert. Dennoch konnten im gleichen Zeitraum die Flugpreise um 34 Prozent gesenkt werden. Davon haben Sie und wir alle profitiert, ganz gleich, ob als Urlaubsreisende oder als Geschäftsreisende.

(Beifall bei der FDP)

Der entscheidende Punkt ist aber, dass vor allem die Beschäftigten an den Flughäfen von dieser Liberalisierung profitiert haben. Es ist nämlich völlig unstrittig, dass in den vergangenen Jahren, auch angestoßen durch die Bodenverkehrsrichtlinie, die Entwicklung der Passagierzahlen von Jahr zu Jahr zugenommen hat. Noch nie bestanden in der Hamburger Flughafenwirtschaft – Herr Balcke hat es richtig angegeben – so viele Beschäftigungsverhältnisse wie heute. Gegenwärtig sind es knapp 14 500 Menschen. Die Unternehmen haben zudem Schwierigkeiten, noch genügend Menschen für die vorhandenen Jobs zu finden. Mit anderen Worten: Eine Mindestlohndebatte, liebe Kollegen, war gestern, Fachkräftemangel ist die Realität von heute.

(Beifall bei der FDP)

Sie können in der Fachpresse nachlesen, dass sich auch Michael Eggenschwiler, der Chef des Hamburger Flughafens, und Wilhelm Bender, der Chef von Fraport AG Frankfurt, gegen eine weitere Liberalisierung der Bodenverkehrsrichtlinie ausgesprochen haben. Dies könnte in der Tat verunsichern, die Bosse der Flughafengesellschaften stehen Seite an Seite mit ver.di gegen die EU-Kommission.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sollte einen ja nachdenklich stimmen!)

Herr Rose nickt. Ich habe heute gleich geprüft, ob Herr Rose möglicherweise im Aufsichtsrat der Hamburger Flughafen GmbH sitzt. Ich habe festgestellt, dass das nicht der Fall ist.

(Andy Grote SPD: Sonst haben Sie keine Probleme?)

Aber das, was ich eben beschrieben habe, ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch. Denn in der Realität sind die Flughafenbetreiber heute zugleich auch Gesellschafter der meisten Dienstleistungsgesellschaften. In Hamburg sind es zum Beispiel die Firmen CATS, STARS, GROUNDSTARS oder SecuServe. Die vermeintlichen Bündnispartner sind also eigentlich die Adressaten der Beschwerden von ver.di über angeblich prekäre Arbeitsverhältnisse oder Lohndumping. Dass nun die Flughafen Hamburg GmbH oder die Fraport GmbH als Allein- oder Mehrheitsgesellschafter der meisten Flughafendienstleister die jetzigen Wettbewerbsverhältnisse zementieren wollen, liegt doch auf der Hand. Oder, wie es im Antrag der SPD-Kollegen etwas kultivierter heißt, man halte die jetzige Struktur der Bodenverkehrsdienste auf dem Hamburger Flughafen für angemessen.

Meine Damen und Herren! Wer Wettbewerb will, der darf nicht die Monopolisten nach ihrer Meinung fragen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hält dies für eine unkluge Strategie. Der Hamburger Flughafen ist kein Reservat und für das heutige Passagieraufkommen besteht keine Garantie, sondern es besteht erheblicher Wettbewerb, nicht nur mit anderen deutschen, sondern auch mit anderen europäischen Flughäfen. Ob eine weitere Liberalisierung der EU-Bodenverkehrsrichtlinie kommt oder nicht, steht – jedenfalls nach dem, was man gegenwärtig aus Brüssel hört – noch in den Sternen.

Von daher ist es aus unserer Sicht falsch und auch unehrlich, bereits heute politische Beschlüsse auf unsicherer Faktenlage zu fassen. Wer dies macht, der gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Flughafens und damit zugleich auch die Arbeitsplätze von vielen Menschen, und zwar gerade auch von denjenigen, die vielleicht nach langer Arbeitslosigkeit wieder ein Arbeitsverhältnis bei einem der sehr personalintensiven Flughafendienstleister gefunden haben. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass es hier sehr einvernehmlich läuft und diese zusätzlichen Liberalisierungen, die in dem Bereich vorgehen sind – Liberalisierung passt mir in diesem Zusammenhang als Begriff gar nicht –,

(Finn-Ole Ritter FDP: Neoliberalismus!)

im Wesentlichen abgelehnt werden.

Herr Dr. Kluth, an Ihrer Argumentation stimmt einfach nicht, dass Liberalisierung nur Vorteile gebracht hätte. Dann müssen Sie alle befragen, denn diejenigen, die für die Beschäftigten da sind, stellen eindeutig fest, dass es Verschlechterungen gebracht hat; das ist im SPD-Antrag auch richtig dargestellt. Dementsprechend müssen Sie das zumindest einmal konstatieren.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es stimmt außerdem nicht an Ihrer Argumentation, dass hierdurch mehr Arbeitsplätze entstehen, lediglich die Bedingungen an den Arbeitsplätzen werden schlechter durch diese Liberalisierung. Darin bestehen keine Vorteile und dementsprechend ist es richtig, dies abzulehnen. Ich freue mich, dass bis auf eine kleine Minderheit dieses Haus das einvernehmlich einsieht.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der GAL – Andy Grote SPD: Die FDP steht kurz vor der absoluten Mehrheit!)

Meine Damen und Herren! Herr Balcke und Frau Demirel haben die wesentlichen Argumente sehr gut benannt und ich will sie nicht wiederholen, damit möchte ich niemanden langweilen. Ich möchte aber besonders auf zwei Punkte hinweisen, die ich für sehr wichtig halte, und ich möchte gern, dass wir uns damit etwas genauer beschäftigen.

Gestern erschien in meiner Lieblingszeitung, der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", ein Artikel, der überschrieben war auf der Titelseite mit der Überschrift "Deutsche halten nichts vom Binnenmarkt". Es wurden in einer überall erhobenen Umfrage zwei Dinge festgestellt. Es kam zunächst heraus, dass 65 Prozent aller Menschen in dieser Republik der Meinung waren, dass der Binnenmarkt im Wesentlichen eigentlich nur den Großunternehmen genützt hat.

(Jörg Hamann CDU: Großkapitalisten!)

27 Prozent waren nicht dieser Meinung.

Etwas anderes, das ich sehr entscheidend finde, ist, dass 64 Prozent sagten, dass das Land mit billigen Arbeitskräften überschwemmt worden wäre und 56 Prozent sagten, dass der Binnenmarkt den Lebensstandard insgesamt verschlechtert habe. Und sie haben – Herr Balcke hat es deutlich ausgeführt – in weiten Bereichen recht. Wir müssen

(Norbert Hackbusch)

uns mit der EU und ihren Entwicklungen sehr viel kritischer auseinandersetzen.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Denn das Ergebnis darf nicht sein, dass wir eine EU haben, die im Wesentlichen dafür steht, ein Sozialdumping zu betreiben und zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beizutragen. Das müssen wir einvernehmlich ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist wichtig, dass wir daran anknüpfend eine Europadiskussion führen müssen. Herr Balcke, es ist gerade entscheidend, diese Frage genauer zu diskutieren. Wir haben in den politischen Kreisen die Tendenz, im Allgemeinen schön über die EU zu reden, ohne jedoch die konkreten Bedingungen und die konkreten Veränderungen zu diskutieren. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass die Liberalisierung nicht zu mehr Arbeitsplätzen geführt hat und auch nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu einer Verschlechterung und zu einem Sozialdumping. Das ist genau das, was wir hier ablehnen.

Meine Damen und Herren! Das bedeutet, dass wir die EU sozialer aufstellen müssen. Das sind Anforderungen an uns und die EU insgesamt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Eine ähnliche Diskussion werden wir auch noch bekommen. Ich bin gespannt, ob die FDP da die gleiche Meinung hat, nämlich im Zusammenhang mit Port Package III, den Arbeitsbedingungen bei den Häfen. Dort werden wir auch das Problem haben, inwieweit die EU-Liberalisierung auf dem Rücken derjenigen, die dort arbeiten, ausgetragen wird. Ich hoffe, dass es hier auch gelingt, eine solche breite Mehrheit, wie sie sich jetzt ergibt, zu finden, um das zurückzuweisen.

Ich bin nicht ganz zufrieden mit dem, was die SPD uns serviert, wie das meist so ist bei einer Opposition. Sie sollten zumindest im Nachhinein, wie Frau Demirel auch sagte, diesen Antrag noch einmal an den Ausschuss überweisen. Es ist nämlich wichtig, sich damit konkret auseinanderzusetzen. Diese Bedingungen gibt es bisher nicht, das hat Frau Demirel klug und gut ausgeführt.

Falls der Antrag angenommen wird, muss ich Ihnen sagen, dass wir nicht in allen Punkten mit dem Antrag übereinstimmen. Sie haben völlig richtig ausgeführt – ich möchte aus dem Antrag zitieren –:

"Die Liberalisierung hat in der Tat zu Preissenkungen geführt, allerdings auch zu massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und zu Reallohnverlusten bei den Beschäftigten im Bereich der Bodenverkehrsdienste. Zeitarbeit, Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse haben zugenommen."

Das ist völlig richtig in der Analyse. Meine Damen und Herren von der SPD, dann verstehe ich aber nicht, warum Sie in Ihrem Petition unter Punkt 1 ausführen:

"Die Bürgerschaft hält die jetzige Struktur der Bodenverkehrsdienste auf dem Hamburger Flughafen für angemessen[...]."

Das ist doch ein Widerspruch. Wenn es zu Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen geführt hat, dann können wir nicht gleichzeitig sagen, dies würden wir für angemessen halten, sondern müssen dies dann kritisch diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der SPD, geben Sie sich einen Ruck und lassen Sie uns diesen Widerspruch auflösen. Lassen Sie es uns gemeinsam, meinestwegen auch im Nachhinein, im Ausschuss diskutieren. Es ist im Interesse der Beschäftigten in dieser Stadt. Eine kritische Diskussion über die EU ist absolut notwendig, denn eine EU, die auf Sozialdumping aufbaut, darf keine Realität werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Horch bekommt das Wort.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Abgeordneten! Bevor ich zu dem Antrag Stellung nehme, möchte ich kurz den aktuellen Stand auf der europäischen und der bundesweiten Ebene bezüglich des Themas darlegen.

Die Europäische Kommission wird voraussichtlich Ende Oktober 2011 ein sogenanntes Flughafenpaket vorlegen. Mit ihm sollen verschiedene Richtlinien überarbeitet werden. Eine davon ist die Richtlinie über die Bodenabfertigungsdienste. Die geltende Richtlinie von 1996 war als erster Schritt zur stufenweisen Liberalisierung des Zugangs zum Markt der Bodenabfertigungsdienste gedacht. Sie sollte zur Senkung der Betriebskosten der Luftfahrtunternehmen und zur Verbesserung der Dienstleistungen beitragen.

Bisher wissen wir nicht, in welcher Weise die Europäische Kommission die Revision der Richtlinie angehen will. Die Forderungen der betroffenen Sektoren der Luftverkehrsindustrie an die Inhalte sind daher sehr unterschiedlich. Flughäfen lehnen eine weitere Liberalisierung ab, sie befürchten einen massiven Preisdruck mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und die entsprechenden Qualitätseinbußen der angebotenen Dienstleistungen. Das ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Luftverkehrsunternehmen dagegen hoffen auf eine weitere Öffnung des Marktes und versprechen sich weitere Preissenkungen. So-

(Senator Frank Horch)

zialpartner, Arbeitnehmervertreter und Verbände fordern statt einer weiteren Liberalisierung die Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards, von Ausbildungsvorgaben und auch von Mindestlöhnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bodenabfertigungsdienste gelten als ein schwieriger Markt. Deshalb wird es in diesem Segment dringend notwendig sein, mögliche weitere Liberalisierungsschritte in ihrer Wirkung sehr kritisch zu hinterfragen.

(Beifall bei der SPD)

Wie auch immer der Entwurf der Kommission aussehen wird, er kann im Ergebnis weitreichende Konsequenzen für die Beschäftigten in diesem Dienstleistungssektor haben. Das dürfen wir hierbei nicht vergessen. Deshalb sind hier auch Aspekte wie der Einsatz für Ausbildungs- und Sicherheitsstandards ganz wichtig.

Mit dem Blick auf die bereits existierende Wettbewerbssituation in Hamburg und auch mit Blick auf die spezifischen Belange eines stadtnahen Flughafens wird es unzweifelhaft so sein, dass Hamburg in Bezug auf die erwartete Revision der Richtlinie den Aspekten der Qualitätssicherung, der Verlässlichkeit und der Sicherheit eine absolute Priorität einräumen wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen heute versichern, dass wir die Debatte intensiv führen werden, und wir werden sicherstellen, dass die Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg im bevorstehenden EU-Rechtssetzungsverfahren geeignet und auf den Flughafen zielgerichtet eingebracht werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/1590 federführend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration sowie mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die CDU-Fraktion hat hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt. Zunächst zu den Ziffern 1 und 2 des SPD-Antrags.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Ich hatte jede Ziffer beantragt!)

Gut, kein Problem. Dann stimmen wir ziffernweise ab. Zunächst zu Ziffer 1 des SPD-Antrags aus der Drucksache 20/1590.

Wer möchte die Ziffer 1 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 angenommen.

Wer möchte die Ziffer 2 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 2 angenommen.

Wer schließt sich der Ziffer 3 an? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer angenommen.

Ich rufe Punkt 34 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/1591, Antrag der SPD-Fraktion: Stellt der Bund Hamburg aufs Abstellgleis? – Verkehrsprojekte im Investitionsprogramm halten!

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Stellt der Bund Hamburg aufs Abstellgleis?
– Verkehrsprojekte im Investitionsprogramm halten!
– Drs 20/1591 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/1688, 20/1697 und 20/1699 Anträge der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Gutes Regieren? – Senat muss seine Hausaufgaben machen
– Drs 20/1688 –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Stellt der Bund Hamburg aufs Abstellgleis?
– Verkehrsprojekte im Investitionsprogramm halten!
– Drs 20/1697 –]**

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Stellt der Bund Hamburg aufs Abstellgleis?
– Verkehrsprojekte im Investitionsprogramm halten!
– Drs 20/1699 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Koeppen, Sie haben es.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Anmeldung der heutigen Debatte zu den geplanten Streichungen im Investitionsrahmenplan des Bundesverkehrsministeriums für den Zeitraum bis 2015 wollen wir ein gemeinsames, parteiübergreifendes Signal nach Berlin senden. Alle Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft ziehen an einem Strang und setzen sich gemeinsam für die Zukunft der Hansestadt ein. Es soll eine klare Botschaft an die Bundesregierung werden.

Eine Gefährdung des Hamburger Logistikstandorts und insbesondere des Hafenhinterland-Verkehrs

(Martina Koeppen)

ist für die gesamte Bürgerschaft nicht akzeptabel und gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Die Verbesserung der Verkehrsanbindung Hamburgs und des Hamburger Hafens ist von nationalem Interesse. Zudem sind lang geplante Ausbauten von elementarer Bedeutung für den Erhalt und die Steigerung der Lebensqualität der Hamburger Bürgerinnen und Bürger.

Allerdings könnte die heutige Debatte in eine klein-karierte, parteipolitisch gefärbte Provinzposse abgleiten. Wir alle müssen uns ernsthaft die Frage stellen, ob wir uns heute gemeinsam für die Zukunft Hamburgs einsetzen oder ein Schwarze-Peter-Zuschiespiel veranstalten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort liegt heute bei uns. Wir können auch gern darüber diskutieren, welche Versäumnisse es in den letzten zehn Jahren gab, welche Projekte maßgeblich in den letzten drei Jahren im Hamburger Süden geplant wurden oder ob ökologische und ökonomische Aspekte in einer zukünftigen Verkehrsplanung stattfinden, wenn es keine Mittel für Planungen und Ausführungen geben wird.

Das bringt uns aber in der Sache nicht weiter. Das Angebot der SPD-Fraktion liegt Ihnen in Form unseres Antrags vor. Wir möchten gemeinsam mit Ihnen eine Allianz bilden und dem Senat ein starkes Votum mit auf den Weg geben. Hamburg darf nicht aufs Abstellgleis gestellt werden, die Weichen hierfür werden am 10. November gestellt. Der Senat und insbesondere der Senator Frank Horch haben eine schwere Aufgabe zu bewältigen. Seien Sie beruhigt, die Hausaufgaben innerhalb des Senats und der Behörden werden gemacht. Bei den Planungen werden sowohl ökonomische als auch ökologische Aspekte berücksichtigt.

Daher wiederhole ich noch einmal unseren dringenden Appell an alle Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft. Stimmen Sie unserem Antrag zu, damit Hamburg nicht aufs Abstellgleis gestellt wird. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hesse, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Koeppen, zu Ihrem Wortbeitrag ist mir eigentlich nur eingefallen: Die Geister, die ich da rief. Denn bisher gab es gar keinen Dissens bei großen Infrastrukturprojekten in unserer Stadt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Umso besser!)

bei uns gab es bisher auch keinen Dissens zwischen CDU und SPD und auch nicht in der letzten Legislaturperiode mit den Grünen, die im Koalitionsvertrag diese großen Infrastrukturprojekte mit-

getragen haben. All das gab es bisher nicht, aber Sie rufen Geister herbei und eine Unruhe ins Parlament. Sie rufen die Opposition von LINKEN und Grünen auf, plötzlich Anträge zu schreiben, plötzlich wichtige Infrastrukturprojekte unserer Stadt infrage zu stellen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie hätten keinen Antrag schreiben müssen! Niemand hat Sie dazu gezwungen!)

und sich plötzlich aus diesem gemeinsam gefundenen Konsens der letzten Jahre zu verabschieden. Frau Koeppen, wenn Sie sagen, Sie wollten parteiübergreifend ein Zeichen nach Berlin geben, dann ist das mit der Anmeldung dieser Debatte mit Garantie nicht richtig gewesen.

Sie brechen eine Debatte vom Zaun, die wir gar nicht gebraucht hätten, weil es bisher eine große Einigkeit für diese Infrastrukturprojekte in unserem Logistik- und Wirtschaftsstandort Hamburg gab.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Hesse, geben Sie Frau Koeppen kurz das Wort?

Klaus-Peter Hesse CDU: Selbstverständlich.

Zwischenfrage von Martina Koeppen SPD:* Herr Hesse, könnten Sie uns sagen, welche Infrastrukturprojekte für den Hamburger Bereich noch im neuen Investitionsplan vorhanden sind?

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Frau Koeppen, wenn Sie Ihre eigene Anfrage, Drucksache 20/1537, verfolgt hätten, dann würden Sie die Antwort des Senats kennen. Ich lese sie Ihnen vor:

"Es gibt noch keinen abgestimmten Investitionsrahmenplan bis 2015 (...) für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes. Hamburg befindet sich zusammen mit den norddeutschen Nachbarn im Dialog mit dem Bund zu den dringend erforderlichen Verkehrsinvestitionen - insbesondere auch zur Sicherung der Hinterlandanbindungen der Seehäfen."

Hören Sie genau zu, hier steht in der Antwort auf Ihre Anfrage:

"Es gibt derzeit keinen Hinweis darauf, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Bundeskanzlerin nicht zu ihren grundsätzlich positiven Äußerungen zu den Bedarfen bei der Sicherung der Seehafen-Hinterlandanbindungen stehen würden."

(Beifall bei der CDU)

Eigentlich hätte ich, liebe Frau Koeppen, Ihre Schriftliche Kleine Anfrage gar nicht vorlesen müs-

(Klaus-Peter Hesse)

sen, denn auch Staatsrat Rieckhof hat – ich glaube sogar, auf Ihre Nachfrage hin – in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses Verständnis dafür gezeigt, dass der Bund endlich darauf schaut, welche Infrastrukturprojekte tatsächlich durchfinanziert auch umgesetzt werden können, und dass es eigentlich zur Klarheit und Wahrheit dazugehört, dass Infrastrukturprojekte nur dann in den Rahmenplan geschrieben werden, wenn sie auch umgesetzt werden können. Es war Ihr Verkehrsminister Tiefensee, der diesen Plan aufgebläht und Projekte hineingeschrieben hat, die nicht durchfinanziert waren. Unser derzeitiger Verkehrsminister bringt es auf das zurück, was es ist, wenn er sagt: Erst einmal wird das umgesetzt, was geplant ist, und irgendwelche Wolkenkuckucksheime gibt es nicht, erst müssen die Länder ihre Hausaufgaben machen. Das hat Staatsrat Rieckhof im letzten Verkehrsausschuss zugesagt und das erwarten wir vom Senat auch, so steht es im Antrag der CDU-Fraktion und so sollte es auch geschehen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU fordert in ihrem Zusatzantrag genau das, was Sie, Frau Koeppen, zu Beginn Ihrer Rede mit dem Wunsch nach einem parteiübergreifenden Zeichen nach Berlin artikuliert haben. Wir fordern, sich weiterhin gemeinsam mit den norddeutschen Bundesländern beim Bund für die Realisierung der in der Ahrensburger Liste festgeschriebenen Verkehrsprojekte einzusetzen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Hesse, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Klaus-Peter Hesse CDU: Na klar.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE: Danke, Herr Hesse. Können Sie mir erklären, wo der Unterschied zwischen Ihrem Petikum und dem Antrag der SPD ist?

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Das ist sehr einfach, Frau Sudmann. Wir fordern ganz klar, dass der Bund und die norddeutschen Länder sich weiter gemeinsam für die großen Infrastrukturprojekte am Standort Hamburg einsetzen, sehen aber keine Projekte in irgendeiner Form in Gefahr. Es ist ein Unterschied, ob man Projekte in Frage stellt oder wie wir sagt, dass es keine Infragestellung gibt, weil die bisher geplanten Projekte für den Wirtschafts- und Logistikstandort einfach notwendig sind. Die SPD und Frau Koeppen mit ihrem Redebeitrag stellen diese Projekte infrage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN und der GAL, stellen Sie diese wichtigen Infra-

strukturprojekte, auf die wir uns eigentlich – zumindest mit den Grünen – schon geeinigt hatten, nicht infrage. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Hamburg und schwächt uns in der Argumentation mit dem Bund.

Liebe SPD-Fraktion, bitte machen Sie nicht den Fehler, sich von diesem wichtigen, parteiübergreifenden Konsens, den wir brauchen, zu verabschieden. Hören Sie auf mit dem parteipolitischen Klein-Klein, das schadet unseren Bestrebungen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die CDU-Fraktion ist an der Seite von Wirtschafts- und Verkehrssenator Horch,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut!)

wenn es darum geht, in Berlin für diese Projekte zu werben und zu kämpfen; das war die CDU, das ist die CDU und das wird die CDU auch immer sein. Lassen Sie uns das gemeinschaftlich machen anstatt hier im parteipolitischen Klein-Klein diese Projekte zu diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Steffen, Sie haben das Wort.

Dr. Till Steffen GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Landläufig funktioniert die unterstützende Finanzierung von Verkehrsmaßnahmen durch den Bund so: Die einen bestellen und die anderen sollen bezahlen. Politikerinnen und Politiker aller Regionen bestellen, was sie gern hätten an Autobahnen, Bundesstraßen, Ortsumgehungen und neuen Bahnhöfen. Natürlich muss jeder von ihnen mit Erfolgen in seinen Wahlkreis zurückkommen und so werden ihre Wünsche auf die Liste des Bundes gesetzt. Ob das finanzierbar ist oder nicht, steht in den Sternen, das heißt, es wird virtuelle Politik gemacht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: So wie Schwarz-Grün!)

Stattdessen müsste man sich auf die Maßnahmen konzentrieren, die tatsächlich finanzierbar sind. Es zeichnet sich ab, dass der Bund jetzt eine solche Korrektur vornimmt und die Liste der durchzuführenden Maßnahmen den Möglichkeiten anpasst und deswegen wesentlich weniger Maßnahmen überhaupt finanzierbar sein werden.

Jetzt stellt sich die Frage, wie wir Politikerinnen und Politiker aus Hamburg und unserer Region darauf intelligent reagieren. Ist es am klügsten, unsere persönliche Liste besonders weit aufzublähen, oder wäre es nicht klüger und würde es unsere Argumentation nicht etwas überzeugender machen, wenn wir uns auf die Projekte konzentrieren, die besonders dringlich sind? Das ist die Frage, von der unser Zusatzantrag getragen ist, und da sagen wir: Zentral sind die Umsetzung der weit vorangeschrittenen Planungen für den A7-Deckel

(Dr. Till Steffen)

und den Ausbau der A 7 – wir sind überzeugt, dass das sehr viel Gewinn für die Stadt bringen wird – und die weiteren Ausbauschritte des Bahnnotens Hamburg, damit das Nadelöhr direkt am Ausgang des Hamburger Hafens für den Schienenverkehr geweitet wird. Über andere Projekte, wie die Hafenquerspange und die Y-Trasse, muss man sehr genau nachdenken, weil bei ihnen der Nutzen nicht hinreichend klar ist. Bei der Y-Trasse ist das besonders deutlich, denn das eigentliche Nadelöhr ist der Harburger Bahnhof und die Y-Trasse soll weit südlich von ihm ansetzen und auch weit nördlich vom nächsten Nadelöhr, dem Hannoveraner Bahnhof, enden. Für die Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens bringt das Projekt Y-Trasse also relativ wenig, und deswegen kann man verstehen, dass der Bund ein Fragezeichen setzt. Wir sollten erst einmal in der Lage sein, das vernünftig auszuräumen.

(Beifall bei der GAL)

Was heißt das für unsere Hamburger Verkehrspolitik? Wenn wir wirklich an der Frage arbeiten wollen, wie wir den Hamburger Hafen funktionsfähig erhalten können, dann müssen wir uns auf das Machbare konzentrieren. Wir dürfen unsere Planungen nicht auf Projekten aufbauen, die der Bund trotz allem Strampeln, das wir in der Region aufbringen können, in den nächsten Jahren nicht finanzieren wird. Wir brauchen eine Abdeckung der prognostizierten Steigerung im Containerumschlag, lange bevor die Hafenquerspange vielleicht irgendwann einmal kommt. Die prognostizierte Steigerung wird noch verstärkt werden, wenn die Elbvertiefung kommt und es uns tatsächlich gelingen sollte, die ganz großen Schiffe nach Hamburg zu holen.

Wir müssen das Machbare deswegen nach vorne stellen. Dabei spielt die Ertüchtigung der Haupthafenroute eine große Rolle, eine intelligente Verkehrlenkung, wie sie jetzt auch angegangen wurde, ist ein richtiger Schritt. Wir müssen hoffen, dass uns die Aufhebung des Freihafens hilft, und wir müssen darüber nachdenken, wie wir alternativ eine bessere Anbindung des Hamburger Hafens insbesondere für den Bahnverkehr finanzieren können. Dabei sollten wir auch einmal auf andere Länder schauen und nicht nur auf den Bund, dass er uns irgendwann bedienen möge. Ich glaube, wir müssen mit der Hafenwirtschaft ins Gespräch kommen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Gespräche mit der Hafenwirtschaft sind ja Spezialität der GAL! Das habt ihr ja schon in der letzten Wahlperiode super hingekriegt!)

und gucken, welche Finanzierungen möglich sind, um eine bessere Anbindung des Hamburger Hafens sicherzustellen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Koeppen, musste das denn wirklich sein? Mussten Sie sich und uns das wirklich antun, diesen Antrag zu stellen und ihn dann nicht spätestens vor einer Woche zurückzunehmen? Herr Hesse hat schon zu Recht darauf hingewiesen: Allerspätestens bei der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses muss doch auch Ihnen klar geworden sein – Ihr eigener Staatsrat hat Ihnen dort mitgeteilt, dass da nichts dran ist und keine Gefahr besteht –, diesen Antrag zurückziehen zu müssen, wenn man sich als Regierungsfraktion nicht lächerlich machen will.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber auch aus anderen Gründen ist dieser Antrag der peinlichste, den wir bisher in dieser Wahlperiode hatten. Das fängt schon damit an, wie er eingeleitet wird.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – *Andy Grote SPD: Keine Gefahr!*)

Sie haben vor zwei Wochen gezielt das Gerücht gestreut – wie wir wissen, unberechtigt –, es gäbe eine Gefahr. Daraufhin berichtet die Presse darüber und dann nehmen Sie diese Berichte als Rechtfertigung dafür, dass es Probleme gibt. Sie haben versucht, auf ganz billige Art und Weise ein Thema herbeizuschaffen, und dann war es auch noch falsch. Das ist peinlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Hesse hat die Drucksache und auch Staatsrat Rieckhof schon zitiert. Das einzige Problem ist die Y-Trasse, die ist planungsrechtlich einfach noch nicht so weit. Das ist der Grund, warum sie nicht im Investitionsrahmenplan steht und so schnell auch nicht aufgenommen wird. Es gibt planungsrechtliche Nachlässigkeiten, nicht unbedingt auf Ihrer Seite, aber es gibt sie halt.

Ein weiterer Grund, warum dieser Antrag unglaublich peinlich ist: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Dieser Senat hat hinsichtlich der Verkehrspolitik im letzten halben Jahr komplett versagt. Es gibt kein Busbeschleunigungskonzept, keinen Radwegeplan, kein Verkehrskonzept für den Hamburger Süden und nicht einmal Interesse dafür, wo Staus sind. Und der Senator kann noch nicht einmal sagen, wann diese Konzepte vorliegen werden. Sie haben versagt, bei Ihrem Senat besteht die Gefahr, dass wichtige Projekte nicht umgesetzt werden, und nicht beim Bund.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dazu kommt noch die Verkehrsausschusssitzung in der vergangenen Woche; das haben Sie vielleicht schon vergessen. Die Abgeordneten waren

(Dr. Wieland Schinnenburg)

da, viele Behördenmitarbeiter waren da, und wer war nicht da? Der Senator und sein Staatsrat. Der Staatsrat mit der Begründung, er hätte nicht gewusst, dass die Sitzung um 17 Uhr beginne. Er hatte mit 17.30 Uhr gerechnet und kam um 17.20.

(Robert Heinemann CDU: Ist ja auch ganz neu in Hamburg, wann die Sitzungen anfangen!)

Die Sitzungen fangen seit vielen Jahren, außer beim Eingabenausschuss, immer um 17 Uhr an, das müsste sich auch zum Staatsrat herumgesprochen haben. Beim Senator ist es noch schlimmer. Er hat ausrichten lassen, er könne nicht kommen, da er zum Aufsichtsrat der Hamburg Marketing GmbH müsse. Offensichtlich ist ihm ein Aufsichtsrat wichtiger, als dem Verkehrsausschuss des Parlaments Rede und Antwort zu stehen und endlich einmal etwas zum Verkehrskonzept für den Hamburger Süden – das stand auf der Tagesordnung – zu sagen. Er ist nicht gekommen. Das ist eine Brückierung des Parlaments. Er hatte offenbar nichts zu sagen. Wer so eine Verkehrspolitik macht, sollte nicht mit Fingern auf andere Leute zeigen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Eigentlich lohnt es nicht, sich mit diesem Pamphlet überhaupt auseinanderzusetzen, aber im Interesse der Sache haben wir das trotzdem getan. Wir als FDP-Fraktion sind der Meinung, dass der Antrag der CDU der bessere ist, weil er die Ahrensburger Liste erwähnt und damit deutlich macht, worum es eigentlich geht. Wir werden deshalb dem Antrag der CDU zustimmen. Wenn dieser Antrag abgelehnt werden sollte, würden wir auch dem Petitum der SPD zustimmen, weil in ihm inhaltlich nichts Falsches steht.

Ein Wort noch zur GAL und zur LINKEN. Spätestens mit Ihren Zusatzanträgen zeigen Sie, dass Sie – wenigstens im Verkehrsbereich – nicht regierungsfähig sind. Wer alle Projekte, die Hamburg und Norddeutschland dringend brauchen, infrage stellen und ablehnen will, der ist eine große Gefahr für den Hamburger Hafen und Norddeutschland insgesamt.

Meine Damen und Herren von den Grünen! Sie werden keine Stadtbahn in Hamburg bekommen und Sie werden auch keine Stadtbahn von Hamburg nach Hannover bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE: Herr Schinnenburg verwirrt mich immer. Ehrlich gesagt kann ich ver-

stehen, wenn man ab und zu wenig Lust auf einen Ausschuss hat, aber das war nicht das Thema.

Frau Koeppen, Sie sind sehr moralinsauer gestartet und haben nicht viel Herzblut in Ihren Antrag gelegt. Dass die SPD quasi ein Monopol beansprucht, die Hamburger Zukunft zu definieren, und von allen verlangt, dem zuzustimmen, finde ich schon sehr vermessen. Wir haben keine Lust, da mitzumachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe mich gefragt, was eigentlich das Zukunftsweisende an den Verkehrsprojekten ist, die Sie so vehement unterstützen; alle aufgeführten sind zehn, 15 oder sogar 20 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich viel verändert, aber was sich nicht geändert hat, ist – das werden Sie auch festgestellt haben –, dass es trotz aller Straßenbauprojekte nicht zu einer ernsthaften Entlastung oder gar zu Rückbauten gekommen ist. Alle Straßenbauprojekte haben dazu beigetragen, dass wir noch mehr Verkehr in Hamburg haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und Sie wollen jetzt Straßenrückbau vorschlagen!)

– Nein. Ich möchte vorschlagen, Herr Dressel, dass Sie und Ihre Genossinnen und Genossen darüber nachdenken, wie eine zukunftsweisende Verkehrspolitik aussehen kann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben wir hier ja schon beschlossen!)

Dabei können Sie sich an Grundsätzen orientieren. Wenn ich mir Verkehr angucke, muss ich erst einmal schauen, welche Möglichkeiten ich habe, Güterverkehr oder motorisierten Individualverkehr zu vermeide, welche Möglichkeiten ich habe, ihn zu verringern. Und wenn ich ihn nicht verringern kann, wie kann ich ihn auf die Schiene oder andere umweltverträgliche Verkehrsmittel verlagern? Das alles machen Sie nicht. Sie wollen Planungen wie die der Y-Trasse umsetzen, bei denen es erhebliche Zweifel gibt, ob sie überhaupt noch sinnvoll sind. Deswegen sagen wir: Sie haben jetzt die Chance zur Neuorientierung, Sie können jetzt zeigen, was zukunftsweisend ist, anstatt an altbackenen Modellen der letzten 20, 30 Jahre festzuhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Horch, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Abgeordneten! Der Bund steht bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur vor einer Herkulesaufgabe, wenn er jetzt die neuen Investitionsrahmenpläne für die Jahre 2011 bis 2015 aufstellen muss. Umfassend nachgewiesene Neu- und Ausbaubedarfe der einzelnen

(Senator Frank Horch)

Bundesländer und ein dramatisch gewachsener Erhaltungsbedarf bei Straßen, Schienen und Brücken führen zu einer deutlichen Übersteuerung des Haushaltsvolumens des Bundes. Das wissen wir alle nicht erst seit heute. Wir wissen darüber hinaus auch, dass das vorhandene Netz von Verkehrswegen in einem tauglichen, zuverlässigen und vor allem auch sicheren Zustand bleiben muss und deshalb der Instandhaltung ein besonderes Gewicht zukommt.

Norddeutschland braucht aber auch wesentliche Investitionen in die Erweiterung und den Neubau von Strecken, um den nationalen Aufgaben als Seehafen gerecht werden zu können. Das muss deutlich betont werden. Prognosen für den Hafenumschlag gehen von enormen Zuwächsen für die Jahre 2025 bis 2030 aus, die dann auf leistungsfähigen Verkehrswegen in Deutschland und Europa zum Ziel gebracht werden müssen. Hamburg hat gemeinsam mit seinen norddeutschen Nachbarn seine Hausaufgaben gemacht und ein Zukunftsnetz, die sogenannte Ahrensburger Liste, entwickelt, die nun auch schrittweise realisiert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

In Anbetracht knapper Kassen wird es darauf ankommen, gegenüber dem Bund Prioritäten deutlich zu machen, die auf einer transparenten und auch für die anderen Bundesländer nachvollziehbaren Strategie basieren. Nur gemeinsam mit Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern werden wir in Berlin etwas erreichen. Schwerpunkt unserer Strategie müssen die seewärtigen Zufahren und Hinterlandanbindungen sein, die für die maritime Wirtschaft von besonders hoher Bedeutung sind.

(Beifall bei der SPD und bei *Klaus-Peter Hesse CDU*)

In erster Linie geht es um neue Kapazitäten beim Schienengüterverkehr. Wir brauchen eine bessere Ausnutzung des Bestandsnetzes der Hafenbahn, aber auch der Bundesbahnstrecken in Hamburg und aus Hamburg heraus. Wir brauchen aber auch neue Strukturen. Wir befinden uns mit unseren großen Neubau- und Erweiterungsprojekten auf den Bundesfernstraßen überwiegend in den entscheidenden Planungsphasen; lassen Sie mich nur beispielhaft den Ausbau der A 7 oder den Lückenschluss der A 26 von Stade bis zur A 7 nennen. Hamburg kann diese Projekte nicht aus den jährlichen Standardfinanzierungen des Bundes bestreiten.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ja, da erzählen Sie nichts Neues!)

Hier ist der Bund in der Vergangenheit seiner besonderen Verantwortung für den Wirtschafts- und Hafenstandort Hamburg mit Sonderfinanzierungen immer gerecht geworden. Das muss auch in Zu-

kunft so bleiben. Entsprechende Zusagen für die A 7 und die A 26 als Lückenschluss bis zur A 7 liegen uns vor und wir werden uns auch weiter und fortan darum bemühen, diese vom Bund einzufordern.

(Beifall bei der SPD und bei *Klaus-Peter Hesse CDU*)

Wir werden auch kurzfristig für die Hafenquerspanne als A26-Fortführung noch notwendige Nachweise in Berlin und Bonn vorlegen, damit auch dieses Projekt in den vordringlichen Bedarf und die Prioritätenliste eingestellt wird.

Im Schienensektor stehen die drei großen Maßnahmen Y-Trasse, Ausbau des Bahnknotens Hamburg – Hamburg/Hauptbahnhof und Hamburg/Harburg – und der Neubau der S4 im Mittelpunkt der Investitionen. Die stets abwartende Haltung des Bundes bei der Y-Trasse und dem Ausbau des Eisenbahnknotens Hamburg ist, wie wir heute schon gehört haben, nicht immer beruhigend. Ohne große Neubauprojekte werden die Hafenverkehre bald nicht mehr zu bewältigen sein, das zeigen Studien des BMVBS und auch unsere eigenen Studien ganz deutlich.

Hamburg wird auf allen Ebenen alles unternehmen, dem Bund die Problemlage, aber vor allem auch die Chancen zu verdeutlichen, die aus den angestrebten infrastrukturellen Maßnahmen in Hamburg und mit den Hinterlandverbindungen entstehen. Norddeutschland und speziell Hamburg werden damit ihrer nationalen Aufgabe verantwortungsvoll gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesen Zielsetzungen wäre eine breite Zustimmung der Bürgerschaft das richtige Signal an den Bund. – Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 20/1697. Diesen möchte die GAL-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

Wer möchte Ziffer 4 beschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 5 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Ziffer und der gesamte Antrag abgelehnt.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/1688.

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Weiter zum Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/1699.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Schließlich zum SPD-Antrag aus der Drucksache 20/1591.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14, Drucksache 20/1541, Bericht des Haushaltsausschusses: Förderung des Wohnungsneubaus, Bundesratsinitiative zur Erhöhung der linearen Abschreibung/Einführung einer zeitlich befristeten erhöhten Abschreibung.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/624:

Förderung des Wohnungsneubaus Bundesratsinitiative zur Erhöhung der linearen Abschreibung/Einführung einer zeitlich befristeten erhöhten Abschreibung (Antrag der CDU-Fraktion)

– Drs 20/1541 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Roock, Sie haben es.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir fragen uns, warum der Hamburger Senat die von uns geforderte steuerliche Förderung von Wohnungsbau und energetischer Sanierung nicht will. Sie verpassen damit eine Chance, den Wohnungsbau weiter zu forcieren. Ihre Begründungen waren und sind wenig stichhaltig und überzeugend. Im Haushaltsausschuss führten Sie als Gegenargument zu Punkt 4 unseres Antrags an, dass sich dafür auch im Bundesrat bei der Abstimmung eines analogen Gesetzentwurfs der Bundesregierung keine Mehrheit gefunden habe. Aber wer, bitte, hat denn dies nach der Einbringung unseres Antrags unter anderem verursacht?

Hamburgs sozialdemokratische Stimmen haben am 8. Juli doch zur Ablehnung beigetragen. Daran sind Sie also nicht ganz unschuldig und es ist geradezu grotesk, Herr Bürgermeister, das jetzt als Argument heranzuziehen.

(Beifall bei der CDU)

Zugegeben, eine solche Entscheidung wäre natürlich nicht so medienwirksam zu verkaufen gewesen wie das "Bündnis für das Wohnen in Hamburg" oder der Vertrag für Hamburg mit den Bezirken.

(Zuruf von *Jan Quast SPD*)

Aber mediale Inszenierungen alleine, Herr Quast, machen noch keine Politik. Hinzu kommt, dass Senatorin Blankau mittlerweile hinsichtlich der Erreichung der Zielzahl von 5000 bis 6000 Wohnungen im Jahr das dritte Mal zurückrudert. Ich gehe davon aus, dass selbst der Bürgermeister inzwischen erkannt hat, dass diese Senatorin eine Belastung für den Senat und damit auch für die Stadt ist.

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote SPD*: Das war ja sauber hergeleitet!)

Meine Damen und Herren! Die merkwürdige Rolle bei dem Thema Blohm + Voss von Frau Blankau

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Jan Quast SPD*: Baut Blohm + Voss jetzt auch Wohnungen?)

wird natürlich noch aufzuklären sein. Meine Fraktion und ich sind weiterhin davon überzeugt, dass die von uns vorgeschlagenen Mittel zur Ankerbelung des Wohnungsbaus und zur Erreichung von Klimaschutzziele bei der Gebäudesanierung beitragen können. Es gibt nachweisbare positive Effekte durch degressive Abschreibung in der Vergangenheit. Warum sollte man ein bewährtes Mittel nicht wieder neu auflegen? Sie wollen einfach nicht und verkennen dabei, dass sich jeder investierte Euro fünf- bis achtmal dreht und dadurch mittel- bis langfristig Steuereinnahmen generiert werden.

Hinsichtlich der degressiven Abschreibung gilt es, zu differenzieren und abzuwägen. Höhe und Art der Abschreibung sind für den Erfolg ausschlaggebend. Dies gilt zum Beispiel besonders hinsichtlich der von Ihnen vorgebrachten angeblich mangelnden Regionalisierbarkeit. Dies ist nur der Fall, wenn die Höhe der Abschreibung so hoch ist, dass sich die Investition an sich lohnt. Eine wie von uns geforderte moderate Anhebung würde dagegen nur in Regionen lukrativ sein, in denen ein tatsächlicher Bedarf an Wohnungsbau besteht.

Besonderes Augenmerk lege ich noch einmal auf Punkt 4 unseres Antrags: Durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten auch für private Investoren kann die Energieeffizienz von Gebäuden effektiv verbessert werden. Dies ist ein wichtiger Baustein für Klimaschutz und Energiewende. In der

(Hans-Detlef Roock)

Gebäudesanierung liegen die größten Potentiale für den Klimaschutz – das weiß jedes Kind, der Senat offenbar nicht. Diesem Aspekt schenken Sie in Ihrer Ablehnung überhaupt keine Beachtung.

(Jan Quast SPD: Doch, haben wir!)

Hamburg verdient es, da besser aufgestellt zu sein. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Quast, Sie haben das Wort.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Roock, uns hat erstaunt, dass Sie diesen eigentlich grandios durchgefallenen Antrag hier überhaupt noch einmal zur Debatte anmelden. Ich dachte, jetzt kommen die großen Überraschungen, die uns davon überzeugen, wie richtig die Initiative ist, aber im Prinzip haben Sie nichts Neues gesagt. Ich will Ihnen aber gern noch einmal helfen zu verstehen, warum wir diesen Antrag als nicht sinnvoll erachten.

Das erste Problem ist, dass dieser Antrag wieder einer nach dem Motto "Lass' die anderen mal machen" ist. Sie haben es in den letzten zehn Jahren versäumt, ausreichend Wohnungsbau in Hamburg zu fördern, und auch jetzt fällt Ihnen nur ein, eine Bundesratsinitiative zu starten, aber für Hamburg selber haben Sie keine Ideen.

(Beifall bei der SPD)

In den Punkten 1 und 2 Ihres Antrags fordern Sie die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung für Wohngebäude von mindestens 4 Prozent. Ähnlich geartete Initiativen, aus Bayern beispielsweise und auch andere, sind im Bundesrat gescheitert, und zwar aus den Gründen, zu denen ich jetzt komme. Das Problem ist nach wie vor, dass dies kein Instrument ist, um zielgerichtet Wohnungsbau an bestimmten Stellen zu fördern. Das heißt, es ist auch kein Instrument, um zielgerichtet Wohnungsbau in Hamburg zu fördern. Möglicherweise fördert es tatsächlich die Investitionstätigkeit von Unternehmen. Wenn aber Hamburger Unternehmen investieren und das nicht in Hamburg tun, sondern sonstwo in Europa – dazu sind sie nämlich aufgrund der Kapitalsverkehrsfreiheit berechtigt –, dann hat das auf jeden Fall den Effekt, dass das Hamburger Steuersäckel unter diesen Mindererträgen leidet. Und damit haben wir gar nichts für Hamburg getan.

Unser Weg ist das nicht, Herr Roock. Wir wollen die Hamburger Steuergelder ganz gezielt für den Wohnungsbau in Hamburg einsetzen. Wir wollen den Wohnungsbau in Hamburg fördern. Dazu haben wir – das haben Sie in den Haushaltsberatungen mitbekommen – das Fördervolumen für Neubawohnungen um zwei Drittel, nämlich um

800 Wohnungen, auf 2000 Wohnungen ausgeweitet. So kommen Hamburger Steuermittel auch dem Hamburger Wohnungsbau zielgerecht zugute. Das ist der richtige Weg, Herr Roock.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen sich dafür ein, eine Bundesratsinitiative zu starten, um die Abschreibungsmöglichkeiten für die energetische Optimierung von Neubauten zu erhöhen; das haben Sie eben noch einmal betont. Dies war gerade erst auf Bundesebene Thema und im Bundesrat ist ein ähnlicher Vorstoß der Bundesregierung gescheitert. Da fragt man sich, warum jetzt noch einmal? Vor allen Dingen fragen wir uns das, weil die Bundesregierung mittlerweile einen viel besseren Weg gefunden hat, man glaubt es kaum, nämlich eine direkte Förderung solcher Maßnahmen durch die Erhöhung der KfW-Mittel. Das ist der richtige Weg, so kommen die Mittel hier an. Und das ist auch für die Unternehmen der bessere Weg, um tatsächlich verstärkt Wohnungen zu bauen. Also ist auch dieser Punkt Ihres Antrags vollkommen überflüssig und liegt neben dem Thema.

Im letzten Punkt Ihres Antrags fordern Sie, dass die Erhaltungsmaßnahmen in Form energetischer Modernisierungen von Wohnungen auf Antrag steuerlich abgesetzt werden können; Sie haben das sogar eben noch einmal angesprochen. Im Haushaltsausschuss hat aber die Finanzbehörde dargelegt, dass das längst möglich ist. Paragraph 82b der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung ermöglicht das. Haben Sie im Haushaltsausschuss nicht zugehört? Es steht sogar im Protokoll. Auch das ist ein vollkommen überflüssiger Vorstoß von Ihnen, der nichts bringt; das geht nämlich schon.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Sie sehen, die Forderungen des CDU-Antrags sind entweder unnötig, aufgrund besseren – das kommt selten vor – Handelns der Bundesregierung überflüssig oder sie verringern die Steuereinnahmen von Hamburg. Wir aber gehen andere Wege, wir machen das, was wirklich hilft, um den Wohnungsbau in Hamburg zu fördern. Ich will Ihnen das gern noch einmal sagen. Mit dem Vertrag mit den Bezirken sorgen wir dafür, dass mehr Wohnungsbauflächen zur Verfügung stehen. Mit dem Vertrag mit der Wohnungswirtschaft gewinnen wir diese für mehr Wohnungsbauinvestitionen. Mit der SAGA ist vereinbart, dass der Wohnungsneubau von null auf tausend startet. Mit unserem Neubauförderprogramm, das ich Ihnen eben vorgestellt habe, sorgen wir ebenfalls dafür, dass wesentlich mehr Wohnungen in Hamburg gebaut werden, als Sie es in den letzten zehn Jahren geschafft haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Duge, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben viel über die inhaltlichen Seiten gehört. Ich frage mich im Nachhinein, warum die SPD diesen Antrag eigentlich an den Haushaltsausschuss überwiesen hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Jetzt machen wir Überweisungen und dann wird das auch kritisiert! – *Jan Quast SPD:* Was wir auch machen, es ist falsch!)

Ist es so, dass sich die SPD mit allen Anträgen zur Belegung des Wohnungsbaus ernsthaft auseinandersetzt, wie sie es im Ausschuss gesagt hat?

Zur Klärung der Frage, was man mit den Abschreibungen machen kann, fällt Ihnen nichts anderes ein, als einen Senatsvertreter zu befragen, der dazu sagt: Die Anforderung einer zielgerichteten Förderung des Wohnungsbaus durch Abschreibungsveränderungen sei schwierig mit Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes in Einklang zu bringen. Schwierig ist richtig, aber nicht unmöglich. Ich frage mich, seit wann die SPD vor schwierigen Fragen zurückscheut. Fehlt ihr vielleicht die Möglichkeit, sich auseinanderzusetzen?

(*Andy Grote SPD:* Sie werden doch diesen Unsinn nicht unterstützen, Herr Duge!)

– Ich habe zu Recht über die Frage nachgedacht.

Der Antrag, der von der CDU gestellt wurde, war folgerichtig, eine Sachverständigenanhörung zu machen. Es geht nicht um irgendwelchen Pipifax, sondern um eine wichtige Frage, nämlich um die Förderung des Wohnungsbaus, Herr Grote.

(*Andy Grote SPD:* Doch nicht mit der Maßnahme, Herr Duge!)

Dieser Sachverständigenantrag hätte dann unter Modifizierung bestimmter Punkte zu einer sachlichen, räumlichen und zeitlichen, vielleicht auch punktuellen Steuerung führen können; zumindest hätte man das prüfen können. Die SPD hat diesen Antrag – das ist nicht das erste Mal – zur Sachverständigenanhörung abgelehnt. Ich erinnere auch an die Ablehnung der Sachverständigenanhörung zum A7-Deckel. Es sieht fast so aus, als würde die SPD eine Phobie gegen Sachverständigenanhörungen entwickeln.

(*Andy Grote SPD:* Sie haben eine Phobie gegen Sachverstand, das ist viel schlimmer!)

– Wenn Sie nicht damit einverstanden sind, sich mit Sachverständigen auseinanderzusetzen, dann werde ich Ihnen vielleicht den Tipp geben, sich ein Rezept zur Desensibilisierung verordnen zu lassen.

(Beifall bei der GAL – *Andy Grote SPD:* Desensibilisiert sind Sie ausreichend!)

Inhaltlich ist dieser Antrag letztlich nicht diskutiert worden. Er ist offen und insofern werden wir der Empfehlung des Ausschusses nicht zustimmen. Dieser Antrag ist aber dermaßen obsolet, dass wir auch keine Ablehnung erteilen werden. Wir werden die SPD sicherlich daran messen, wie weit sie in Zukunft bereit sein wird, sich sachlich und auch fachlich damit auseinanderzusetzen; das ist ja zu Anfang immer wieder gefordert worden. Das Rezept, Herr Grote, liegt bereit.

(Beifall bei der GAL – *Andy Grote SPD:* Die große Wohnbaufraktion GAL!)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir hatten dieses Thema schon einmal im Plenum, und damals habe ich dieselbe Meinung vertreten wie heute. Wir werden dem Anliegen der CDU-Fraktion natürlich zustimmen und damit diesen Antrag aus dem Haushaltsausschuss ablehnen.

Eine kleine Begründung: Man sollte mit volkswirtschaftlichem Wissen nicht hinter dem Berg halten. Abschreibungen sind ein wichtiges Mittel, um kleinere und mittlere Investitionen zu steigern, damit auch kleineren Wohnungsbauunternehmen beziehungsweise Privatleuten ermöglicht wird, Wohnungen zu bauen.

(*Andy Grote SPD:* Bei Leerstand ist das ganz wichtig!)

Wenn die SAGA GWG in Hamburg jedes Jahr 6 000 Wohnungen bauen würde und das auch vernünftig finanzieren könnte, dann bräuchten wir nicht darüber zu reden. Aber da ist noch eine große Menge von Wohnungen, die nicht gebaut werden, und wir sollten froh sein, dass es Gedanken gibt, wie man jenseits des Staatsmonopolkapitalismus der SAGA GWG Wohnungen bauen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Debatte um diesen Bericht ist völlig überflüssig.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Roock, wir haben schon ausführlich bei der Einbringung darüber gesprochen. Ihr Argument, in früherer Zeit hätte die degressive Abschreibung ei-

(Dr. Joachim Bischoff)

niges bewirkt, ist zugestanden, aber wir leben am Anfang des 21. Jahrhunderts und haben große Unterschiede im Bereich des Wohnungsmarkts in dieser Republik. Wenn Sie sagen, der Senat hätte sich dafür nicht energisch eingesetzt, dann kann ich das nicht beurteilen. Aber Fakt ist, dass wir ein Auseinanderlaufen der Lage auf dem Wohnungsmarkt haben. Es gibt drei, vier, fünf Regionen, wo wir große Probleme mit dem Neubau haben. Überwiegend würden sich die Länderregierungen freuen, wenn sie noch mehr Mittel für die Vernichtung oder den Abbau von Wohnungen bekommen. Wie man in der Situation einen solchen Blödsinnsantrag noch einmal einbringen kann, entzieht sich mir komplett.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte sich der Empfehlung des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 20/1541 anschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung angenommen.

Wir kommen zum Ende der 14. Sitzung. Ich wünsche allen einen schönen Feierabend, kommen Sie gut nach Hause und bis morgen.

Ende: 21.09 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Nikolaus Haufler, Carl-Edgar Jarchow und Kai Voet van Vormizeele